BETRACHTUNG	Kohle, Moos, Kies – keine Naturbetrachtung von Christiane Kloweit 2		2
WIRTSCHAFT	Politik wird mit Geld gemacht von Carola Schewe		4
	Hat die Wirtsch	aft ein Geschlecht? von Kerstin Herbst	6
	Nichts ist unmö	glich – feministische Theorie + Praxis <i>von Wiebke Buchholz-Wil</i>	1 15
	Verliererinnen i	n die Wirtschaft!? von Ursula Schröter	12
VOM VEB ZUR GMBH	Die ostdeutsche Textilindustrie von Kerstin Bast-Haider		15
QUOTIERUNG	Personalmanagement und Frauenquoten von Gaby Peter		19
POLITIK IM GESPRÄCH	Zwischen verantwortlich sein und von Annette Maennel/Kerstin Herbst		23
FRAUENSTRATEGIEN	Frauenstrategien um Geld und Wirtschaft von Annemarie Mennel 29		29
EXPERTIN IM GESPRÄCH	Im Gespräch mi	Im Gespräch mit Marlene Kück von Annette Maennel 33	
GRÜNDERINNEN	Zu Ost und Wes	Zu Ost und West von Gerda Lischke	
PORTRÄT	Neuanfang mit i	über 40 <i>von Corinna Fricke</i>	39
EXISTENZEN	Frauen aus dem Osten sind selbständig von Katrin Rohnstock 4		40
GELD	Frau und Geld von Claudia v. Zglinicki		44
STEUERRECHT	Patriarchales Steuerrecht von Marianne Schwan 4		45
PROJEKTE	"Akelei" e.V. vor	a Carmen Giese/Regine Decker	49
	"Den Laden sch	meißen" von Brigitte Siegel	51
WAHLEN '94	Im Gespräch mit Christina Schenk von Annette Maennel		54
GRÜNDERINNENZENTRUM	Weiberwirtschaft von Monika Damm 56		56
SPONSORING	Lösung für Finanzlücken? von Rita Hinzmann 57		57
SERVICE	Netzwerke für Frauen/EG-Programme 5		58
	Weibblick Herausgeberin: Redaktion/Org.: Autorinnen: redakt. Mitarbeit: Fotos: Graphik: Layout & Design: Satz: Druck: Anzeigenbüro: Bankverbindung:	F-chen Trigger Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030/229 16 85 Fax: 030/609 31 75 Re	1 35 47 Iaider, chwan,
Wir freuen uns über jedes Manuskrint	können aher bei	unverlangt eingesandten Texten keine Haftung überne	hmen

IN EIGENER SACHE

ELD MACHT SINNLICH. DIE SPHÄRE, WO NACH EINER ALTEN LEHRE DIE MATERIELLEN GEGENWERTE ERZEUGT WERDEN, IST DIE WIRTSCHAFT. WIR HABEN ES MIT EINER KAPITALISTISCHEN ZU TUN, UND DAS KAPITAL, DAS SCHEUE REH, IST NATÜRLICH AUCH ANFÄLLIG FÜR DIE SINNLICHE MACHT DES GELDES. DESHALB ORGANISIERT ES SICH SEIT JAHR UND TAG MILLIARDENSUBVENTIONEN AUS STEUERGELDERN.

Wirtschaft ist, besonders für Frauen, eine ziemlich unsinnliche Sphäre, sei es als Beschäftigte, sei es als Unternehmerin. Auch Ökonomie als Wissenschaft und "Wirtschaft" als Politikfeld gilt Frauen nicht eben als das, wo frau sich heimisch fühlen kann.

Dennoch: Angesichts der internationalen Wirtschaftskrise und heftiger Milliardentransfers von unten nach oben und von Frauen zu Männern sollten wir feministische Wirtschaftskritik und Wirtschaftspolitik nicht länger stiefmütterlich behandeln. In dieser Sondernummer, einer Kooperation mit der FrauenAnstiftung e.V. Hamburg, haben wir verschiedene Facetten des Themas Frauen und Wirtschaft zusammengestellt.

Nachdem der ausschließliche Abdruck der "Forderungen von Lesbenring e.V." in Heft 14/93 ohne inhaltliche Beschreibung ihrer Arbeit zu Recht auf Kritik gestoßen ist, werden wir den gesamten Text in der folgenden regulären Nummer von "Weißlick" veröffentlichen.

Allen Frauen ein gutes 1994 mit viel Kraft und Energie, Gesundheit, Spass; einem gelungenen FrauenStreikTag am 8. März und vor allem Frieden.

WIRTSCHAFT/POLITIK WIRD MIT GELD GEMACHT

Carola Schewe Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fraktion Die Grünen im Landtag NRW

OLITIK WIRD MIT GELD GEMACHT

Eine Binsenwahrheit – ich weiß. Aber hat die Frauenbewegung diese Erkenntnis umgesetzt?

Es gab in den siebziger und achtziger Jahren Debatten innerhalb der autonomen Frauenbewegung, die sich um Geld drehten. Sollen wir uns finanziell abhängig machen vom Staat, von politischen Mehrheiten? So lautete die Hauptfrage, die - typisch Frau - weniger nach dem Geld fragt als sich auf sich selbst besinnt. Die Frage war nicht: wieviel Geld ist da, und wer bekommt es? Sondern es wurde nach der Akzeptierbarkeit von Almosen gefragt. Inzwischen sind die Zeiten härter geworden, Feministinnen erfahrener, gewitzter und mutiger. Wir haben eigene Erlebnisse mit Macht gehabt, eigene Macht erlebt. Und kommen so endlich dazu, unverschämt zu fragen: Warum, verdammt noch mal, bekommen wir nicht die Hälfte? Also nehmen wir den nackten, undamenhaften Finger und zeigen auf diejenigen, die sich illegitim, aber gesetzeskonform, den Löwenanteil öffentlicher Mittel sichern: die Männer, die Bürgermeister und Parteihengste, die Manager aber auch die Arbeiter. "Der Löwinnenanteil den Frauen! Denn die haben's am nötigsten" - so lautete der Leitgedanke, der die FeministInnen der GRÜNEN Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalens zu verschiedenen

Aktivitäten im Bereich "Frauen und Wirtschaftspolitik" bewog.

Am Anfang stand das Ewiggleiche der Frauenpolitik: das Klagen von Frauengruppen über fehlende Mittel, die steigende Erwerbslosenquote der Frauen, die sinkenden realen Frauenlöhne, die schlechte soziale Absicherung. Programme mußten her, Geldtöpfe, Gegenmaßnahmen. Wir wollten diesmal nicht neuartige Maßnahmen erfinden, sondern die bekannten Programme zur Steuerung der Wirtschaft Frauen genauso zugute kommen lassen wie Männern. Ganz einfache Fragen...

Bezeichnend war die Verwunderung, die allein simple Fragen auslösen konnten: Dieses oder jenes Programm zur Bekämpfung der wirtschaftsstrukturellen Schwächen einer Region - wieviele Männer, wieviele Frauen-Arbeitsplätze werden damit gefördert? Warum werden solche Programme dann aufgelegt, wenn massenhaft Männer arbeitslos werden - etwa wenn keine Steinkohle mehr verkauft wird - nicht aber, wenn massenhaft Frauenarbeitsplätze verloren gehen - wenn beispielsweise eine Textilfabrik nach der anderen pleite geht? Niemand wußte von nichts. Antworten waren nicht zu haben, noch nicht einmal Schätzungen. Beamte fanden allein die Frage skandalös und erinnerten an die Ehefrauen, die ja schließlich auch von der Arbeitslosigkeit ihrer Ehemänner betroffen seien. Gewerkschafter redeten von Spaltung der Arbeiterschaft. Und auch GRÜNE Parlamentarier brauchten mehrstündige Bildungsgespräche, bevor sie die Frage überhaupt verstanden. DIE GRÜNEN – federführend Marianne Hürten - kleideten ihre Fragen in eine Große Anfrage "Vernachlässigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderungspolitik"

(Drucksache 11/3850), Im Dezember 1993 soll sie - nach anderthalb Jahren endlich beantwortet werden. Die lange Zeit, die zur Beantwortung nötig war, zeigt, daß DIE GRÜNEN wieder einmal ihrer Schub-Funktion gerecht geworden sind: Mit dem Anzetteln dieser Diskussion haben wir den sozialdemokratischen Regierungstanker angeschoben. Wenigstens muß nun erforscht werden, was mit den - von beiden Geschlechtern erwirtschafteten -Steuergeldern eigentlich geschieht. Wir erwarten nicht, daß die Antworten aussagekräftig sind; denn die Landesregierung wird sich nicht blamieren wollen. Aber wir sind sicher, daß der Gedanke der gleichen Teilhabe von Frauen beim Geldausgeben Früchte tragen wird. Die Große Anfrage fragt nach der Berücksichtigung von Fraueninteressen

- im Bereich der arbeitsmarktwirksamen Programme,
- * bei Unternehmenssubventionen und * bei der Vergabe von Aufträgen durch
- bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand,
- bei der Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur und
- im Bereich des Überbaus: Forschungsinstitute, Messen, öffentliche Beratungseinrichtungen der Wirtschaft.
- * Außerdem wird den Entscheidungsprozessen im Bereich der Wirtschaftspolitik nachgeforscht.

...und Antworten,

die Frauen böse machen

Einige Antworten haben wir schon parat: Wir haben errechnet, daß nur der 327te Teil der Wirtschaftsförderungsmittel der beiden zuständigen Landesministerien auf Programme entfällt, die Frauen als Adressatinnen vorrangig berücksichtigen. Und wir wissen, daß in den sogenannten Regionalkonferenzen, die Vorentscheidungen über die Vergabe von



So sieht der Schrebergarten aus und seine Gärtner, Ruhrgebiet 1923 Galerie Berginson, Berlin

EG-Mitteln treffen. Frauen kaum vertreten sind. Und im Wirtschaftsministerium selbst, wo jeder Referatsleiter ein kleiner King ist, gibt es keine weiblichen Führungskräfte. Oder nehmen wir die Kongresse, die der Wirtschaftsminister über Absatzmärkte in China, Textilwirtschaft oder was auch immer veranstaltet ("Damen"-Programm inclusive): viele kommen ganz ohne weibliche Referenten aus. An den nordrhein-westfälischen Hochschulen gibt es keine Professorinnen im Bereich "Wirtschaft"; es gibt keine Doktor- oder Examensarbeiten. die sich mit dem Thema "Frauen und Wirtschaft" befassen. Die politische Hauptaussage ist deshalb schon vor Beantwortung der Großen Anfrage klar: Frauen profitieren von Wirtschaftsförderungsmitteln nicht einmal annähernd in dem Maße, das ihnen zukommt, lede zweite Steuer-Mark zugunsten von Frauen ausgeben!

Da liegt es nahe, sich zu überlegen, wie dieser Skandal mit parlamentarischen Mitteln eingedämmt werden kann. Wir haben uns dazu auf ein altes feministisches Instrument besonnen: das der Quotierung. Es geht diesmal nicht darum, Stellen oder Listenplätze zu quotieren, sondern Gelder. "Mehr Frauenförderung in Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik" fordert ein GRÜNER Antrag von April 1993 (Drucksache 11/5404). Gefordert wird Quotierung in den Bereichen Auftragsvergabe, Subventionen, Veranstaltungen und Beratungseinrichtungen.

Die öffentliche Hand ist ein begehrter Auftraggeber: zahlungskräftig, zuverlässig, und sie erteilt immer neue Aufträge: Aufträge zum Bau von Straßen, Umbau von Gebäuden, Beschaffung von Computern und Handtüchern, zur Reinigung von Fluren und Parks. Diese Aufträge sollen normalerweise ausschließlich an

den preiswertesten Anbieter gehen oder an einen, der besonders geeignet erscheint. Aber es ist nach EG-Recht zulässig, Aufträge auch aufgrund anderer Gesichtspunkte zu vergeben - beispielsweise an Firmen, die sich besonders um die Ausbildung Jugendlicher bemühen. Also forderten DIE GRÜNEN. frauenfreundliche Unternehmen bei der Auftragsvergabe zu bevorzugen. Der Antrag enthält einen detaillierten Katalog von Eigenschaften, die die Frauenfreundlichkeit eines Unternehmens ausmachen können. Die Materie ist ziemlich kompliziert, weil das EG-Recht nur wenige Lücken für solche Art Bevorzugung läßt. Außerdem kann einem Unternehmen selbstverständlich nicht vorgeschrieben werden, auf welche Art es Frauen fördern will. Es ist folglich ein "weicher" Vorschlag entstanden, der vor allem die Diskussion über die bestmögliche Frauenförderung in Unternehmen forcieren will.

Bei Subventionen und Unternehmensförderung ist die Sache einfacher. Solche Gelder werden meist aufgrund von von der Landesregierung beschlossenen oder ratifizierten - Programmen vergeben. Die Zielsetzungen dieser Programme sind häufig äußerst allgemein gehalten, der Ermessensspielraum der bewilligenden Beamten und Minister ist sehr groß. Wir fordern, alle Programme mit der Zielvorgabe "Frauenförderung" zu versehen. Denn schließlich stellen Frauen die am stärksten benachteiligte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt; schließlich enthält die Landesverfassung einen Hinweis auf die Förderung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt. Aber auch hier steckt der Teufel im Detail: was ist tatsächlich Frauenförderung? Der Antrag enthält einen Kriterienkatalog, der die Spreu vom Weizen trennen

soll: beispielsweise handelt es nicht um Frauenförderung, wenn die Zahl der weiblichen Beschäftigten eines Unternehmens nur durch Teilung vorhandener Arbeitsplätze erhöht wird. Frauenförderung ist nur dann nachweisbar, wenn tatsächlich der Anteil der Arbeitsstunden von Frauen an allen Arbeitsstunden eines Unternehmens steigt. Außerdem soll das Land keine Institute. Messen, Forschungs- oder Beratungseinrichtungen sponsern, die nicht wenigstens einen Frauenförderplan haben. Kongresse müssen zur Hälfte mit Referentinnen und Teilnehmerinnen geplant sein; die Themen müssen Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen. Dies gilt für die vom Land geförderten Kongresse insgesamt; also muß eine männerdominierte Veranstaltung eine frauendominierte nach sich ziehen. Kleine Schritte bringen uns auch vorwärts

Wir haben mit diesem Antrag einen realisierbaren Vorschlag gemacht. Trotzdem mutet die Idee, die geschlechtsspezifische Wirkung von Wirtschaftsförderungsmitteln zu berücksichtigen und politisch zu steuern, viele utopisch an. Diese Einschätzung ist realistisch: Politik wird eben mit Geld gemacht. Ohne Geldgeschenke in Form von Baumaßnahmen, Technologiezentren, neuen Straßen und Kanälen ist die Politik von Regierungsparteien nicht denkbar. Politik wird bei SPD und CDU heute weniger von Sachinteressen als von finanziellen Interessen beeinflußt. Der Minister, der Geldgeschenke überbringt, wird eher geliebt und wieder gewählt. Wenn er einem Unternehmen finanziell viel Gutes tut, ist seine Zukunft gesichert. Da ist es geradezu revolutionär, wenn Feministinnen fordern, daß Steuergelder zur Hälfte Frauen zugute kommen sollen. In der Öffentlichkeit zählen Frauen kaum, weil sie weniger meinungsbildend wirken als Männer. Sie wählen nach wie vor zu brav und kaum feministisch; Sanktionen per Stimmzettel müssen die Herren also (noch) nicht befürchten. Frauen haben keine Beraterstellen für ausgediente Minister zu vergeben; ihre Gunst bringt einem nichts ein.

Frauen und Männer, die in ihren Gemeinden, Ländern oder im Bundestag Politik mit gestalten, sollten dennoch kleine Schritte nicht scheuen. Sie sollten immer wieder einfache Fragen stellen:

- * Was bringt diese Maßnahme, dieses Bauvorhaben, dieses Gewerbegebiet den Frauen? Haben die Männer mehr davon?
- * Was würde den Frauen nützen? Es gibt auch ein paar einfache Antworten:
- * Es nützt Frauen, wenn es in der Nähe von Gewerbegebieten Einkaufsmöglichkeiten, Kindertagesstätten, Poststellen, Banken gibt.
- * Es nützt Frauen, wenn Wohnen und Arbeiten nah bei einander liegen, wenn es gute öffentliche Verkehrsmittel gibt.
- * Es nützt, Kinderbetreuung und Altenpflegeeinrichtungen bereitzustellen.
- * Es nützt, städtische Grundstücke nur mit frauenfördernden Auflagen zu vergeben.
- Es nützt, Branchen anzusiedeln, in denen traditionell viele Frauen beschäftigt sind.
- * Es nützt, Existenzgründerinnen unter die Arme zu greifen.
- *Es nützt, frauenfördernde Unternehmen besonders zuvorkommend zu behandeln.
- * Es nützt, Gewerbehöfe oder Technologiezentren für Frauen öffentlich zu fördern.
- * Es nützt, Qualifizierungsangebote spe-

ziell auf die tägliche Zeitplanung und die Lernerfahrungen von Frauen auszurichten.

* usw.

Das Land Nordrhein-Westfalen gibt mindestens 1,8 Milliarden Mark jährlich für regional orientierte Wirtschaftsförderung aus; insgesamt dürften mehr als 4 Milliarden Mark direkt und indirekt wirtschafts- und arbeitsmarktfördernd (so jedenfalls die vorgegebene Absicht!) ausgegeben werden. Holen wir uns die Hälfte davon, um Frauen zu fördern! Literaturhinweis: "Das Märchen von der Frauenförderung" ... in der Wirtschaftpolitik; Herausgeberin: Fraktion Die Grünen, im Landtag Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtages 1, 40002 Düsseldorf, 2,-DM

Dr. Kerstin Herbst

Historikerin, Mitarbeiterin in der
Fraktion Bündnis 90/Grüne
(AL)/UFV im Abgeordnetenhaus
von Berlin
EIN GESCHLECHT?

Zur Identifikation eines Diskriminierungsfeldes auch in Berlin

In der BRD gibt es drei große Politiken, die unter Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel das Gedeihen der sozialen Marktwirtschaft und den soziale Frieden in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewährleisten sollen. Es sind dies: die Wirtschaftspolitik, die die freundlichen Rahmenbedingungen setzt, und die Wirtschaftsförderung, die durch Grundstückspolitik und direkte und indirekte Unternehmenssubventionen den Bestand pflegt und Neuansiedlungen fördert, die Arbeitsmarktpolitik

und Arbeitsförderung – letztere sollte ursprünglich individuelle Qualifikationsdefizite ausbügeln – und schließlich die Sozialhilfe, auf die alle jene Anspruch haben, die durch den ersten wie den zweiten Arbeitsmarkt durchgerauscht sind bzw. nicht in sie hineingelangen. Allen drei Politiken liegen bestimmte Förderlogiken zugrunde, die nicht miteinander kompatibel sind. So weit, so schlecht.

Dieses System hat bereits in der Bundesrepublik nur bedingt funktioniert, und nach dem Beitritt der DDR und unter den Bedingungen einer internationalen Wirtschaftskrise droht es, völlig zu versagen. In den neuen Bundesländern und in Ostberlin mußten die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik und da vor allem ABM für eine fehlende Strukturpolitik herhalten. ABM (auch Fortbildung und Umschulung) diente als Auffangnetz für die großzügig freigesetzten Beschäftigten aus ehemals volkseigenen Betrieben und Kombinaten, die Neustrukturierung des Sozialund Gesundheitswesens lief, was die freien Träger betraf, überwiegend auf ABM-Basis, und auch in Ostberlin hängt der größte Teil der Frauen-Infrastruktur am ABM-Tropf usw. Parallel mit der Entstehung des zweiten Arbeitsmarktes fiel der erste Arbeitsmarkt mehr und mehr in sich zusammen. Besonders heftig schlug der Arbeitsplatzabbau in der Ostberliner Industrie zu Buche - seit Ende 1989 sind dort 60 % der Arbeitsplätze abgewickelt worden. Der größte Teil der den Ostberliner Arbeitsämtern gemeldeten freien Stellen sind nach wie vor Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Durch die Flucht der Indstrie aus Westberlin nach Abbau der Berlin-Förderung nähern sich die Arbeitslosenquoten beider Stadthälften rapide an.

Für Berlin (wie für das gesamte Beitrittsgebiet) gilt: Die Wirtschaft und damit auch die Partizipation an den Wirtschaftsfördermitteln sowie der erste Arbeitsmarkt sind (überwiegend) männlich, die Arbeitslosigkeit und die Sozialhilfe sind (überwiegend) weiblich. Im Unterschied zu den übrigen neuen Bundesländern ist in Berlin der zweite Arbeitsmarkt jedoch paritätisch mit Frauen und Männern besetzt. Dies ist politisches Programm der (sozialdemokratisch geführten) Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, und dies beweist: Wenn der politische Wille vorhanden ist, sind Qualität und Quantität von Erwerbsarbeitsplätzen von Frauen zu beeinflussen.

Diese Erfahrung und die Erkenntnis, daß mit einer überforderten Arbeitsmarktpolitik die Krise nicht zu bewältigen ist, brachte uns dahin, die Wirtschaftspolitik und die Praxis der Wirtschaftsförderung in Berlin einer feministischen

Kritik zu unterziehen und nach Möglichkeiten einer Verbindung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderpolitik zu suchen, die vor allem den Frauen nutzt. aber über die Quotierung von ABM-Stellen hinausgeht. Dieser politische Ansatz wird zumindest auf der Bekenntnisebene auch von DGB- und ASF-Frauen verfolgt. Bei unserer Beschäftigung mit dem Problem ließen wir uns vor allem von einer Großen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag Nordrhein-Westfalen anregen (vgl. den Beitrag von Carola Schewe in diesem Heft). Die Fraktion hatte berechnet, daß lediglich 0,003 % der 1992 in NRW aufgewandten Mittel für Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik direkt an Frauen adressiert sind.

In Berlin sieht es etwas günstiger aus, (immerhin!) 0,3 % des Haushalts 1994 des Wirtschaftssenators, dessen Etat gegenüber 1993 übrigens um fast 30 % aufgestockt worden ist, direkt für Frau-

Industrie Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



en bestimmt sind. Dieser makabre prozentuale Anteil verhält sich deckungsgleich zum Problembewußtsein des (sozialdemokratischen) Berliner Wirtschaftssenators Meisner. Dies ergab eine Serie Kleiner Anfragen, die die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Sibyll Klotz vor einem Jahr stellte. Es wurde u.a. gefragt nach der Inanspruchnahme aller in Berlin verfügbarer Wirtschaftsfördermittel durch Frauen, nach Existenzgründungshilfen, nach Frauen als Unternehmerinnen und Selbständige, nach wirtschaftsnahen Frauenprojekten auf den zweiten Arbeitsmarkt, nach geschlechtsspezifischen Fragestellungen einschlägiger Studien, Gutachten, Kongresse und Messen, nach Frauen und Wirtschaftsberatungspraxis sowie nach der Beteiligung von Frauen an Gremien, die Fördermittel vergeben.

Die Antworten der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie waren erstens durch die ständige Wiederholung der Formel gekennzeichnet, daß die von und gewünschten Daten entweder gar nicht oder nicht geschlechtsspezifisch erhoben werden. Zweitens stellte sich heraus, daß, obwohl die direkten und indirekten Subventionen immer auf die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen gerichtet sind, niemand den realen Beschäftigungseffekt der Wirtschaftsfördermittel mißt, von Sanktionen wegen "Mitnahmeeffekten" ganz zu schweigen. Dies betrifft auch und ganz besonders das finanziell bedeutendste staatliche Instrument der Wirtschaftsförderung, die "Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur", in die zu 45 % EG-Mittel fließen und deren Abwicklung den Ländern obliegt. Der geltende Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe

sieht ausdrücklich vor, daß die geschaffenen Arbeitsplätze zu einer Verbesserung der Erwerbstätigenstruktur, insbesondere des Arbeitsplatzangebotes für Frauen führen soll. Berlins Wirtschaftssenator setzt sich darüber glatt hinweg. Er führte aus: "Die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen bzw. innerbetriebliche Frauenförderung ist ... zwar ein erwünschter (und in einer Reihe von Fällen auch bewirkter) Effekt der Förderung, kann aber aufgrund der strukturpolitischen Ausrichtung der Programme (?!) kein allein entscheidungsrelevantes Kriterium der Mittelvergabe sein." Die Einbeziehung kompetenter Frauen in den Bewilligungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe lehnte der Wirtschaftssenator mit folgendem Argument ab: "Da es im Ausschuß nicht um die Festlegung allgemeiner förderpolitischer Zielsetzungen geht, sondern um die Bewertung konktreter Investitionen und ihrer Vereinbarkeit mit den gegebenen Fördervoraussetzungen, erscheint es nicht sinnvoll und erforderlich, alle gesellschaftlich relevanten Gruppen bzw. mehrere Senatsverwaltungen zu beteiligen." (Kleine Anfrage Nr. 12/3161 der Abgeordneten Dr. Sibyll Klotz) Mit dieser bornierten Haltung gegenüber der Berücksichtigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftspolitik steht Berlin nicht allein da. Das Kriterium der Schaffung von Frauenarbeitsplätzen wird in keinem Bundesland angewandt. Und: "Es gibt in der Vielzahl der Bundesprogramme zur Förderung der Wirtschaft keines, welches frauenpolitische Aspekte besonders berücksichtigt. In den Kreditvergabekriterien der Kreditanstalt für Wiederaufbau (ERP-Kredite) oder der Deutschen Ausgleichsbank gibt es ebenfalls keine gleichstellungspolitiische Zielsetzung." (Ermtraud, Katharina: Inwiefern schaffen Wirtschaftsförderprogramme – direkt oder indirekt – Frauenarbeitsplätze? Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, November 1993)

Doch zurück nach Berlin. Nicht nur dort, sondern überall in der Bundesrepublik verfügt die öffentliche Hand über ein machtvolles Mittel der Wirtschaftsförderung - die Vergabe öffentlicher Aufträge. Es ist prinzipiell möglich, die Vergabekriterien nach bestimmten politischen Richtlinien zu gestalten. So gilt in Berlin seit einigen Monaten ein "Ostbonus", d. h. Ostberliner Betriebe können, selbst wenn sie etwas teurer anbieten, bevorzugt öffentliche Aufträge erhalten. Nun schreibt das seit Ende 1989 geltende Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG) in den 13 und 14 vor, die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Gewährung staatlicher Leistungen an Unternehmen von der Existenz verbindlicher Frauenförderpläne abhängig zu machen. Wo aber Ostförderung möglich ist, ist es Frauenförderung noch lange nicht. Der Berliner Senat verschanzt sich seit Jahren und zuletzt bei der Beantwortung der Großen Anfrage unserer Fraktion über "Vernachlässigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderpolitik" (Drs. 12/3432, Plenarprotokoll der 56. Sitzung, 11. November 1993) dahinter, daß die Bestimmungen des LGG mit dem Wettbewerbsrecht der EG kollidierten. Daß dem nicht so ist, ist bereits seit längerem aus zwei Gutachten bekannt, die im Auftag der Frauenministerien Nordrhein-Westfalens und Brandenburg erstattet wurden. Mit dem geschilderten Stand der Dinge

werden wir uns schon angesichts der

schaftlicher Kontrolle" in die Taschen

bestimmter (bei weitem nicht aller, vor

Summen, die da fernab jeglicher "gesell-

allem nicht kleiner und von Frauen geleiteter) Unternehmen fließen, nicht zufriedengeben, denn: "Gerade jetzt, in der schwierigen wirtschaftpolitischen Situation, werden die Weichen gestellt für die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit. Jetzt entscheidet sich, ob die Beschäftigungskrise auf dem Rücken eines Teils der Erwerbstätigen, nämlich der Frauen, ausgetragen wird, oder ob es zum Teilen zwischen den Geschlechtern kommt." (Maier, Friederike: Unveröffentlichtes Gutachten zum Thema "Wirtschaftsförderung und Frauenförderung in Berlin") Zu teilen sind natürlich nicht nur das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe, sondern auch die Wirtschaftsfördermittel.

Im Moment befinden sich zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Grüne (AL) / UFV im Geschäftsgang des Berliner Angeordnetenhauses. Einer zielt auf den unverzüglichen Erlaß von

Ausführungsbestimmungen zu den §§
13 und 14 des LGG, und der andere versucht, eine Bundesratsinitiative zur Veränderung der Vergabekriterien für Mittel der Gemeinschaftsaufgabe hinzubekommen. Hier geht es uns vor allem um eine Erweiterung des Begriffs der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die auch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und von Betiebskitas ermöglicht, die verstärkte Förderung von Frauenarbeitsplätzen usw. Unabhängig vom Schicksal dieser Anträge, denen noch weitere folgen werden, wird es bei der Weiterarbeit am Thema vor allem dar-

um gehen, sich noch mehr Sachkunde anzueignen, sich weitere Verbündete zu suchen und eine öffentliche Debatte über das eherne Axiom anzuregen, daß der bereits mehrfach zitierte Wirtschaftssenator Meisner unübertrefflich formulierte: "Die Marktmechanismen selbst entscheiden nicht zwischen Frauen und Männern; sie entscheiden zwischen der Wettbewerbsfähigkeit und der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit!"





Die Rohranlagen eines Hüttenwerkes, Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin

FEMINISTISCHE THEORIE UND PRAXIS

Dr. Wiebke Buchholz-Will AG Alternative Wirtschaftspolitik

ICHTS IST UNMÖGLICH –

AUF DEM WEG ZU EINER FEMINISTISCHEN THEORIE UND PRAXIS

Die Rationalität von männlichen Wirtschaftsbürgern

Die Ökonomen behaupten von sich, die Vernünftigsten unter allen Wissenschaftlern zu sein: das ökonomische Prinzip wird auch das Vernunft- oder Rationalitätsprinzip genannt. Die Knappheit der Güter und die unbegrenzten menschlichen Bedürfnisse, so das Grundtheorem der Wirtschaftswissenschaften, begründen die Notwendigkeit zu wirtschaften. Das ökonomische oder Vernunftprinzip besagt folglich, daß ein bestimmtes Ziel mit dem Einsatz möglichst geringer Mittel erreicht werden oder umgekehrt, ein begrenzter Mitteleinsatz zu größtmöglichem Erfolg führen soll. Dieses Prinzip wirkt systemunabhängig, der homo oeconomicus an sich. Die kapitalistische Gewinnorientierung ist nur die Fortführung dieses sog. Vernunftprinzips unter marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Konnten die frühen Ökonomen in diesen Prinzipien noch eine Individualtugend gegen absolutistische Willkür und Beschränkung erblicken, so legte der klassische Theoretiker der Ökonomie, Adam Smith, die Grundlage für den bis heute in seinen Nachfolgern, den Neo-(neo) – Klassikern, uns erscheinenden Dualismus des Denkens und des Handelns: Die Verfolgung des Eigennutzes diene letztlich dem Allgemeinwohl,

denn der Markt steuert diesen Eigennutz aller im Wettbewerb über Angebot
und Nachfrage. Wirtschaft und Staat,
Wirtschaft und Privates erscheinen als
Gegensätze. Der nutzenmaximierende
Wirtschaftsbürger ist männlich. Eine
weibliche homo oeconomica wurde
nicht gesichtet. Eine sträfliche Sünde
der ökonomischen Theorie, zu unterstellen, daß Frauen keinen Eigennutz,
oder im heutigen Sprachgebrauch, nicht
Leistungs- und Machtbewußtsein besäßen.

Adam und Eva in der Ökonomie

Die Frauen werden auf den männlichen Wirtschaftsbürger bezogen - wie Eva einst zu Adams Rippe. Sie sind Verteilstationen des vom Mann erwirtschafteten privaten Einkommens, Konsumentinnen und Adressatinnen der Werbung. Sie leisten unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit, um den gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschaftsbürger im Wirtschaftskreislauf leistungsfähig zu halten.

Reicht das Einkommen des Mannes nicht aus, so wird die Frau Zuverdienerin mit entsprechend niedrigerer Bezahlung. Sei es, daß sie Ende letzten Jahrhunderts - häufig mit den Kindern - in den Textilfabriken schuften mußte, sei es, daß sie heute mit Steuerklasse V oder gar als geringfügig Teilzeitbeschäftigte mit DM 530,- abgespeist wird. Selbst unter den heutigen Millionären finden wir 86% Männer und nur 14% Frauen. Das Ehegattensplitting im deutschen Einkommensteuerrecht subventioniert einem gutverdienenden Ehemann die Nichtberufstätigkeit seiner Ehefrau bis zu DM 22.000 jährlich. Schon die Sprache verrät: DER Reichtum ist männlich. DIE Armut ist weiblich. Frauen verdienen im Schnitt 30% weni-

ger als Männer, das bedeutet, daß die männlichen Einkommen das 1,4-1,5fache das der Frauen betragen. Dies gilt für alle Beschäftigten in verschiedenen Wirtschaftssektoren und Branchen und für alle Länder schon seit Ur-marktwirtschaftlichen Zeiten. In Japan fallen heute die Einkommensunterschiede besonders groß aus, in den skandinavischen Ländern mit 10-15% vergleichsweise niedrig. Die juristische Beseitigung von Frauenlohngruppen beseitigte dies wirtschaftliche Problem nicht. Die Einkommensdiskriminierung setzt sich in der sozialen Versorgung bei der Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter, kurz im gesamten lohnbezogenen Sozialversicherungswesen fort...

Die Entdeckung der Lohndiskriminierung

Eines Tages fiel den Ökonomen dies Problem der weiblichen Lohndiskriminierung auf, das alle Konjunkturhöhen und -tiefen überdauerte, alle Strukturkrisen überstand und auch durch eine steigende Frauenerwerbsquote nicht verschwand. Es blieb sogar noch bestehen als das Bildungsniveau sichtbar stieg. Mehr als 50% beträgt der Frauenanteil an den weiterführenden Schulen, gut 40% bei den Studentinnen, aber nur 5% bei den Professorinnen. Im Unternehmensmanagment pendelt sich ebenfalls der Frauenanteil trotz Frauenförderpläne seit Jahren immer wieder um 5% ein.

Die Human-Capital-Theorie fand die Erklärung: Lohndifferenzen sind auf Unterschiede im Humanvermögen, insbesondere auf unterschiedliche Qualifikation und Berufserfahrung zurückzuführen. Unterbrechungen, die in weiblichen Biographien durch Schwangerschaften und Kindererziehung häufiger anzutref-

fen sind, wirken sich produktivitätsmindernd aus. Wird dadurch die Ursache der niedrigen Frauenentlohnung erklärt, so scheint es ökonomisch nur folgerichtig, wenn Frauen aufgrund des niedrigen Lohnanreizes eher zu Unterbrechungen neigen oder auf Investitionen in Zusatzausbildungen verzichten.

Die ökonomische Frauenforschung hat schon längst diesen Zirkelschluß entlarvt. Jüngere Studien belegen: selbst wenn die Kriterien der Human-Capital-Theorie wie Berufsausbildung, Erfahrung etc. zugrunde gelegt werden, verbleiben immer noch rd. 40% Einkommensunterschiede, die nur diskriminierungsbedingt sind.

Das Problem der Hausarbeit

Bleibt die unbezahlte Arbeit im Hause. Eigentlich müßten die Ökonomen, die auf Effizienz und Marktregulierung setzen, aufschreien mit dieser Schwarzarbeit zu Hause, dieser Schattenwirtschaft, die die Frauen leisten. Welch eine volkswirtschaftliche Verschwendung, Arbeit ohne Lohn und Abgaben verrichten zu lassen. Karl Marx, der "mißratene" Sohn der Ökonomie, wandte sich diesem Thema als erster zu. Der Wert der Ware Arbeitskraft eines männlichen Arbeiters ergibt sich aus den Reproduktionskosten für sich und seine Familie. Diese Definition beeinflußte nachhaltig die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Das Ernährungsprinzip wird praktisch bis heute in allen tariflichen Eckdaten zum Normalarbeitsverhältnis aufrechterhalten.

Die nach Marx erblühende neoklassische Theorie hätte sich mit Grauen von dieser Realität abwenden müssen, widerspricht sie doch eklatant dem von ihr behaupteten Zusammenhang zwischen Produktivität und Lohn. Ein Zusammenhang, der wie gezeigt wurde, zur



Die Rohranlagen eines Hüttenwerkes, 1929 Galerie Berginson, Berlin

Erklärung der niedrigen weiblichen Einkommen gern herangezogen wird. Heute gibt er zudem den neo-neo-klassisch inspirierten Wirtschaftspolitikern als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit, Tariföffnungen und Lohnsenkungen ein. Aber, warum gerade Frauen die Hausarbeit verrichten - dafür fand sich weder bei Marx noch bei allen anderen eine Erklärung. Endlich aber in den 60iger Jahren in Chicago. Die "New Home Economics" erkannte, daß die Hausarbeit etwas mit Wirtschaft, Arbeitsleistung und Wertschöpfung zu schaffen hatte. Die ökonomische Theorie der Familie wurde entwickelt. Wie eine kleine Fabrik, die nach dem individuellen Nutzenprinzip funktioniert. Dieser As-If-Market kennt geschlechtsspezifische Unterschiede, die sich aus unterschiedlichem Humanvermögen ergeben.

Solange Frauen (im Model auch der Mann) unterschiedliche Verdienstchancen auf dem Arbeitsmarkt sehen. spezialisieren sie sich auf die Hausarbeit, erwerben dadurch eine größere Produktivität im häuslichen Bereich. Der Mann kann sich beruflich spezialisieren, dort größere Produktivität erzielen und mehr Einkommen nach Hause bringen - beides trägt zur Wohlfahrtssteigerung der Familie bei. Wir können uns denken, welch eine Erleichterung durch die männliche Fachwelt ging, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung positiv zur Wohlstandsmehrung aller beiträgt und als Ergebnis rationaler, nutzenmaximierender Entscheidungen von Frau und Mann wissenschaftlich erwiesen war. Der wichtigste Vertreter dieser Theorierichtung, Gary S. Becker, erhielt dafür im

VERLIERERINNEN IN DIE WIRTSCHAFT

übrigen vor einigen Jahren den Nobelpreis... Die Feministinnen unterlegten das Modell mit unterschiedlichen Machtpositionen, die den unterschiedlichen Einkommenspositionen innerfamilial zuzuschreiben sind, und schon waren die Frauen in dieser scheinbar rationalen Arbeitsteilung wieder die Unterlegenen.

Perspektiven

Die Makroökonomie - so wurde gezeigt-bietet keine Rationalität für Diskriminierung weil sie die Frauen in ihrer Geschlechtsspezifik nicht zur Kenntnis nimmt. Aber gerade in dieser Geschlechtsneutralität liegt die reale Diskriminierung. Seitdem in der Wirtschaftspolitik seit gut 10 Jahren in fast allen europäischen Ländern auf Deregulierung, Abbau von Sozialleistungen, Privatisierung gesetzt wird, werden Frauen weiter ausgegrenzt. Sie erscheinen als Randgruppen auf dem Arbeitsmarkt als soziale "Mängelwesen", die dem Staat besonders viel Geld kosten. Und seitdem die DDR nur noch ehemalig ist, können sich viele selbstherrlich von der Mutti-Politik abgrenzen. Dabei wird leicht übersehen, daß kapitalistische Frauendiskriminierung auf der einzelwirtschaftlichen Ebene handfeste Vorteile im Sinne ökonomischer Nutzenmaximierung bietet: Arbeitgeber profitieren von niedrigen Frauenlöhnen, ganze Dienstleistungsbranchen leben gut von den sozialversicherungsfreien Teilzeitbeschäftigten, Ehemänner profitieren von den Steuervorteilen für Hausfrauen und maximieren ihren individuellen Zeitgewinn; Männer in Leitungsetagen der Wirtschaft und Verwaltung, ja selbst in Parteien und Gewerkschaften halten sich unerwünschte Konkurrenz fern, je umfassender Frauendiskriminierung als Prinzip herrscht.

Die feministische Personalforschung hat auch dies längst aufgedeckt und gefragt, warum hochqualifizierte Frauen nicht in die inner-circles von wirtschaftlichen und politischen Führungskräften gelangen: sie stören die filigranen Verbindungen und informellen Formen der männlichen Karriere-Netzwerke (in anderen Systemzusammenhängen auch Seilschaften genannt).

Perspektiven müssen auf der volkswirtschaftlichen Ebene sein:

- es gibt keine geschlechtsneutrale Wirtschaftspolitik, alle Maßnahmen wirken sich unterschiedlich auf Frauen und Männer aus, weil sie strukturell unterschiedlich in den Wirtschaftskreisläufen eingebunden sind
- jede Wirtschaftsförderung ist daher mit einer expliziten und verbindlichen Frauenförderung zu versehen
- Mit den gegenwärtigen neo (neo) klassischen Politikansätzen werden Dauerarbeitslosigkeit und Armut als etwas Marktfremdes betrachtet. Die vermeintliche Trennung von Wirtschaft und Staat wird gerade hier auf die Spitze getrieben. Frauen sind doppelt betroffen: sie verlieren als die wirtschaftlich Schwächeren ihre eigene Existenzgrundlage, erhalten schlechtere Sozialleistungen einerseits, andererseits werden die Chancen gestaltender Frauenpolitik enger.
- Daraus folgt: das Verursacherprinzip muß auch in die Sozialpolitik einziehen. Unternehmen verursachen mit ihren Entscheidungen Arbeitslosigkeit, regionale Strukturkrisen u.ä., ohne sich noch angemessen an den sozialen Kosten zu beteiligen. Im Gegenteil:

Die Verteilung des Volkseinkommens verschiebt sich zugunsten des Unternehmersektors.

– Die in den neuen Bundesländern gefundenen "Runden Tische" könnten in

der regionalen Strukturpolitik Ansätze einer institutionalisierten Wirtschafts-, Sozial- und Frauenpolitik sein, sofern Verbindlichkeiten (einschließlich Sanktionsmöglichkeiten) gefunden werden. – Auf der einzelwirtschaftlichen, insbesondere der betrieblichen Ebene, fehlt vielen Frauenförderplänen ebenfalls eine stärkere Verbindlichkeit etwa durch Quoten.

 Erste Ansätze, Erwerbsarbeit mit Familienarbeit zu thematisieren bieten die diversen tariflichen und betrieblichen Elternurlaubsregelungen. Faktisch sind sie auf Frauen und nicht auf Männer zugeschnitten, was zu ändern ist.

 Mehr noch als bisher sollten Betriebe zur Finanzierung von Kindergärten ggfs. Jugendeinrichtungen herangezogen werden.

9

Dr. Ursula Schröter Mathematikerin

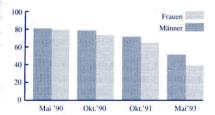
ERLIERERINNEN
IN DIE WIRTSCHAT!?

Gibt es die ostdeutsche Unternehmerin?

Ostdeutsche Frauen haben schwer zu tragen. Die wirtschaftliche Misere in Deutschland macht sie mehr als Männer zu Arbeitslosen, zu Dequalifizierten, zu "ungeschützten" Arbeitnehmerinnen. Die politisch Mächtigen in Deutschland weisen ihnen eine Rolle zu, die sie im Laufe der DDR-Jahre schon fast vergessen hatten: "Gebäre, Frau, und sei stille Reserve für alle Notlagen". Die sozialen

Befürchtungen sind Resignation, Altersarmut, Obdachlosigkeit, Kriminalität, Drogensucht, psychische Krisen. Sie haben schwer zu tragen, und sie sind sich ihrer Situation bewußt. Nach ISDA-Daten hat die generelle Akzeptanz für die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland zwischen 1990 und 1993 drastisch abgenommen. "Im großen und ganzen bin ich für diese Entwicklung", sagten

- im Mai 1990 78 % der Frauen (81 % der Männer)
- im Okt.1990 73 % der Frauen (79 % der Männer)
- -im Okt.1991 64 % der Frauen (71 % der Männer)
- im Mai 1993 39 % der Frauen (51 % der Männer)



Aber immerhin, fast 40 % der ostdeutschen Frauen signalisieren auch heute noch ihre Zustimmung zur politischen Entwicklung. Wenn wir uns gelegentlich fragen, warum so wenig Frauen lautstark protestieren, warum immer weniger Frauen zu gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen bereit sind, dann kann die Antwort nicht nur heißen. "Weil sie inzwischen resignieren", sondern auch "Weil sie keinen oder nicht genügend Grund zum Protest sehen" oder anders ausgedrückt, weil auch ehemalige DDR-Frauen nicht nur und nicht gleichermaßen in diesem neuen Deutschland VERLIEREN.

Eine genauere soziologische Betrachtung der sogenannten Verliererinnen-These führt zum Ergebnis, daß ostdeutsche Frauen im Jahr 3 mit zwei Arten von Widersprüchlichkeit zurechtkommen müssen. Zum ersten verläuft die Trennlinie zwischen VERLIEREN und GEWINNEN durch fast jede einzelne Frau. Auch Arbeitslose, auch "junge Alte" können der neuen Zeit positive Seiten abgewinnen (Warenangebot, Reisefreiheit) und verfallen nicht massenhaft in DDR-Sehnsucht, Zum zweiten verläuft die Trennlinie durch die soziale Gruppe der ostdeutschen Frauen insgesamt. Wenn "Verlieren" mit "Alle Hoffnungen verlieren" übersetzt wird, dann läßt sich mit ISDA-Daten nachweisen, daß eine im Verlaufe der letzten drei Jahre größer gewordene Gruppe von Frauen (1991 29%, 1993 34%) tatsächlich rundherum hoffnungslos in die Zukunft blickt. Es sind vor allem (aber nicht nur!) nicht mehr berufstätige. allein lebende, nicht mehr richtig gesunde, nach eigener Einschätzung inaktive ("Ich habe mich zurückgezogen") Frauen um 50 und älter. Für diese Gruppe trifft die Bezeichnung "Verliererin der deutschen Einheit" zweifellos zu, und diese Gruppe ist - um auf die Überschrift zurückzukommen - vermutlich kein Potential für unternehmerische Aktivitäten.

Wie aber sieht dieses Potential aus, welcher Typ von ostdeutschen Frauen ist eine unternehmerische Hoffnung, wie sind solche Frauen zu charakterisieren? "Ich wollte mich schon immer selbständig machen. Gleich nach der Wende habe ich mir diesen Wunsch erfüllt", so beschrieb eine junge Frau ihre Motive für die Gründung eines Kosmetiksalons im Sommer 1992. "Kann sein, ich packe den Sprung in die Marktwirtschaft

nicht, dann will ich wenigstens sagen können, ich habe es aber probiert", so begründete eine andere, nicht mehr so junge Frau ihren unternehmerischen Mut (Handelsunternehmen), Zwei unterschiedliche Persönlichkeiten, die ihre Chancen in der Marktwirtschaft erkannt haben und nun versuchen, diese zu nutzen. Zwei Frauen, die von sich behaupten, daß sie jetzt aktiver sind als früher. Entsprechend der o. g. ISDA-Befragungen vertraten im Oktober 1991 knapp 20 % der Frauen und im Mai 1993 noch etwa 12 % die Auffassung: "Ich bin jetzt aktiver als früher". Ganz sicher haben hier nicht nur unternehmerisch aktive Frauen ihr Kreuz gesetzt, aber auch. Schauen wir uns die Frauen dieser Gruppe genauer an und vergleichen wir sie mit ostdeutschen Frauen insgesamt: - Sie gehören (immer im statistischen Sinn) zu den Jüngeren. Im Mai 1993 waren 60 % dieser Frauen unter 40 Jahren. Sie sind im höheren Maße (zu 35 %) als "durchschnittliche Frauen" (28 %) ledig bzw. geschieden. Sie unterscheiden sich teilweise durch das Alter erklärbar deutlich von anderen Frauen durch die Höhe des Schulabschlusses, aber kaum im formalen Qualifikationsniveau. Zehnklassenabschluß oder Abitur haben 66 % aller Frauen und 84 % dieser Frauen.

"Jetzt aktivere" Frauen leben überdurchschnittlich in den nördlichen neuen Bundesländern und weniger in Sachsen und Thüringen.

– Sie sind überdurchschnittlich berufstätig – allerdings kaum als Arbeiterinnen oder Bäuerinnen – oder in irgendeine Form der Aus- und Weiterbildung eingebunden. 80% dieser "jetzt aktiveren" Frauen sind auf diese Weise fest in das gesellschaftliche Leben integriert (Frauen insgesamt 59 %). Sie pendeln in

höherem Maße als andere Frauen zwischen Wohnort und Arbeitsort (20 % täglich), haben seit 1989 mehr den Arbeitsplatz gewechselt (freiwillig und unfreiwillig) und bewerten diesen Wechsel mehr als sozialen Aufstieg. Bemerkenswert ist, daß sich die Arbeitsinhalte dieser "jetzt aktiveren" Frauen nur in einem Punkt von anderen Arbeitsinhalten unterscheiden, nämlich bezüglich des Handlungsspielraumes. "Auf welche Weise ich meine Aufgaben erfüllte, kann ich von Anfang bis Ende selbst entscheiden", sagen 22 % dieser Frauen, aber nur 8 % der Frauen insgesamt. Sie akzeptieren nicht nur in höherem Maße die politische Entwicklung in Deutschland, sondern meinen auch mehr, sie mitzugestalten. Im großen und ganzen sind 1993 Frauen und Männer zu 44 %, nur Frauen zu 39 % (siehe oben), jetzt aktivere Frauen zu 58 % einverstanden mit der politischen Entwicklung in Deutschland. Während sich von den Frauen insgesamt nur 7 % als Mitgestalterinnen fühlen, beträgt der Anteil bei den "jetzt aktiveren" 23 %. Die gene-

habe im Leben noch viel vor und gehe dies optimistisch an", sagen 53 % dieser Frauen (28 % der Frauen insgesamt). Dieser hoffnungsvolle Blick in die Zukunft wird vor allem geprägt durch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und der beruflichen Entwicklung und durch das damit verbundene Einkommen. Bezüglich anderer Aspekte, z. B. der Wohnung oder der Bekämpfung von

Kriminalität und Drogensucht unter-

scheiden sich die Hoffnungen und Sor-

relle hohe Akzeptanz schlägt sich auch

in höherem Optimismus nieder. "Ich

gen aller Frauen (und Männer) kaum.

– Deutliche Unterschiede gibt es auch in den Parteipräferenzen bezüglich CDU, PDS und SPD (bezüglich der anderen Parteien nicht) und in Meinungen zu politischen Fragen. Mit der

- CDU stimmen 8% aller Frauen und 13% dieser Frauen,
- * PDS stimmen 10% aller Frauen und 5% dieser Frauen,
- * SPD stimmen 13% aller Frauen und 20% dieser Frauen

überein. Dementsprechend unterschiedlich wird die wirtschaftliche, soziale und militärische Politik der deutschen Regierung gewertet. Blauhelmund Kampfeinsätze der Bundeswehr, Steuersenkungen für Unternehmen, monatliche Meldepflicht für Arbeitslose u.a. werden in höherem Maße befürwortet, eine differenziertere Beurteilung der DDR-Vergangenheit, höhere Besteuerung für Besserverdienende u.a. werden in höherem Maße abgelehnt. Daß der Sozialismus von vornherein ein Irrtum gewesen sei und auch in Zukunft keinerlei Wiederbelebungschancen hätte, wird von diesen Frauen mehr als von anderen bestätigt.

- "Jetzt aktivere" Frauen sind in ihren Wertvorstellungen stärker als andere auf beruflichen Erfolg, auf verläßliche Freunde und Kollegen, auf ein selbstbestimmtes Leben und - nicht zuletzt - auf sexuelle Erfüllung orientiert. Sie sind mit dem Leben insgesamt, mit der sozialen Absicherung, mit dem Lebensstandard und der Gesundheit zufriedener als andere Frauen, auch mit dem Maß an Demokratie, das sie in dieser neuen Gesellschaft zu spüren bekommen. Folgerichtig kommen sie mit den neuen Lebensanforderungen (Rechtsfragen, Steuerfragen, Geldanlagen, Behördengänge usw.) besser zurecht als andere. Sie sehen auf allen gesellschaftlichen Ebenen und auch in diesem östlichen Teil Deutschlands mehr Einflußmöglichkeiten als andere und nutzen

diese auch. "Ich bedauere es mitunter, 1989 nicht gleich in die Bundesrepublik gezogen zu sein", sagen 15 % aller Frauen, von den "jetzt aktiveren" nur 7%.

- Solche Frauen sind reicher als andere. Betrachtet man ein persönliches monatlichen Nettoeinkommen von 1500 DMals kritische Größe, so befinden sich von allen Frauen 65 %, von diesen Frauen 47 % darunter. Sie schätzen die finanzielle Situation ihrer Familie deutlich besser ein als "durchschnittliche" Frauen und meinen in höherem Maße, Geld auf die hohe Kante legen zu können. Nach Sparmotiven befragt, sagen "jetzt aktivere" Frauen seltener als andere, daß sie einen Notgroschen zurücklegen, und öfter, daß sie für ein neues Auto oder neue Möbel sparen. Auch bezüglich der Haltung zur Obdachlosigkeit unterscheiden sie sich wesentlich von anderen Frauen. "Das könnte mir nicht passieren", meinen 27 % von ihnen (17 % von allen Frauen).
- Ein Blick in die Vergangenheit dieser Frauen verrät zwei Besonderheiten gegenüber Frauen insgesamt: Erstens sind/waren die Mütter und Väter dieser Frauen gebildeter als andere (gemessen am Schulabschluß und am formalen Qualifikationsniveau) und in geringerem Maße Arbeiter und Bauern, Zweitens war die Arbeitsstelle dieser Frauen vor 1989 seltener ein volkseigener Betrieb oder eine Genossenschaft. Überdurchschnittlich haben solche Frauen früher in staatlichen Einrichtungen oder in Privatbetrieben gearbeitet. Ihre Tätigkeit konnte weniger mit Herstellen, Heilen oder Bilden umschrieben werden, mehr mit Handeln, Verwalten, Projektieren.
- In der Selbsteinschätzung halten sich die hier betrachteten Frauen mehr für selbstsicher, konfliktfähig und solida-

VOM VEB ZUR GMBH

WIRTSCHAFT

risch, sie bescheinigen sich in höherem Maße als andere Frauen Cleverness und Führungsfähigkeiten. Bezüglich der sogenannten traditionellen Fraueneigenschaften wie Fleiß, Toleranz und Anpassungsfähigkeit gibt es kaum Unterschiede zu den Frauen insgesamt. Mit dieser Orientierung auf die eigenen Fähigkeiten hängt zusammen, daß vorwiegend die eigene Arbeit und der richtige Beruf als ausschlaggebend für optimale Lebenschancen angesehen werden. Daß es wichtig sei, "politisch ins Bild zu passen" oder "aus einer reichen Familie zu kommen", lehnen diese Frauen mehr als andere ab. "Mein Lebensstandard hängt sehr stark von meiner eigenen Leistung ab", meinen 60 % dieser Frauen, aber nur 41 % aller Frauen. Gibt es nun im 3. Jahr der staatlichen Einheit die ostdeutsche Unternehmerin oder nicht? Ich meine, die obige Charakterisierung läßt zumindest eine Ahnung von ihr zu. Ostdeutsche Frauen, die im Mai 1993 von sich behaupten, daß sie jetzt aktiver sind als früher, arbeiten tatsächlich

- zu 21 % in staatlichen Behörden/
 Einrichtungen (Frauen gesamt 22 %),
 zu 10 % in kommunalen Behörden (Frauen gesamt 9 %),
- zu 1 % in Treuhandbetrieben (Frauen gesamt 3 %),
- zu 20 % in Privatbetrieben eines
 Unternehmens (Frauen gesamt 10 %),
 zu 19 % in einer GmbH (Frauen gesamt 12 %),
- zu 4 % in einer Aktiengesellschaft (Frauen gesamt 2 %),
- zu 2 % in einer Genossenschaft (Frauen gesamt 3 %),
- zu 7 % bei einem freien Träger, z.B. Verein, Partei, Kirche (Frauen gesamt 8 %),
 zu 5 % in anderen Einrichtungen (Frauen gesamt 4 %).

Die restlichen 11 % konnten (z.B. wegen Arbeitslosigkeit) oder wollten die Frage nicht beantworten. Bleibt das Ergebnis, daß "jetzt aktivere" Frauen in vielen Bereichen der Gesellschaft zu finden sind, vor allem aber in Privatbetrieben und GmbH.

Übrigens hätte ich auch ohne Zögern geantwortet: Ich bin jetzt aktiver als früher. In vieler Hinsicht passe ich nicht in das oben skizzierte Bild. So ist das nun mal mit der Statistik.

vergl. vier für den Osten repräsentative Befragungen des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V., selbst ausgewertet. Die Antwortvorgaben "Ja" und "Mehr Ja als Nein" wurden zusammengefaßt. vergl. z. B. KSPW-Kurzstudie Nr. 501 "Zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen", erhältlich von ISDA e.V. Dr. Kerstin Bast-Haider Ökonomin

IE OSTDEUTSCHE TEXTILINDUSTRIE UND IHRE FRAUENARBEITSPLÄTZE:

VERSUNKENE INSEL ATLANTIS?

Jede weiß es. Zwei Drittel aller ostdeutschen Arbeitslosen sind Frauen – im September 1993 betrug ihr Anteil an den Arbeitslosen 65,4%. Ostdeutsche Frauen sind schwerer vermittelbar – im September 1993 betrug ihr Anteil an den Vermittlungen in Arbeit 43,8%. Dieser Trend begann mit dem Jahr der Währungsunion und ist seither ungebrochen. Warum?



VOM VEB ZUR GMBH



Zur Veranschaulichung von Ursachen soll ein Bild dienen, auf dem drei Ebenen gesellschaftlicher Wirklichkeit – die Branche, der Betrieb, die arbeitende Frau – für einen ostdeutschen Textilbetrieb abgebildet sind. Diese Ebenen sind miteinander verwoben, voneinander inhaltlich und zeitlich abhängig. Der massenhafte ersatzlose Wegfall von Frauenarbeitsplätzen hat seine Ursachen auf allen drei hier gezeigten Ebenen.

So brachen vor allem traditionelle Industrien ein, zu denen viele "frauentypische" Branchen gehörten, z.B. die Konfektionsindustrie. Doch im Gegensatz zu anderen traditionellen Industrien wie dem Schiffbau oder der Stahlindustrie hatte die Konfektionsbranche keine Lobby, da sie in Westdeutschland mittelständisch geprägt ist. Zugang zu staatlichen Subventionen haben aber vor allem Konzerne. Weiterhin sind Frauen gewerkschaftlich kaum organisiert. Mit dem Wegfall der Arbeitsplätze in der Textilbranche ging schier automatisch die Dequalifizierung der nunmehr erwerbslosen Frauen einher und. da ihre ursprüngliche Qualifikation nicht mehr gefragt ist, ihre schwere Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Eine andere Art makrostruktureller Veränderungen zeigt sich im Herausdrängen von Frauen aus ehemals "frau-

entypischen" Branchen wie z.B. dem Finanzdienstleistungswesen, die nun lukrativ fär Männer werden. Gleichzeitig erfolgte die Umstrukturierung der Frauenerwerbsarbeit auf der mesostrukturellen Ebene, z.B. innerhalb der Bekleidungsunternehmen, die um Sanierung kämpften. Sie erschien hier u.a. als veränderte Personalmanagementstrategie, als "Reaktion auf marktwirtschaftliche Erfordernisse". Dies zeigte sich in einer veränderten Arbeitsorganisation, dem massiven Verwaltungsabbau, der Ausgliederung bzw. dem Verkauf betrieblicher Sozialeinrichtungen. Aber gerade im Verwaltungsbereich und in den Einrichtungen betrieblicher Sozialpolitik waren vorwiegend Frauen beschäftigt. Eine weitere Besonderheit bestand darin, daß gerade in Großbetrieben mit ausgeglichenem Geschlechterverhältnis oftmals Ehepaare arbeiteten. Wenn "sozialverträglich" entlassen wurde, dann traf es einen der Ehepartner und somit oft die Frauen, da sie weniger verdienten, bzw. der Bereich, in dem sie beschäftigt waren, wegfiel. Gleichzeitig verschlechterten sich mit dem Wegfall betrieblicher Kindereinrichtungen bzw. den reduzierten Öffnungszeiten vor allem die Möglichkeiten für alleinerziehende Frauen. vollzeiterwerbstäig sein zu können. Schließlich zeigte sich dieser Prozeß der Umstrukturierung der Frauenerwerbsarbeit auf der Mikroebene als Umstrukturierung von Arbeitsanforderungen, die mit den von Frauen unter planwirtschaftlichen Bedingungen aufgebauten Ressourcen (Fähigkeiten und Fertigkeiten) kollidierten. In einer empirischen Fallanalyse wurde die Frage untersucht, welche der von Frauen in der DDR-Bekleidungsindustrieaufgebauten Ressourcen welchen neuen Anforderungen

DDR-Planwirtschaft	BRD-Marktwirtschaft
aufgebaute Ressourcen	neue Anforderungen
qualitativ	qualitativ
-Facharbeiterausbildung/Basis	-Facharbeiterausbildung/Basis
Massenproduktion	Serienproduktion
-schweres und mittleres Material	-Material "vom Scheuerlappen
-2 Arbeitsgänge, miedrige	bis zur Seide
Disponibilität	-mehrere Arbeitsgänge (3-5),
quantitativ	quantitativ
-Arbeitsintensität/Basis 100%	-Verdopplung der Arbeitsinten-
Normerfüllung DDR	sität/Basis: westdt. Norm
-stärkere Arbeitszeitauslastung	-"Kampf um die Stücke", höheren psychischer Bruck

der BRD-Marktwirtschaft gegenüberstanden. Folgendes Beispiel zeigt dieses Spannungsverhältnis für die Näherinnen.

Die Näherinnen erlebten den Strukturbruch der ostdeutschen Bekleidungsindustrie in den letzten drei Jahren vor allem als veränderte Anforderungen am Arbeitsplatz. Die Näherinnen durchlebten einen Transformationsprozeß, auf dessen einer Seite die plötzlich veränderten Anforderungen als Bruch und auf dessen anderer Seite aber die Unmöglichkeit für die Frauen, sofort darauf zu reagieren, stand. Folge war ein stark verzögertes Verhalten ("Trägheitsmoment"). Der Bruch zeitigte im tatsächlichen Verhalten der Frauen zunächst "nur" Risse, wenngleich die veränderten Anforderungen durchaus als Bruch erlebt wurden. Gerade dieses erlebte Spannungsverhältnis zwischen Notwendigkeit und Unmöglichkeit, von heut auf morgen adäquat zu reagieren, widerspiegelt die Schwierigkeit, nicht selbst getroffene Entscheidungen zu verinnerlichen und Auswege aus der veränderten Situation zu finden.

Die Reaktionsschnelligkeit der Frauen, die ihre Arbeit im sich transformierenden Unternehmen vorerst behielten, war einerseits bestimmt durch die Res-

sourcen aus realsozialistischen Zeiten und ihre Stellung im internen betrieblichen Arbeitsmarkt zu DDR-Zeiten, und andererseits durch die "Trägheit" der Arbeitsinhalte und deren Differenzierung. Bereits im September 1990 erfolgte die Einführung neuer Akkordnormen, aber noch im August 1991 konnten 70% der Näherinnen des untersuchten Betriebes ihre Norm nicht erfüllen. Wie die betroffenen Frauen die Einführung der Marktwirtschaft erlebten, verdeutlicht das Interview mit einer Näherin, das im September 1990 geführt wurde: Frage: "Wie haben Sie diesen Umbruch erlebt, von einem VEB in eine GmbH, hat sich da was verändert? Arbeitsorganisatorisch?"

Frau J .:

nicht verändert?"

02 Nur, daß wir jetzt die neue Verarbeitung gekriegt haben, jetzt,
03 hier von der Firma da.
04 Das ist eigentlich das Einzige."
Frage I: "Oder sonst hier mit den Leitern, hat sich da was verändert?"
Frau J.: 05 "Na, ja. Wie ich gehört habe, sind einige weg. Ich weiß nicht."
Frage: "Produktionsleiter, haben sich

01 "Ja, so eigentlich nicht direkt.

Frau J.: 06 "Nee, nee, die sind noch da. Frage I: "Das Verhältnis verändert?" Frau J.: 07 "Tja, zum Teil irgendwie schon, die sind härter geworden, uns gegenüber jetze…"

Frage I: "In welcher Beziehung würden Sie das sagen, von der Pausengestaltung her?"

Frau J.: 08 "Nee, das gar nicht mal, 09 na, ja doch.

10 Zum Beispiel sind ja zwischendurch immer welche rauchen gegangen, wa, so fast jede Stunde.

11 Da pochen se nun droff, daß das nun absolut wegfällt

12 und dann müss mer eben bis Punkt 16.00 Uhr arbeiten

13 und wehe dem, wir fangen mal zwei Minuten früher an,

14 unsere Maschine sauber zu machen, irgendwie so.

15 Dann komm se schon gucken.

16 Du sollst doch bis 16.00 Uhr arbeiten! 17 Und das ist eigentlich, was uns jetzt so stört.

18 Daß es praktisch radikal jetzt kommen muß.

19 was jetzt jahrelang off eene Art verschlampt wurde, eingerissen ist. 20 Und daß das sich von heute auf morgen praktisch ändern muß.

21 Irgendwie ham wer das Gefühl, 22 als wenn se jetzt hinter uns stehen, 23 immer nur mitm Knüppel und wehe dem.

24 Und wenn nicht, dann gibts noch eene ruff,

25 irgendwie, das finden wir alle nicht so gut,... ich weiß nicht."

In 12 bis 16 verband Frau J. ihre eigene Idee vom "Härtergewordensein" der Leiter mit der enorm veränderten Ausnutzung der Arbeitszeit überhaupt. Nicht nur die Raucherpausen fielen jetzt weg, sondern auch die Möglichkeit, "zwei Minuten" früher Feierabend zu machen.

In 17 bis 25 nimmt Frau J. eine Wertung dieser im Vergleich zu VEB-Verhältnissen "radikal" veränderten Vorgehensweise der Leiter vor:

Sie erlebte diese Anforderung als zeitlich zu schnell und verdeutlichte das mit dem sprachlichen Gegensatz von "jahrelang verschlampt" und "von heute auf morgen praktisch ändern muß". Diese geforderte unangemessene Schnelligkeit der Veränderung wurde von den Leitern offensichtlich radikal durchgesetzt, so daß die Näherinnen sich förmlich körperlich bedroht fühlten. Natürlich stehen "se" – die Leiter – nicht tatsächlich mit dem Knüppel hinter den Näherinnen (wenngleich wenig später ein westdeutscher Qualitätsmeister diese Befürchtungen in die Tat umsetzt, indem er mehrmals Frauen die nicht qualitätsgerecht genähte Kleidung um die Ohren haut), offensichtlich bestand aber eine erhebliche empfundene Bedrohung durch die Art der Durchsetzung und die Schnelligkeit der geforderten Veränderungen in der Arbeitszeitauslastung.

Es wird ebenfalls deutlich, daß eine Re-Hierarchisierung der Arbeitswelt erfolgte. Zwar war die realsozialistische Wirtschaft der DDR durch einen "Überzentralismus" stark hierarchisch strukturiert, trotzdem erfolgte auf betrieblicher Ebene in gewisser Weise ein Abbau von Hierarchie, Näherinnen waren Brigademitglieder, Meisterinnen gleichfalls. Selbst die Leitungskader waren in einem Leitungskollektiv. Und diese Kollektive waren nicht nur "gewerkschaftliche Konstruktionen", sondern in ihnen bildeten sich vielfältige soziale Beziehungen heraus, auch in ihrer Ambivalenz von Geborgenheit und sozialer Kontrolle. Diese sozialen Beziehungen wirkten noch verstärkt vor dem Hintergrund der Tätigkeit "gesellschaftlicher Organisationen" im Betrieb sowie der betrieblichen Sozialpolitik. Neben dem völligen Wegfall dieser Beziehungen ist die Re-Hierarchisierung vor allem durch die Entstehung von Konkurrenz und die Veränderung der Unterstellungsverhältnisse gekennzeichnet. Nunmehr waren Näherinnen nicht mehr Teil einer Brigade, sondern traten einzeln gegenüber ihren Vorgesetzten auf. Selbst die Einbindung in arbeitsteilige Zusammen-

VOM VEB ZUR GMBH

hänge innerhalb eines Nähbandes bewirkte bei laufendem betrieblichem Transformationsprozeß und sich verändernder, weiterhin diskontinuierlicher Arbeitsorganisation "den Kampf um die Stücke". Denn jede mußte auf ihre Stücke kommen, um die Norm erfüllen zu können.

Um marktwirtschaftlich konkurrenzfähig sein zu können, hätten ostdeutsche Bekleidungsunternehmen sofort nach Errichtung der Währungsunion konkurrenzfähig sein müssen. Dies hätte u.a. erfordert: den sofortigen Übergang zur Akkordarbeit und eine wesentlich erhöhte Disponiblität der Näherinnen; die Produktion von Bekleidung des gehobenen Genres bei Auslagerung der Produktion des mittleren und unteren Genres in sogenannte Billiglohnländer; die sofortige Verfügung über ein Vertriebsnetz für die produzierten Erzeugnisse. Dies alles hätte bei radikaler Senkung des Verwaltungsaufwandes geschehen müssen und quasi über Nacht. Zum Zeitpunkt der Währungsunion aber war diese Art Sanierungsstrategie aber erst in Ansätzen bekannt, geschweige denn in die Praxis umgesetzt. Es existierte somit ein erhebliches Zeitdefizit, das den Zusammenbruch der ostdeutschen Textil- und Bekleidungsbranche noch beschleunigte.

Wie aber bestreiten die Frauen, die in der Bekleidungsbranche ihren Arbeitsplatz verloren haben, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien? Es kann davon ausgegangen werden, daß ein Teil dieser Frauen in den Vorruhestand gegangen ist. Ein anderer Teil hat sich Arbeitsplätze in anderen Bereichen der Wirtschaft gesucht. Bei letztgenannten Frauen ist zu vermuten, daß sie eine Dequalifizierung erfahren haben, d.h. daß

sie eine Tätigkeit ausüben, die ihrer Facharbeiterqualifikation nicht entspricht. Empirische Belege: von der Leiterin des Berufsberatungskabinetts zur Tupperwareberaterin; von der Ingenieurökonomin zur arbeitslosen Frau, die eine EDV-Weiterbildung macht; von der Näherin zur Reinigungskraft; von der Lehrausbilderin zur Altenpflegerin. Einige dieser Frauen haben die Möglichkeit der Umschulung genutzt und gemerkt, daß ihnen etwas anderes versprochen wurde, als sie dann in der Realität erlebt haben (Altenpflegerin). Einige werden ihre Weiterbildung mit "das kann ja nicht schaden" angetreten und damit die Arbeitslosenstatistik für kurze Zeit verschönt haben. Frauen mit kleinen Kindern werden nach kurzer Zeit gestrichen worden sein als Arbeitslose, denn sie "sind ja nicht vermittelbar", da sie ihre Kinder betreuen müssten. Wer fragt die Väter dieser Kinder, ob sie ihre Kinder untergebracht haben? Niemand. Die Arbeitslosenstatistik gibt keine Auskunft darüber, wohin die Frauen, die ihren Arbeitsplatz in der Bekleidungsindustrie verloren haben, gegangen sind. Schweigen ist auch eine Antwort, löst aber nicht das Problem.

Offensichtlich wird erwartet, daß sich DDR-Frauen über kurz oder lang daran gewöhnen werden, Arbeitsmarktreserve zu sein, einzuspringen, wenn gerade mal Bedarf ist, sich wegdrängen zu lassen, wenn gerade mal kein Bedarf da ist.

Dies könnte aber ein großer Irrtum sein, wenn wir uns Ergebnisse der westdeutschen Migrationsforschung zu Übersiedlerinnen aus der DDR ansehen. Eine 1989 vom Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen" veröffentlichte Studie zum Thema "Die berufliche Integration weiblicher Übersiedler aus der

DDR" zeigte, "daß nach 5 Jahren im Westen nahezu alle erwerbswilligen Übersiedlerfrauen, gerade auch solche mit (allerdings nicht mehr ganz kleinen) Kindern, tatsächlich wieder erwerbstätig sind, also Arbeit (gesucht und) gefunden haben. Das zuvor in der DDR erlernte und als selbstverständlich empfundene Muster der Erwerbstätigkeit (auch) der Frauen, unabhängig von ihrer Haushaltskonstellation, ist also über die Übersiedlung hinweg beibehalten worden - und konnte erfolgreich beibehalten werden. Allerdings trugen tendenziell die Frauen stärker als die Männer – im Berufsbereich die Kosten der Übersiedlung in Gestalt von im Vergleich zur vorherigen DDR-Situation häufig unterqualifizierter oder berufsfremder Arbeit." Nach einer anderen, unmittelbar vor dem Mauerfall durchgeführten Untersu-

chung zeigte sich allerdings bei Übersiedlerinnen, die aus der Bekleidungsbranche
kamen, eine im Vergleich zu Frauen aus
anderen Branchen überdurchschnittlich
lange Arbeitslosigkeit von bis zu 28 Monaten. Auch mußten 70% dieser Frauen
das Tätigkeitsgebiet wechseln und endeten in Erwerbstätigkeiten mit einem niedrigeren Qualifikationsniveau. Dieser Befund läßt ähnliche Entwicklungstendenzen für Frauen der ostdeutschen Bekleidungsbranche vermuten.

Die Ergebnisse der Übersiedlungsforschung sind um so interessanter, als daß sich Übersiedlerinnen durchaus der westdeutschen Wirklichkeit hätten anpassen können. In ihr nimmt zwar die Frauenerwerbsarbeit stetig zu, ist aber immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß es die ostdeutschen Frauen mit der "Migration der Grenze" zu tun hatten. Die Übersiedlerinnen kamen in eine funktionierende Wirtschaftsstruktur hinein,

QUOTIERUNG

WIRTSCHAFT

hatten aber hier schon Schwierigkeiten, Arbeit zu finden. Wie viel größer werden erst die Schwierigkeiten ostdeutscher Frauen sein, unter den Bedingungen einer zusammengebrochenen Wirtschaft Arbeit zu finden? Da die ostdeutschen Frauen aber "dablieben", dürfte erst recht ihre in der DDR erfahrene Sozialisation zum Tragen kommen, zumal sich um sie herum lauter ähnlich sozialisierte Frauen befinden.

In jedem Fall sind also Konzepte notwendig, die den Frauen, die in ihren Branche keinen Arbeitsplatz mehr finden können, eine berufliche Perspektive bieten.

Gaby Peter
Juristin

ERSONALMANAGEMENT
UND FRAUENQUOTEN

Heute ist es nahezu für jede Frau eine Selbstverständlichkeit, erwerbstätig zu sein. Zwischen ihren Erwerbswünschen und den realen Erwerbsbedingungen klafft jedoch eine Riesenkluft. Frauen werden mit einem Personalmanagement konfrontiert, das ihnen nur einen kleinen Teilarbeitsmarkt erschließt. Im Gegensatz zu Männern können sie nicht die gesamte vertikale und horizontale Breite des Erwerbslebens nutzen. Angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktentwicklung stehen die Zeichen für gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten am Erwerbsleben und damit auch für eigenständige Lebensperspektiven schlecht.

Arbeitsmarktnachteile von Frauen trotz guter Qualifikation

Frauen versuchen, durch höhere Qualifikation der Diskriminierungsspirale zu entrinnen. Sie investieren mehr Zeit und Energie in eine Berufsausbildung und sind wesentlich besser qualifiziert als noch vor zwei oder drei Jahrzehnten. Im Hinblick auf schulische Qualifikationen haben sie ihre männlichen Mitschüler bereits überrundet. Sie schneiden im Durchschnitt bei den Schulabschlüssen besser ab als ihre männlichen Mitschüler. Geschlechtsspezifische Qualifikationsunterschiede beginnen an der Schwelle zur Berufsausbildung. Während sich Männer zwischen vielen unterschiedlichen Berufsperspektiven entscheiden können, steht Frauen nur ein kleiner Ausschnitt des gesamten Berufsspektrums offen. Die Arbeitsmarktstruktur schleust sie vor allem in mittlere und untere Betriebshierarchien, die sich häufig als Sackgassenberufe ohne jegliche Aufstiegs- und Veränderungsmöglichkeiten herausstellen, während Männer Exklusivrechte auf höherrangige Berufsfelder und gut dotierte Posten zu haben scheinen (Fiedler/Regenhardt 1987). Die Folgen sind niederschmetternd: Frauen sind mit schlechteren häufig unterhalb ihrer Qualifikation liegenden - Arbeitsplätzen, unangemessenen Arbeitsbedingungen, unterdurchschnittlicher Bezahlung, minimalen Aufstiegschancen, Geringschätzung ihrer Leistung und Fähigkeiten konfrontiert. Die Erfahrung eines nach Geschlecht geteilten Arbeitsmarktes, der Männern tendenziell bessere Berufsaussichten bietet - Frauen dagegen eine tendenziell schlechtere berufliche Stellung - haben seit der Wende die Frauen in den neuen Bundesländern nachvollziehen müssen: Im Zuge des Struktur-

wandels sind die Vorzüge der breiteren Palette vorhandener Qualifikationen nicht mehr nachgefragt worden. Im Gegenteil: Frauen wurden aus technischen Erwerbsbereichen verdrängt und auf typisch weibliche Berufsfelder verwiesen, sofern sie nicht gänzlich in die Erwerbslosigkeit gedrängt wurden. Diese Arbeitsmarktentwicklung widersprecht den Erwerbswünschen von Frauen. Sie müssen nicht nur mit durchschnittlich 30 % weniger Lohn auskommen als Männer. In jeder Krisensituation droht ihnen am ehesten der Verlust des Erwerbsarbeitsplatzes. Wirtschaftliche Miseren sind für die anhaltende Arbeitsmarktdiskriminierung jedoch nicht ausschlaggebend. Vielmehr bestätigt sich in Betriebsbefragungen, wie gering die Bereitschaft des Personalmanagements ist, gegenwärtig und zukünftig Frauen einzustellen. Diese Beobachtung bezieht sich auf die Beschäftigungsentwicklung im allgemeinen sowie auf die Besetzung höherer Positionen im besonderen. Tradierte Sozialisationsmuster, gesellschaftliche Rollenerwartungen und vorurteilsbehaftete Auswahlentscheidung sind entscheidende Faktoren für die geschlechtsspezifische Einstellungspraxis und die daraus resultierenden Erwerbsbeschränkungen für Frauen mit all ihren diskriminierenden Folgewirkungen (Engelbrech/Kraft 1992:13 f.).

Parlamentarische Initiative für Frauenquoten

Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation und die Negativprognosen zur Beschäftigungsentwicklung von Frauen in den neuen und alten Bundesländern haben Christina Schenk, Abgeordnete des UFV in der Bundestagsgruppe BÜNDNIS 90/GRÜNE, veranlaßt, einen Gesetzentwurf erarbeiten zu lassen, der einen Beitrag für die Diskussion effektiver

QUOTIERUNG

Frauenpolitik leistet. Dieser "Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben (Arbeitsrechtliches Anti-Diskriminierungsgesetzes)" enthält als Kernstück ein Quotierungsgesetz, das sich im Unterschied zu den bereits bestehen Gleichstellungsgesetzen einzelner Länder nicht auf den öffentlichen Dienst beschränkt, sondern sich gleichermaßen auf die Privatwirtschaft erstreckt. Er unterscheidet sich schon dadurch von dem Entwurf eines Gleichbestellungsgesetzes der Bundesregierung, das überhaupt nur für oberste Bundesbehörden gelten soll und von Quotenregelungen ohnehin eine Absage erteilt.

Notwendigkeit von Frauenquoten für die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst

Erhebliche Frauenbeschäftigungsdefizite ziehen sich quer durch alle Erwerbsbereiche. Die Frauenanteile in den Belegschaften sind in den letzten Jahrzehnten durchaus durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors gestiegen. Allerdings kann von einer fortwirkenden Öffnung neuer Erwerbsbereiche für Frauen nicht die Rede sein. Eine deutliche Steigerung der Frauenbeschäftigung ist nirgends zu verzeichnen. Partielle Veränderungen sind in der Vergangenheit im öffentlichen Dienst eingetreten, obwohl auch dort gerade die Stellen des gehobenen Dienstes typischerweise überwiegend mit Männern besetzt sind. Selbst dahinter fällt die Privatwirtschaft zurück. Veränderungen der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Tätigkeiten sind im privatwirtschaftlichen Bereich bis auf Einzelfälle ausgeblieben. Vielmehr ist ein Anstieg der Frauenbeschäftigung am ehesten in wirtschaftlichen Frauendomänen zu erwarten, während ihnen die bisherigen Männerbereichen



weiterhin verschlossen bleiben. Für die Stagnation der Öffnung des Stellenmarktes ist das Personalmanagement nur zu einem Teil verantwortlich. Schon das geschlechtsspezifische Ausbildungsstellenangebot nimmt die Weichenstellung für den späteren Berufsverlauf vor und verstärkt die Segregation sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Hinsicht. In der Regel werden junge Männer und Frauen nämlich nicht in den gleichen Berufen ausgebildet. Vielmehr

werden ihnen geschlechtsspezifisch unterschiedliche Ausbildungsgänge angeboten, in deren Folge sich Männer bereits in den ersten Berufsjahren auf einem höheren Status- und Einkommensniveau einfinden, während Mädchen überwiegend in geringer bezahlten und weniger flexibel einsetzbaren Berufen ausgebildet werden (vgl. Engelbrech/Kraft 1992:17). Diesen Erfahrungen trägt der Quotierungsgesetzentwurf mit einer Ausbildungsquote Rechnung. Danach

sind 50 % der Ausbildungsstellen für Berufe, in denen Frauen bislang unterrepräsentiert sind, mit Frauen zu besetzen. Da sich die Benachteiligung von Frauen auch bei formal gleicher Berufsqualifikation fortsetzt und Männer von vornherein höherwertige Positionen bekleiden, ist die Quotierung der Ausbildungsstellen nur der Anfang notwendiger Arbeitsmarktkorrektive. Um Frauen auch im weiteren Berufs- und Karriereverlauf den Zugang zu sämtlichen Hierarchieebenen zu eröffnen, sind Einstellungs- und Aufstiegsquoten erforderlich. Die Ouotierungsvorschriften des Gesetzentwurfs verpflichten alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber zu einer Bestandsaufnahme der Beschäftigungsentwicklung, um aus dem Datenmaterial die für einen Berichtszeitraum jeweils maßgebliche Quote für den Betrieb bzw. die Dienststelle zu ermitteln. Sobald Frauen in einer Vergütungsgruppe unterrepräsentiert sind, trifft den Arbeitgeber eine Quotierungspflicht, mit der er angehalten ist, den (bisher zu geringen) Frauenanteil in einer Hierarchieebene zu erhöhen. Somit hat er bei Einstellungen oder Aufstiegsmaßnahmen Frauen zu einem bestimmten Prozentsatz zu bevorzugen. In welchem Maß das Personalmanagement an Quotenvorgaben gebunden ist, hängt vom bereits erreichten Ausmaß der Frauenbeschäftigung in einem Betrieb bzw. einer Dienststelle ab; denn je höher der Frauenanteil bereits ist, umso niedriger fällt die Quote aus. Die Frauenquote ergibt sich aus der Anwendung des Prinzip der umgekehrten Proportionalität: Wenn z.B. auf einer Hierarchieebene 20 % Frauen beschäftigt sind, müssen in der Folge 80 % der Einstellungen und Beförderungen Frauen betreffen. Steigt der Frauenanteil auf 30 %, sind Frauen

noch zu 70 % zu bevorzugen usw. Die Quotierungsregel stellt damit auf die Beschäftigungssituation jedes einzelnen Betriebes bzw. jeder einzelnen Dienststelle ab. Sie "belohnt" den Anstieg der Frauenbeschäftigung und "bestraft" die Ausgrenzung oder zögerliche Einstellung von Frauen. Die Lasten einer quotierten Personalrekrutierung nehmen ab, je näher das Ziel paritätischer Beschäftigung rückt. Darüberhinaus enthält der Entwurf weitere Quotierungsregelungen. Das betrifft zum einen die Anwendung von Quoten bei Entlassungen, damit betriebsbedingte Kündigungen nicht auf den Rücken von Frauen ausgetragen und sie nicht in die stille Reserve abgeschoben werden. Zum anderen sind Quoten auch bei Maßnahmen der Arbeitsförderung durch die Bundesanstalt für Arbeit (ABM, Fort- und Umschulungsmaßnahmen) zu berücksichtigen.

Die "Qualifikation" als Einfallstor für frauendiskriminierende Personalpolitik. Ouoten stehen vor allem unter der Kritik, sie würden dazu führen, daß reihenweise unqualifizierte Frauen in Positionen gehievt werden (vgl. z.B. Sachs 1989; Feindt 1983). Gerade für den öffentlichen Dienst wird dieser Vorwurf auf das Leistungsprinzip nach Art. 33 GG gestützt. Für die Personalauswahl soll danach die "Eignung, Befähigung und fachliche Leistung" entscheidend sein. Ganz davon abgesehen, daß diese Auswahlkriterien in der Praxis eher ignoriert als tatsächlich beachtet werden und vielmehr andere Überlegungen die Stellenbesetzung beeinflussen sowie Verwaltungen und Betriebe informelle Männerquoten praktizieren (Pfarr 1988:15 ff.; Pinl 1989:3 ff.), spiegelt die Kritik nur ein weiteres Vorurteil gegen Frauen wider. Für die Privatwirtschaft

ist das Leistungsprinzip des Art. 33 GG ohnehin rechtlich irrelevant. Als vermeintlich obiektiv-rechtliche Barriere hochstilisiert dient es aber ganz allgemein dazu, die Ablehnung effektiver Frauenfördermaßnahmen zu begründen. Die landesrechtlichen Gleichstellungsgesetze folgen aber dieser Logik und beinhalten sämtlich einen Qualifikationsvorbehalt. D.h. nur bei "gleichwertiger" Qualifikation und unter Wahrung der Einzelfallgerechtigkeit (z.B. 8 LADG Berlin) bzw. bei "gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung" zu bevorzugen und "sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen" (z.B. § 25 Abs. 5 Landesbeamtengesetz NRW; ähnlich die entsprechenden Regelungen der Länder Saarland, Hamburg, Bremen). Auf die "gleichwertige" Qualifikation hebt im übrigen auch der neue SPD-Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz ab. Von solchen Vorbehalten verabschiedet sich der Quotierungsgesetzentwurf. Er geht vielmehr von dem Bewußtsein aus, daß Frauen, die sich für eine Stelle bewerben, auch die nötige Qualifikation mitbringen. Entgegen der bisher nebulösen Entscheidungsfindung, mit der im Ergebnis Männer bevorzugt werden, setzt der Entwurf auf mehr Transparenz. Insbesondere für den öffentlichen Dienst wird ein Stellenprofil verlangt, das zwischen Dienststellenleitung und Frauenbeauftragten vorab festzulegen ist. Dahinter steht die Vorstellung, daß Frauen erst dann reale Einstellungschancen haben, wenn Stellenbesetzungen nach objektivierbaren, auf den konkreten Fall bezogene Arbeitsplatzanforderungen erfolgen. Anderenfalls genießen Männer immer schon deshalb Vorteile, weil sie im Gegensatz zu Frauen über kontinuierliche

QUOTIERUNG

Berufsverläufe und mehr Berufserfahrung verfügen.

Durchsetzung der Frauenquote Da gesetzliche Vorschriften von Arbeitgebern regelmäßig mißachtet werden, beinhaltet der Entwurf ein relativ umfassendes Programm der Rechtsdurchsetzung. Vorgesehen ist ein Drei-Säulen-Modell: Erstens können Frauen, zu deren Nachteil von der Quotierung abgewichen wird, entweder ihre Einstellung oder alternativ Schadensersatz verlangen. Zweitens ist in Betrieben mit mehr als fünf weiblichen Beschäftigten das Amt einer Frauenbeauftragten einzurichten. Mit Mitbestimmungsrechten ausgestattet kann die Frauenbeauftragte direkt an der Umsetzung der Quotierung mitwirken und Quotierungsverstöße des Arbeitgebers verhindern. Drittens erhält eine Aufsichtsbehörde die Kompetenz, die Einhaltung des Gesetzes zu überwachen und für Quotierungspflichtverletzungen Sanktionen auszusprechen. Je nach Art und Schwere eines Verstoßes steht der Behörde ein Ermessen über die Art der Sanktionen zu. So kann sie Arbeitgeber zu zusätzlichen gezielten Maßnahmen der innerbetrieblichen Frauenförderung (Qualifikationsprogramme für weibliche Beschäftigte, Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, frauengerechtere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen etc.) bis hin zur Zahlung erheblicher Geldbußen verpflichten. Da die Erhöhung der Frauenanteile in den

Belegschaften gegen den Willen der

Betriebe bzw. Dienststellen schwer

durchsetzbar ist, setzt der Entwurf auf

gegenseitige Kommunikation statt auf

"mechanistische Vollstreckung". Daher

ist vorgesehen, die Ursachen von Quo-

verfahren zu erörtern. Somit besteht

tierungsverstößen in einem Anhörungs-

Gelegenheit, praxisnah und sachgerecht auf die spezielle Situation des Betriebes zu reagieren. Diese Verfahrensweise bietet am ehesten die Gewähr, daß adäquate und gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die Betriebe veranlassen, die Quote künftig einzuhalten. Finanzielle Sanktionen empfehlen sich daher erst bei hartnäckigem Zuwiderhandeln. Zudem soll ohnehin die Vergabe von Subventionen, öffentlichen Aufträgen und Krediten von der Einhaltung der Ouote und u.U. zusätzlich von einer frauenfreundlichen Betriebsführung abhängen, so daß darüber ein Anreiz zur Quotierung geschaffen wird.

Rechtfertigung der Quotierung

Die gängige Praxis geschlechtsspezifischer Stellenbesetzung und die stark internalisierten Vorbehalte gegen Frauen in bestimmten Positionen vermögen Quotenregelungen am effektivsten zu durchbrechen. Ohne gezielte Maßnahmen werden spürbare Veränderungen noch lange auf sich warten lassen. Zunehmend gewinnt auch die Rechtsauffassung an Boden, die das Gleichberechtigungsgebot in Art. 3 Abs. 2 GG auch als Verfassungsauftrag interpretiert. Danach legitimieren sich Kompensationsmaßnahmen des staatlichen Gesetzgebers, um faktische Gleichberechtigung herzustellen (vgl. Pfarr 1988; Slupik 1988; Francke/Sokoll/Gurlit 1991; Raasch 1991; Sacksofsky 1991; Simon 1992). Das Bundesverfassungsgericht hat bisher noch nicht explizit über die Zulässigkeit von Quoten entschieden. In seiner Entscheidung zum Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen hat es allerdings bekräftigt, daß faktische Nachteile, die typischerweise Frauen treffen, durch begünstigende Regelungen ausgeglichen werden dürfen (BVerfGE 85: 191, 207). Da keine Verpflichtung zu ei-

nem einzigen oder zu einem bestimmten Frauenförder-Modell besteht, kommen grundsätzlich auch Quoten als geeignete Maßnahme in Betracht. Gerade unter Effektivitätsaspekten stellen sie wohl das bestgeeignete Mittel, auf allen Hierarchieebenen die Frauenanteile in absehbaren Zeiträumen zu erhöhen. Wenn nunmehr die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen Quoten abzunehmen scheinen, werden sie von anderer Seite als nicht mehr zeitgemäß kritisiert, weil sie zwar in Wachstumsphasen nicht aber in rezessiven Umstrukturierungsprozessen für angemessen gehalten werden (so Laubach 1992). Diese Position verkennt jedoch, daß Quotierung gerade unter Bedingungen knapper Ressourcen an Bedeutung gewinnt. Denn um der Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsleben entgegenzuwirken und vorzubeugen, sind gerade Mechanismen erforderlich, die zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit der vorhandenen Arbeitsplätze führen.

Literaturverzeichnis

- Engelbrech, Gerhard/Kraft, Hermine 1992: Sind Frauen das zukünftige Innovationspotential?, in: MittAB 1992, S. 13–26
- Fiedler, Angela/Regenhardt, Ursula 1987: Das Arbeitseinkommen der Frauen, Berlin
- Francke, Robert/Sokoll, Bettina/Gurlit, Elke 1991: Frauenquoten in öffentlicher Ausbildung, Baden-Baden
- Laubach, Birgit 1992: Die Gleichheitsfalle, in: Kommune 12/1992, S. 2–3
- Pfarr, Heide M. 1988: Quoten und Grundgesetz, Baden-Baden
- Raasch, Sibylle 1991: Frauenquoten und Männerrechte, Baden-Baden
- Sacksofsky, Ute 1991: Das Grundrecht auf Gleichberechtigung, Baden-Baden
- Simon, Helmut 1992: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung der gemeinsamen Verfassungskommission des Bundestages und Bundesrates am 5.11.1992 zu Art. 3 Abs. 2 GG
- Slupik, Vera 1988: Die Entscheidung des Grundgesetzes für Parität im Geschlechterverhältnis, Berlin

POLITIK IM GESPRÄCH WIRTSCHAFT

WISCHEN VERANTWORTLICH
SEIN UND SICH VERANTWORTLICH FÜHLEN,

da liegt der Spielraum...

Berlin besteht aus 23 Stadtbezirken. In den Ostberliner Bezirken Mitte und Marzahn gibt es Wirtschafts- und Finanzstadträtinnen, beide bereits in der zweiten Amtsperiode – Jutta Bartel, Mitfrau des UFV, Mandat der PDS und Ines Saager, parteilos, Mandat des Bündnis 90/Die Grünen. Beide Frauen nahmen sich die Zeit für ein zweistündiges Gespräch mit der Redaktion "Weibblick".

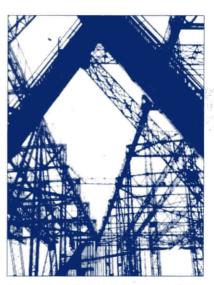
Ines Saager über Ines Saager: Ich bin 48 Jahre alt, alleinerziehend mit einem 18jährigen Sohn. Habe nach Abi und Ökonomiestudium an der Fachschule dann Ökonomie/Volkswirtschaft auf der Hochschule studiert, 22 Jahre in der Wirtschaft gearbeitet, davon 11 Jahre in Marzahn. War immer auf der Ebene, wo man mir auf die Schulter klopfte und meinte: Du hättest `ne tolle Karriere. wenn du ein guter Genosse wärst. Ich hatte die Schwester in Westberlin, und sie war für mich keine Ausländerin. Damit war für mich das Ost-West Problem immer aktuell. Manchmal habe ich gedacht: Honecker, warum hast du mich eigentlich studieren lassen?

Jutta Bartel über Jutta Bartel: Ich bin 39, alleinerziehend, mit einem 12jährigen Sohn. Ich habe an der TH Magdeburg Maschinenbau studiert, bin

Schweißingenieur. Habe nie in diesem Beruf, sondern zuerst bei TT-Bahnen in der Fertigungstechnologie gearbeitet. Dann habe ich an der Humboldt-Uni nebenbei noch Wirtschaftsrecht, dann Betriebswirtschaft belegt, nur aus dem Wunsch heraus, ja nicht stehenzubleiben. Nach einem Jahr Arbeit hatte ich oft das Bedürfnis, wieder etwas Neues anzufangen. Die Arbeit war mir bekannt und langweilig. Bin dann zum Aufzugsbau als Investingenieur gegangen. Über einen Zufall bin ich dann in die Staatliche Plankommission gekommen und habe dort in der Territorialplanung gearbeitet. Mitte der achtziger Jahre konnte genau gesagt werden, daß die Wohnungsfrage nicht gelöst sein wird und es wurde dann auf dem Papier sonst etwas als Wohnungsneubau abgerechnet. Ich war zwar in "der Partei", konnte jedoch mit meiner eigenen Meinung auch nicht Karriere machen. Ich hatte auch zunehmend mit den Leuten dort Schwierigkeiten, die immer meinten: sei erst einmal so lange wie wir hier, erst dann darfst du mitreden. Ich bin dafür, daß Leute, die in eine Verwaltung gehen, eine meßbare Arbeit machen, wo sie tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden können.

Weibblick: Was macht die Wirtschaftsund Finanzstadträtin eines Ostberliner Stadtbezirkes unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft?

Jutta Bartel: Im Sommer 89 haben wir noch gedacht, wir können unheimlich viel. Dann hat man uns sehr schnell die begrenzten Möglichkeiten spüren lassen. Das Wirtschaftsamt ist ein Ordnungsamt. Da geht man hin, um eine Gewerbeerlaubnis zu beantragen. Das ist ein bißchen wenig. Wirtschaftsberatung muß in den Bezirken stattfinden.



Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin

Wir müssen mit den Betrieben der Treuhand reden können.

Ines Saager: Die kreativste Zeit war, als es das allgemeine Zuständigkeitsgesetz noch nicht gab. Da hab ich selber noch gesagt, daß nicht der Markt die Marktwirtschaft regelt. Aus der HO (volkseigener Einzelhandelsbetrieb der DDR, d. Red.) wurde flächendeckend Kaisers, es entstand eine Monostruktur. Einen Wettbewerb gab es nicht. Automärkte schossen wie Pilze aus dem Boden, die meisten Gewerbeanmeldungen kamen von Finanzberatern. Die Flächen wurden umgenutzt, es kam zur völligen Destrukturierung.

Ich hatte als erstes eine Bestandsaufnahme der Wirtschaftsbestände gemacht. Ich habe mit den Unternehmen gesprochen, das es auf die Be- und Aufwertung ihres Standortes ankomme und

POLITIK IM GESPRÄCH



daß nicht alle Hotels aufmachen könnten. Ich fand es wichtig, das Baurecht zu kennen.

Wir haben sogar in dieser Zeit ereicht, daß ich ein Amt für regionale Wirtschaftsförderung und -ansiedlung aufgebaut hatte. In diesem Amt waren Bestandspflege, Neuansiedlungspolitik, Wirtschafts-, Unternehmens- und Existenzgründungsberatung zusammengefaßt. Dazu gehörten noch der Haushalt, das Ordnungsamt, das Gewerbeamt und die Wirtschaftförderung. In der Wirtschaftsförderung liegt der Kreativpunkt. Aber: Ende der Illusion. Es kam die erste Personalrunde und das Amt wurde zerschlagen, denn Wirtschaftsförderung ist im wesentlichen Aufgabe des Senats. Und jetzt mußt du dir deinen Spielraum beim Senat immer wieder erkämpfen. Zwischen verantwortlich sein und sich verantwortlich fühlen, da liegt der Spielraum. Im Senat herrscht aber kein komplexes Handeln vor, sondern Ressortdenken. Ein Feld für Kreativität hast du noch mit dem Grundstücksamt, das ebenfalls der Finanzstadträtin untersteht. Hier geht es um die Eigentumsproblematik und politische Beeinflussung.

Der Spielraum ist dort, wo ihn sich jedeR setzt.

Weibblick: Siehst Du das auch so?
Jutta Bartel: Ja. Mitte als zukünftiger
Regierungssitz kann mit einigen Dingen
anders umgehen als ein Randbezirk.
Das beste Beispiel: Bei uns treten sich
die Investoren auf die Füße, leider aber
kaum aus dem Industriebereich. Ein abschreckendes Beispiel war die Olympiabewerbung. Obwohl wir als Bezirk gegen Olympia waren, konnte wir uns
nicht vollkommen raushalten und haben mit der Baustadträtin gemeinsam

festgeschrieben, daß es Grünflächen und Wohnflächen zu geben hat. Der Senat hingegen hat sich wie ein kleines Kind über die Investoren gefreut und argumentiert, daß man denen um Gottes Willen jetzt nicht auch noch Bedingungen diktiern könne.

Weibblick: Das Kapital, das scheue Reh, ja?!

Jutta Bartel: Wir sind davon ausgegangen, wenn die etwas von uns wollen, dann müssen wir ihnen erst einmal sagen, was wir wollen. Und dann kann man sehen, was übrig bleibt. Mit dieser Haltung begegnen wir Investoren, und wir merken, wer solide und wirklich interessiert ist und wer nur spekuliert. In Verhandlungen mit Investoren, die sich für Objekte interessieren, in deren Hinterhöfen noch Handwerksbetriebe existieren und die nach der Sanierung wegfallen würden, fragen wir, wie vielen Betrieben sie nach der Übernahme des Objekts einen geringen Mietpreis garantieren. Als zweite Strecke versuchen wir jetzt, Investoren mit soziokulturellen Projekten zusammenzubringen, da wir kommunual nicht alles werden halten können.

Weibblick: Wie reagieren Investoren darauf?

Jutta Bartel: Diejenigen, die in Mitte wirklich etwas aufbauen wollen, um dort zu verdienen, die sind daran interessiert, daß solch ein Gebiet funktioniert. Das geht über eine gemischte Struktur. Das rechnet sich immer über Staffelmieten.

Ines Saager: Marzahn besitzt sehr gute Standortbedingungen. 900 von 1000 Einwohnern haben eine Fach-oder Hochschulabschluß, das Durchschnittsalter liegt bei 32 Jahren. Wir sitzen auf einer Zeitbombe des Abwanderungsdruckes, denn hinsichtlich Kulturent-

wicklung, Handel und Urbanisierung besteht absoluter Handlungsbedarf. Weibblick: In Berlin bestehen viele Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung, z.B. günstige Kredite, Subventionen, Steuererleichterungen. Bringen sie die gewünschten Ansiedlungs- und Arbeitsplatzeffekte oder eher "Mitnahmeeffekte"?

Ines Saager: Wir haben ein Gewerbegebiet, welches ungefähr 350 Hektar groß und verkehrsmäßig gut erschlossen ist. Dort saßen zu DDR-Zeiten fünf Großbetriebe und einige Kombinatsleitungen; Stern-Radio machte als erstes die Grätsche. Wir wollten das Gewerbegebiet als solches erhalten, waren dagegen, daß sich dort große Handelsunternehmen konzentrieren. Hier konnten wir uns der Treuhand entgegenstellen.

Ich versuche seit drei Jahren, Unternehmen, die Ausgründungen aus der Treuhand sind, hier anzusiedeln. Über 25 Investoren sind aber wegen der fehlenden Infrastruktur im Gebiet und der Bodenpreise auf Westniveau inzwischen abgesprungen. Daraufhin habe ich einem Vertrag mit einer Landesentwicklungsgesellschaft abgeschlossen, die das erschließt. Jetzt können wir 14 Unternehmen ansiedeln, denn: Wenn die Konditionen nicht stimmen, gehen die wieder. Marzahn besteht zu einem Drittel aus Berlins größtem Siedlungsgebiet. Dort sitzen viele Handwerksfirmen, die sich jetzt entwickelt haben und deren eigene Grundstücken bereits zu klein sind. Wir haben uns bemüht, die landeseigene Gewerbesiedlungsgesellschaft nach Marzahn zu bringen. Aus Mitteln der "Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur, aus Aufschwung-Ost-Mitteln errichtet sie ein Gründer- und Gewerbezentrum. wo etwa 70 Kleinunternehmen, insbesondere produzierendes Handwerk, Platz finden werden. Die Mieten sind nicht gewinnorientiert festgelegt. Solche Modelle brauchen wir, um der Destrukturierung entgegenzuwirken. Mein großes Problem dabei ist, daß dem Land Berlin zwei grundlegende Dinge fehlen das komplexe Herangehen und die Vision. Gewerbegebiete können heute nicht mehr nach dem Motto entwickelt werden, der Markt wird's schon richten. Heute muß zumindest der Rahmen eines Gebietes entwickelt werden, da müssen Kerne dazwischen gesetzt werden, die Synergieeffekte erzeugen und die Möglichkeiten bieten, daß sich Industrie gerne ansiedelt. Die große Industrie wird nicht mehr zu finden sein. sondern wir werden die regionalen Marktbediener haben. Hier fehlt dem Land Berlin die Vision zu sagen, was habe ich in Köpenick für Bestandsfaktoren, was in Marzahn...und welche Industrien sind Zukunftsindustrien? Wenn die Landesregierung auf Investorensuche nach Amerika ausfliegt, gerät sie ins Schwitzen. Dann ruft nämlich der Wirtschaftssenator in allen Stadtbezirken an und fragt, wo eine Fläche frei ist. So mache ich keine Wirtschaftspolitik. Im Moment machen wir ein Flächenfüllungsund Verwertungsprogramm. Für Westberlin war Wirtschaftsentwicklung bisher kein Problem. Die Unternehmen haben die Berlinförderung abgefaßt, ihr zweitklassiges Management hergeschickt und eine Niederlassung eröffnet. Die öffentliche Hand hat ihnen Aufträge erteilt. Ein Stück weit war dies eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, um die Arbeitslosigkeit in Westberlin in seiner Insellage etwas abzufedern. Es

war ein Gleichmaß - gediegen, satt und

es lief. Mit dem Abbau der Berlinförde-

rung bricht alles weg, aber es fehlt der

Rahmen für eine Gesamtentwicklung.



POLITIK IM GESPRÄCH

Weibblick: Woran liegt das Fehlen der Vision - fehlende Instrumente, keine politischen Möglichkeiten?

Jutta Bartel: Sie können es nicht. Ines Saager: Es fehlen zwei Dinge: Erfahrungen aus anderen Bundesländern einzuholen und sich zunutze zu machen. Die Leute im Senat machen derzeit nichts anderes als Krisenmanagement. Man klammert sich an alle möglichen Alibis - Olympiabewerbung, Hauptstadtbeschluß -, suchte jedoch nie nach einem soliden eigenen Konzept.

Weibblick: Sprechen wir über Frauenarbeitsplätze. Wo sind die Frauen jetzt geblieben? Welches Arbeitsplatzangebot gibt es z.B. für die Frauen von Stern-Radio?

Ines Saager: Viele in Marzahn wohnende Frauen waren im wissenschaftlichen Bereichen tätig, und die sind natürlich sehr schwer unterzubringen. Im produzierenden Bereich haben wir einfach zu wenig Frauen, die den Mut haben, Existenzen zu gründen. Die Frauen wählen so typische Felder, wie eine Boutique aufzumachen - was ich schön finde -, oder andere Handelsbereiche und den Dienstleistungsbereich. Bei Berlin-Kosmetik gibt es noch eine Frau auf der Leitungsebene. Wir haben Unternehmen angesiedelt, die die Arbeitplatzbindung durch Übernahme im Vertrag hatten. Da werden z.B. 34 Frauen, die vorher am Fließband waren, in einem Großlager weiterbeschäftigt. Die Frauen sind glücklich darüber. Oder als der Handel privatisiert wure, haben wir uns an die Handelseinrichtung gewandt und gebeten, aus dem Frauenpotential Frauen zu übernehmen. Und mehr kann ich eigentlich nicht machen.

Weibblick: Also mit viel eigener Anstrengung, denn automatisch würde nichts passieren? Ines Saager: Nein.

Weibblick: Wieviel Prozent der anvisierten Arbeitsplätze im Gewerbezentrum werden insgesamt von Frauen besetzt? Ines Saager: Das wissen wir heute noch nicht, obwohl wir auch viele Frauen in Verwaltungsberufen, aus der Materialwirtschaft und in Projektierungsberufen haben. Ich muß sagen, bei unseren Großbetrieben sind wir relativ günstig über den Privatisierungsberg gekommen. Es sind elf Unternehmen von 64 liquidiert worden. Wir können aus der Arbeitslosenstatstik ersehen, daß die Facharbeiter aus Marzahn die Nichtfacharbeiter in Westberlin verdrängen. Unser anderes Problem haben wir mit den Jugendlichen. Wir sind der Bezirk mit den meisten Jugendlichen. Aus diesem Grund habe ich den Lehrbauhof sofort nach Marzahn geholt.

Weibblick: Hast Du einen Kreis von Frauen, mit denen du zusammenarbeitest? Ines Saager: Mit der Marzahner Gleichstellungsbeauftragten Christine Rabe. die sehr viel auf die Beine stellt. Und meine Wirtschaftsberaterin (die Ostberliner Stadtbezirke haben die Möglichkeit, im Rahmen des Stellenplanes eine Fachkraft für Wirtschaftsförderung "vor Ort" einzustellen, d. Red.) arbeitet mit "Akelei", einem Beratungsprojekt für Existenzgründerinnen, sehr eng zusammen. Ich werde angesprochen, wenn es um Probleme geht. Unser neustes Projekt ist eine Initiative für gewerbetreibende Ausländerinnen, die mit schwer vermittelbaren Jugendlichen zusamenarbeiten werden. Das ist bei mir auf der kommunalen Ebene angesiedelt. Weibblick: Jutta, wie ist das mit Investoren und Frauenarbeitsplätzen in Mitte, und wie ist Deine Zusammenarbeit mit den Frauenstrukturen im Bezirk?

Jutta Bartel: Mit dem letzten fange ich

an. Die Zusammenarbeit ist auf jeden Fall da, schon weil ich selbst aus einem Projekt komme. Ich arbeite eng mit dem Gleichstellungsamt zusammen, und ich mache mitr heute Vorwürfe, das ich es nach der letzten Amtsperiode, wo es bei mir angesiedelt war, so schnell abgegeben habe. Ich denke, das Amt ist beim Bürgermeister nicht gut aufgehoben. Er kümmert sich nicht darum. Die Amtsleiterin Elvira Buchwald und ich setzen unsere regelmäßigen Runden fort und tauschen unsere Materialien untereinander aus. Wir wollen jetzt einen jour fixe einrichten, an dem Amtsleiterin und Wirtschaftsstadträtin den Projekten, die etwas mit Wirtschaft zu tun haben, zur Verfügung stehen.

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich denke, in Mitte gäbe es für Frauen eine Chance im Diensleitungsbereich, wenn sie sich etwas stärker machen würden. Wir fragen die Investoren nach ihren Konzepten, welche Arbeitsplätze mit welcher Qualifikation benötigt werden und inwieweit die Leute mit entsprechenenden Qualifizierungsmaßnahmen dafür fit gemacht werden müssen. Es geht um gezielte Bildung.

Weibblick: 21 Stadträte - 2 Stadträtinnen in klassischen Männerdomänen. Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen Stadträten und den Senatsverwaltungen für Wirtschaft/Technologie und für Finanzen?

Ines Saager: Die ist nicht geschlechtsspezifisch. Ich habe keine Probleme - es zählen Fachaussagen, was du kannst, wie du dich gibst. Natürlich ist man am Anfang als etwas exotisch betrachtet worden. Ich hieß wegen der roten Haare erst einmal "die rote Lady". Im Prinzip hatte ich mit den Verwaltungen, den Investoren keine Probleme.

Jutta Bartel: Ich möchte doch ein

bißchen relativieren. Mit der Verwaltung gab es überhaupt keine Probleme. Wir im Osten waren alle neu. Unter "normalen" Bedingungen wäre keineR zu solch einem Job gekommen, Das wird sich mit den Jahren auch alles regeln, und die Leute werden ganz normal über ihre Parteischiene dahinkommen. Investoren hingegen wundern sich schon. Bei uns in Mitte ist es ja eine noch andere Konstellation: wir haben eine Baustadträtin und die Leiterin des Stadtplanungsamts und dann noch eine Wirtschaftsberaterin, Männer müssen da plötzlich mit 4 Frauen umgehen können.

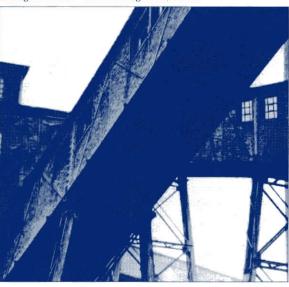
Weibblick: Bündnis 90/Die Grünen wie auch die PDS haben wirtschaftspolitische Vorstellungen - spielt das auf der Bezirksebene eine Rolle? Seid Ihr in die politische Debatte innerhalb der Parteien eingebunden?

Ines Saager: Ich komme aus dem Neuen Forum. Wir hatten als einzige Bürgerbewegung ein Fachkreis für Wirtschaft. Dort habe ich mich engagiert. Als wir dann Bündnis 90 gegründet haben, ist dieses Spektrum mit hineingegangen. Da wir von Anfang an einen sehr realistischen Weg beschritten hatten, gab es keine Disharmonien. Ich denke, es war gut, daß das Bündnis 90 zu den Grünen gekommen ist, denn hier ist der wirtschaftliche Aspekt akzentuiert. Bei den Wahlen werden wir erleben, das sich Bündnis 90/Die Grünen mehr diesen Themen widmen wird. Das zeichnet sich im Berliner Abgeordnetenhaus auch schon ab. Wir arbeiten mit den Abgeordeten sehr gut zusammen. Ich bin bei Grundsatzthemen mit eingebunden. nur reicht die Zeit natürlich nicht. Um gegen die etablierten Parteien anzukommen, kann man dieses Thema nicht mehr beiseitelassen.

Iutta Bartel: Die Meinnug, die ich zu bestimmten Dingen habe, die vertrete ich und wenn ich denke. so geht das nicht, dann trage ich bestimmte Dinge auch nicht mit. Im Bezirk ist klar, daß das Mandat die eine Sache. die PDS jedoch nicht meine Struktur ist. Das ergibt auf PDS-Seite mehr Schwierigkeiten als bei mir. Ines Saager: Ich denke, man muß sich zwei Fragen stellen. Die erste ist: Willst du politische Karriere machen, dann scheiterst du daran, daß

du dafür in eine große etablierte Partei mußt. Entweder du würdest dort in kürzester Zeit mundtot gemacht werden oder müßtest mit kungeln. Das Problem ist, welche eigenen Ziele ich habe. Ich will jeden Tag vor mir gerade stehen können. Und dies ist wieder das Faszinierende für andere: Du erzählst keinen Mist, bist in keiner Partei, bist damit nicht zu kriegen. Die von Bündnis 90/Die Grünen sind meine Freunde. Ich kann jedoch nicht alles mittragen. Zum Politikmachen bin ich nicht Schwein genug. Fachpolitik ist schwieriger, aber ich wollte schon immer lieber der "Sache" dienen. Und ich mach das auch, um ein bißchen Schuld abzutragen. Über die Wende hin habe ich mich eingebracht. Ich war nie in "der Partei", aber ich habe auch nie etwas getan, etwa in der Größenordnung, auf bestimmte Dinge aufmerksam gemacht zu haben. Und

Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



nun habe ich die Pflicht und Schuldigkeit vor mir selbst, mich in diesen Prozeß einzubringen. Es ist eine andere Voraussetzung, als wenn ich als Karrierist loslegen müßte.

Weibblick: Die Grünen haben eine feministische Tradition, Ines. Bist Du auch frauenpolitisch engagiert?

Ines Saager: Nein.

Weibblick: Hat euch eure Arbeit als Stadträtinnen verändert?

Ines Saager: Für mich war immer die Gesamtwirtschaft von Bedeutung, und mein Studienschwerpunkt Territorial-ökonomie hilft mir heute enorm. Ich habe nach der Wende sofort entsprechende Lehrgänge besucht, um zu sehen, was ist an dieser Wirtschaft denn so anders und gemerkt, daß ich mit meiner Ausbildung sehr gut zurechtkomme. Ich mußte mich nicht verändern. Wichtig ist, daß du kreativ, selbstbewußt bist

POLITIK IM GESPRÄCH

und Phantasie entwickeln kannst. Und durch meine alte Arbeit war ich es schon immer gewohnt, im Komplex zu denken. Eine Veränderung habe ich aber schon bemerkt, ich bin wesentlich aufgeschlossener geworden. Ich frage heute im Verbrauchermarkt einfach die Leute, wie sie bestimmte Dinge finden, um immer wieder Kontakt zu den Leuten zu behalten. In meinem privaten Bereich hat sich nichts verändert. Es sind die gleichen Nachbarn und der gleiche Freundeskreis geblieben. Nur die Zeit ist weniger geworden. Manchmal komme ich mir vor, als wäre ich '89 auf einen Abhang geraten und müßte immer noch rennen. Es ist die interessanteste Zeit meines Lebens und natürlich mit Enttäuschungen verbunden. Dann muß ich mich selber wieder hochrappeln. Das nicht alles umsonst ist, zeigen solche Erlebnisse, daß manche Leute mir einen Blumenstrauß ins Rathaus bringen oder sich eine alte Frau bei mir für meine Rede bedankt.

Jutta Bartel: Am 3. Dezember `89 war ich mit in der Volksbühne; danach begann ich, frauenpolitisch zu arbeiten. Wir hatten in Mitte beschlossen, zu den Kommunalwahlen 1990 mit einer Frauenliste anzutreten. Das ergab zwei Mandaten in der Bezirksverordnetenversammlung. Fachpolitisch wäre für mich etwas anderes als Finanzen und Wirtschaft aber nichts in Frage gekommen. Ich bin ein Zahlenmensch. Für mich stehen Inhalte hinter den Zahlen. Jetzt rechne ich übrigens mehr mit der Hand als früher, und meinen Computer im Amt mußte ich mir sehr hart erkämpfen. Sicherlich anders geworden sind der Stellenwert und die Art und Weise öffentlichen Auftretens. Mich ärgert heute bei vielen Veranstaltungen, daß lange geredet und dabei nichts gesagt wird.

Ich finde es frustrierend, daß so vieles über die Parteischiene geregelt wird. Für mich ist real, daß der Hang zur Zentralisierung weitergehen wird und ich weiß nicht, inwieweit sich die Bezirke gegen den Senat solidarisieren werden.

Weibblick: Du könntest dir auch vorstellen, etwas anderes zu machen?

Ines Saager: Ich könnte mir sofort vorstellen, in die Wirtschaft zu gehen. Ich möchte jedoch gern gestalterisch wirksam werden. Es wird zur Sucht, Aber keine Machtsucht. Ich würde auch mal gerne ein Buch schreiben. Ich habe um mich keine Angst. Ich würde auch gern etwas mehr Zeit für meine Familie haben. Wir sind drei Leute - mein Sohn, mein Vater, den ich aus dem Seniorenheim zu uns geholt habe, und ich. Und das ist alles nicht so einfach. So robust man nach außen wirkt, ich bin unheimlich sensibel, so daß mir politische Schweinereien schon wehtun. Vor allen Dingen Querelen machen mich kaputt. Du mußt Beleidigungen, Entehrungen wegstecken können.

Weibblick: Was würdet Ihr als Wirtschaftsministerinnen der BRD tun? Wie würde eine frauenfreundliche Wirtschaftspolitik aussehen?

Jutta Bartel: Ich möchte nicht Wirtschaftsministerin werden, sondern im Stadtbezirk ordentliche Arbeit leisten. Wenn die Wirtschaftspolitik keinen neuen Ansatz liefert, dann bleibt sie nur Flickwerk. Es geht um die Neudefinierung des Arbeitsbegriffes. Es wird nicht mehr für alle Leute nach jetzigen Maßstäben bezahlbare Arbeit mehr geben. Es muß verschiedene Arbeitsmärkte geben. Unter Wirtschaftspolitik müßte dann mehr subsumiert werden als das heute Landläufige. Es gehört die Kopplung mit dem Bereich Arbeitsmarktpolitik dazu, um eine tatsächliche Verknüp-

fung mit den Arbeitsmärkten hinzubekommen, und es gehört ein komplexes Vorstellungsvermögen darüber dazu, was kommt denn volkswirtschaftlich tatsächlich dabei heraus. Wo sind Subventionen wirklich notwendig, wo bringen sie etwas oder wo sind sie nur Gewissensberuhigung. Ich traue Beamten nicht weit über den Weg. Wirtschaftpolitik in diesm Land ist schon schwierig durch die Problematik Ost-West, die EG und dadurch, daß wir nach wie vor auf Kosten der Dritten Welt leben. Es ist schwierig, Besitzstandsdenken irgendwo abzubauen oder Leute mal zum Überlegen zu bringen, wie teuer leben wir tatsächlich.

Ines Saager: Ich denke, das dieses Land Menschen braucht, die Managementfähigkeiten haben, die Fähigkeit zum komplexen Denken und Zukunftsdenken. Wirtschaft verstehe ich als Schirm für viele Bereiche, Arbeit, Wissenschaft und Forschung, Bauen-Wohnen-Stadtentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Ökologie. Gerade hier ist Komplexdenken gefordert, weil Eingriffe in einen Bereich in andere Bereiche hineinwirken. Mir fehlen Rahmenstrategien, mit denen man die Wirtschaft konfrontiert. Die Auseinandersetzung mit unserer Zukunft ist bisher kein Thema. Es kann nicht zum Trend werden, die Ostblockstaaten zu erobern, in denen dann die Produktionskapazitäten angesiedelt werden, sondern wir müssen zu einer Stabilität insgesamt kommen. Wir müssen die internationale Arbeitsteilung überhaupt überdenken. Aus dieser Analyse könnten sich dann für das einzelne Land Strategien ergeben, die allen weiterhelfen könnten. Und dann kannst du alle Fragen von Frauen und Politik mit einbündeln. Dieses Land hat sich in der Vergangenheit etabliert. Sich in politi-

sches Ressourtdenken zu verkriechen, entspricht nicht mehr den Anforderungen. Es geht nur noch im Teamwork, und das heißt politisches Management. *Jutta Bartel:* Dafür müssen Strukturen durchbrochen werden. Vor allen Dingen die Struktur der "Behäbigkeit".

Ines Saager: Auch ohne die Vereinigung wäre das bisherige System baden gegangen - Mißmanagement, Ressortdenken, Eintrocknen der Demokratie, Strukturverhärtungen. Ich habe die Befürchtung, daß der Druck von außen auf die politische Ebene so immens wird, daß man sich etwas einfallen lassen muß. Die Politikverdossenheit hat ihre Ursachen dort, und ich hoffe nur, daß daß die Entwicklung nicht nach rechts außen geht, daß man zu spät reagiert. Und vielleicht sollten die Parteien nicht ihre Parteischiene, sondern Fachschienen fahren.

Weibblick: Wir danken Euch für das Gespräch.

Das Gespräch führten Annette Männel und Kerstin Herbst.

Dr. Annemarie Mennel
Ministerialrätin i.R.

RAUENSTRATEGIEN
UM GELD UND WIRTSCHAFT

Zum Thema "Frau und Geld" gab es 1984 in Düsseldorf eine Tagung der Fraueninitiative 6. Oktober. Dabei zeigte sich, daß die meisten Teilnehmerinnen, teils engagierte Feministinnen, teils Frauen aus der alternativen Szene, dem Geld wenig Bedeutung zukommen

ließen und somit kaum Wohlwollen aufbrachten für eine Erörterung von z. B. "Frauen als erfolgreiche Führungskräfte", "Frauen und Steuern", "Öffentliche Gelder für Betriebsgründungen". 1987 hatte ein kirchlicher Frauenbund zu einem Seminar "Frauen und Geld" nach Köln eingeladen. Da ging es, ganz frauentraditionell, um den Umgang mit Geld für Frauen, "die sich in der Familie und im Verband engagieren". Das waren so etwa die extremen Ansichten, die ich als Fachfrau für Steuern und öffentliche Finanzen im Laufe der Jahre bei verschiedenen Frauenveranstaltungen zu hören bekam.

Inzwischen werden die Themen um Geld, Markt und Macht von Frauen umfassender und offensiver diskutiert. Die Frauen in den alten Bundesländern sind es gewohnt, sich mit Problemen dieser Art zu beschäftigen. Die Frauen in den neuen Bundesländern wurden ohne Übergang und eigene Überlegungen aus ihrem DDR-Alltag mit Berufstätigkeit, totaler Kinderbetreuung und ausreichender Existenzsicherung besonders hart betroffen von unseren gesamtdeutschen, für Frauen bitteren Realitäten in Zeiten anhaltender wirtschaftlicher Rezession. Da mag es ein schwacher Trost sein, daß die westdeutschen Erfahrungen und die ostdeutschen Enttäuschungen gemeinsam von der bisherigen Erfolglosigkeit ausgehen können, für Frauen im Bereich der Wirtschaft und Finanzen Einfluß, Geld und Macht zu gewinnen.

Das hat verschiedene Gründe. Im Bereich der öffentlichen Finanzen, der Steuern und Staatsausgaben, geht es ganz geschlechtsneutral zu. Da gibt es kaum Tatbestände, die auf dem Rechtsweg als Frauendiskriminierungen anfechtbar wären. Es geht aber immer um

Geld und Macht und das sind Männerdomänen. Frauen sind da kaum vorhanden und haben nichts zu sagen. Hier treffen die von Männern beherrschten kapitalistischen Strukturen unserer Marktwirtschaft mit Maximierung der sozialen Belange ungehindert und optimal zusammen mit den patriarchalen Strukturen unserer Arbeitsteilung, die den Frauen die lohnlose Haus- und Familienarbeit zuweist. In diesem männlichen "Selbstbedienungsladen" werden Bundeskanzler und Bundesminister eingesetzt, um als "Handlungsreisende" im Ausland für die Großindustrie den "Standort Deutschland" zu sichern, wie zuletzt in China. Zu Hause aber rügt der Bundeskanzler einen angeblichen "sozialen Wildwuchs" und "kollektiven Freizeitpark". Es werden Sozialleistungen, Mittel für Arbeitslose, die Berufsausbidung und Frauenprojekte gekürzt und es fehlt das Geld für die gesetzlich garantierten Kindergartenplätze. Und was kostet uns das Patriarchat? Damit meine ich, genau und eng abgrenzbar, alle Leistungen des Staates für die Ehe, d.h. für die Ehemänner der "Hausfrauen-Ehe" ("Alleinverdiener-Ehe"), ganz unabhängig davon, ob Kinder zu versorgen sind oder nicht. Das sog. Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer mit ihrer Unterart Lohnsteuer führt zu einem Steuerausfall von jährlich rd. 30 Mrd. DM. Die ohne eigenständige Beitragsleistung bestehende Krankenversicherung der nicht erwerbstätigen Ehefrau und die Beitragslosen "abgeleiteten" Renten der Verwitweten kosten im Jahr schätzungsweise mindestens 60 Mrd. DM. zu denen noch die aus Steuern finanzierten Pensionen der Beamten-Verwitweten kommen. Demgegenüber erscheint der sogenannte Familienlastenausgleich, d.h. die Leistungen für

Kinder, mit etwa 25 Mrd, DM im Jahr fast als Bagatelle. Es kann nicht bestritten werden, daß ein derartiger sozialer Aufwand für die Ehe, zu dem in Zukunft noch die Pflegeversicherung kommen soll, nicht mehr von Unternehmern und den erwerbstätigen steuer- und sozialversicherungspflichtigen Frauen und Männern aufgebracht werden kann, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung beständig abnimmt. Die viel gepriesene "Solidargemeinschaft" kann nicht dazu da sein, den verheirateten Männern die persönliche Unterhaltsverpflichtung gegenüber ihren Ehefrauen zu Lebzeiten und von Todes wegen zu subventionieren.

Aber leider entzweit dies meist uns Frauen. Die betroffenen Ehefrauen sehen solche Feststellungen als Affront gegen ihre Ehemänner und gegen die "Hausfrauen-Ehe" an. Dabei soll es nur eine Kampfansage an das allmächtige Patriarchat mit dem Ziel sein, für nicht erwerbstätige Ehefrauen eine eigenständige Renten- und Krankenversicherung zu schaffen. Beiträge hierzu müßte der Ehemann zahlen, gewissermaßen als Arbeitgeber, abgesehen von Jahren der Kinderversorgung, für welche der Staat aufkommen sollte. Dieser "passive" Bereich der Betroffenheit von Frauen hatte und hat für Ehefrauen in den "alten" Bundesländern eine weitaus größere Bedeutung als für die bisher fast ausnahmslos erwerbstätigen Ehefrauen in den "neuen" Bundesländern. Von allgemeiner Bedeutung für Frauen in West- und Ostdeutschland sind heute und in Zukunft die ökonomischen Verhältnisse und finanziellen Probleme, die mit Arbeitslosigkeit und ungewisser Existenzsicherung zusammenhängen, mit Benachteiligungen im Berufsleben und

Schwierigkeiten im Familienleben. Auch

für Männer entstehen Probleme vor allem durch Arbeitslosigkeit. Im allgemeinen aber sind Männer diejenigen, die kontinuierlich Geld haben. Geld verdienen und darüber verfügen, im Erwerbsleben und im Privathaushalt. Bei Frauen ist zu unterscheiden zwischen denjenigen, die über ausreichend eigenes Geld verfügen, und den anderen, die ganz oder teilweise vom Geld des Ehemannes leben müssen oder von öffentlicher Unterstützung abhängig sind. Finanziell eigenständige Frauen gehen mit Geld kaum anders um als Männer. Finanziell mehr oder weniger abhängige Frauen haben meist geringe Möglichkeiten, über Geld frei zu verfügen. Beiden Gruppen von Frauen ist gemeinsam, daß sie zu wenig "geldbewußt" denken und handeln, wenn es um öffentliche Gelder geht, d.h. um Steuern und staatliche Subventionen. Hier geben Männer den Ton an, die mächtigen Experten in Wirtschaft und Politik. Sie schöpfen aus und sahnen ab, beherrschen die Kunst, Steuern möglichst von anderen zahlen zu lassen und Staatsmittel für Kapitalinteressen einzusetzen und zu verschwenden. Frauen fehlt es nicht an Sachverstand, wohl aber an Macht und Energie, von "Vater" Staat Geld zu fordern. Ihre frauenpolitischen finanziellen Ansprüche beschränken sich meist auf sehr bescheidene



Größenordnungen und betreffen vorwiegend soziale Bereiche. Damit werden sie dann in die "Fürsorge"- Ecke für Unterstützungsbedürftige abgeschoben, deren Forderungen "man" leicht kürzen oder streichen kann. Oder noch schlimmer: Frauen erhalten etwas, was sie gar nicht gefordert haben, wie z.B. das sogenannte Erziehungsgeld, mit dem sie auf billige Weise vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, zurück ins Haus gelobt und bevölkerungspolitisch zum Kinderkriegen manipuliert werden sollen.

Aus dem Bundeshaushaltsplan 1994 will ich nur ein paar Größenordnungen nennen, um die Vernachlässigung von Fraueninteressen darzulegen. Der Gesamthaushalt hat Ausgaben von 480 Mrd. DM. Das Verteidigungsministerium hat einen Etat von rund 50 Mrd. DM. Die Ministerin für Frauen und Jugend erhält 2,6 Mrd DM. In diesem Ministerium stehen nur 25 Mio DM für Frauenförderung zur Verfügung. Demgegenüber beträgt z.B. die Wehrforschung allein im Rahmen des Verteidigungshaushalts 2,6 Mrd. DM.

Bisher fehlt es an frauenpolitischen Konzepten und feministischen Strategien im Bereich der öffentlichen Finanzen. Frauen als die Mehrheit des Volkes sollten ihre frauenspezifische "Effizienz" endlich einmal "marktadäguat" geltend machen, statt sich sozial verträglich ausbeuten zu lassen. Ohne ihre unbezahlte Familienarbeit, ihre umfangreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten und alle damit verbundenen Doppelbelastungen wäre unsere "soziale" Marktwirtschaft nicht lebensfähig und müßten die öffentlichen Finanzen ganz andere Schwerpunkte haben als bisher. Dabei sind unterschiedliche Bereiche zu bedenken:

- Was können Frauen vom Staat (Bund, Länder, Gemeinden) für ihre Familienarbeit fordern?
- Was sollen familiengebundene Frauen geltend machen, um eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie problemlos zu realisieren?
- Wie können Frauen es erreichen, daß in einer nicht mit "Frauenquoten" regulierbaren privaten Marktwirtschaft ihre angemessene Teilhabe in allen Bereiche und auf allen Ebenen ermöglicht wird?
- Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben Frauen, um für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten angemessen subventioniert zu werden?
- Wie können Frauen eine berufliche Selbständigkeit kostengünstigund subventionswürdig gestalten?
- Was fehlt uns Frauen in der Politik, im Wirtschaftsleben und in der Finanzwelt? Diese Probleme betreffen die wichtigsten geldbezogenen Bereiche unserer Marktwirtschaft. Ausgeklammert seien hier alle direkten staatlichen Förderpläne und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Frauen sowie die Funktionen von Frauenbeauftragten, Gleichstellungsstellen und Quotenregelungen. Was kann für Familienarbeit gefordert werden? Zu allererst sollten das einkommensteuerliche Ehegattensplitting und alle damit zusammenhängenden Steuerermäßigungen ersatzlos gestrichen werden. Die dann verfügbaren Steuereinnahmen sollten in vollem Umfang dem Kinderlastenausgleich zugute kommen. Für die private Betreuung und Versorgung kranker, behinderter pflegebedürftiger oder alter Menschen sollte eine der Arbeit und dem Aufwand angemessene Steuerermäßigung und/oder ein staatliches Pflegegeld (aus Steuermitteln) gewährt werden. Der Rechtsanspruch auf diese Mittel für Kinder- und

Pflegeleistungen sollte direkt den Frauen, welche die Arbeit leisten, zustehen, und nicht etwa den meist männlichen "Haushaltvorständen".

Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf war in der früheren DDR weitgehend durch eine lückenlose Kinderbetreuung gewährleistet. Dies sollte ebenso auch im vereinten Deutschland gelten, aber auch auf andere Weise sichergestellt sein. Es sollten alle Kosten einer Kinderbetreuung für erwerbstätige Eltern als Betriebsausgaben (bei Selbständigen) oder als Werbungskosten (bei Arbeitnehmern) im Rahmen der Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer absetzbar sein, gleichgültig, ob die Betreuung und Versorgung privat oder in öffentlichen Einrichtungen erfolgt. Soweit eine steuerliche Berücksichtigung nicht in vollem Umfang möglich ist, sollten direkte Zuschüsse erfolgen. Durch besondere staatliche Subventionen sollten die Einrichtung und der laufende Aufwand für betriebliche Kindertagesstätten in hohem Umfang gefördert werden. Und wenn wir das alles erreicht hätten und die Frauenspezifischen Lebensumstände keine wesentlichen Hinderungsgründe mehr wären, um Kinder zu haben und dennoch Karriere zu machen. wie würden die marktbeherrschenden Männermannschaften darauf reagieren? Durch jeden Arbeitsplatz, an dem eine Frau sitzt, wird ein Mann "verdrängt". Frauenquoten lassen sich außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht verordnen. Aber mit Geld ließe sich manches erreichen. Der Staat hat, wenn er über die Vergabe öffentlicher Mittel entscheidet, durchaus die Möglichkeit, verdeckte Frauenbenachteiligungen gezielt abzubauen oder Prioritäten und Privilegien für Frauen einzuplanen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Gewährung

von Subventionen kann in allen Bereichen der Wirtschaft an die Erfüllung arbeitsrechtlicher Gleichberechtigungsund Gleichbehandlungsgrundsätze oder an eine angemessene Teilhabe von Frauen in Chefetagen oder Betriebsräten geknüpft werden. Gezielte Subventionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen für qualifizierte Frauen in industriellen Leistungsbereichen, in Forschung und Technologie, in Werbe- und Finanzabteilungen wären dringend zu wünschen. Und wäre es nicht erstrebenswert, bei unseren zahlreichen, mit öffentlichen Mitteln erheblich geförderten Institutionen, Organisationen, Bildungsstätten, Stiftungen usw. jede Art von staatlichen Subventionen abhängig zu machen von einer Teilhabe der Frauen in allen Führungsgremien entsprechend dem weiblichen Anteil der Mitglieder oder sonstwie Beteiligten? Das müßte dann auch bei dem neuen Finanzierungsgesetz für die politischen Parteien gelten! Es könnte ferner allen Vereinen und sonstigen Vereinigungen eine steuersparende Gemeinnützigkeit versagt werden, sofern sie nicht einen ihren Mitgliederinnen entsprechenden Frauenanteil in ihren Vorständen und anderen Organen nachweisen können. Wie frauenfreundlich Männerbünde da wohl würden, wenn erst einmal der öffentliche "Geldhahn" sich daran orientiert? Auf ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, karitativen Organisationen, Kirchen und vielen anderen gemeinnützigen Institutionen sind Frauen stolz. Sie bedauern, daß es dafür keine direkten Steuerermäßigungen gibt. Gleichzeitig aber versäumen sie es häufig, sich ihre mit diesen Arbeiten verbundenen Aufwendungen bezahlen zu lassen, z.B. für Fahrt-, Telefon- oder Portokosten, für gemeinsames Essen und Trinken und vieles mehr.

Diese Aufwendungen sollten, mit Einzelnachweis, geltend gemacht werden und dann mit der Möglichkeit des einkommensteuerlichen Abzuges bei Ermittlung des eigenen Einkommens oder des Einkommens des Ehemannes gespendet werden. So könnten, bei geschickt "frisierten" Spesen, wie im Geschäftsleben üblich, Vereine ganz gut finanziert und Steuern gespart werden. Das gilt vor allem auch für Vereine, die sich eine berufliche, politische oder staatsbürgerliche Bildung von Frauen vorgenommen haben und es oft schwer mit der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit haben. Daß Frauen auf diese Weise auch z.B. Hilfe leisten können für notleidende und bedrängte Frauen in Entwicklungsländern und Krisengebieten und hierzu öffentliche Mittel erhalten können, ist leider noch zu wenig bekannt.

Wie Frauen als Selbständige im Wirtschaftsleben zurechtkommen und zu Geld kommen, haben die ostdeutschen Frauen rasch begriffen und zeigt sich bei westdeutschen Unternehmerinnen in einem etwas bedächtigeren Aufbau und Ausbau von Betrieben und Netzwerken. Dabei handelt es sich meist um Klein- und Mittelbetriebe als Einzelunternehmen oder Personengesellschaften, teils aber auch um Genossenschaften und Kapitalgesellschaften. Betriebsgründungen beschränken sich nicht auf die traditionellen weiblichen Dienstleistungs- und Handelsbetriebe, sondern umfassen immer häufiger auch "Nischenberufe", wie etwa Wäsche-. Reinigungs-, Frühstücks- oder Party- Dienste oder Pflegeleistungen und Babysitten. Frauen sind auch in anderen Bereichen aktiv und kreativ, so z.B. im Verlags-, Buchhandels- und Versicherungswesen, im Hotel- und Gaststättengewerbe, mit

Kraftfahrzeug-, Elektro- und Transportbetrieben. Zahlreiche Hinweise und Ratschläge gibt das Bundesministerium für Wirtschaft in seinen "Starthilfen der Bundesregierung heraus, die kostenlos zu beziehen sind.

(Villemombler Straße 76, 53123 Bonn). Es geht dabei, was das Geld betrifft, nicht nur um Zuschüsse oder Darlehen für Existenzgründungen oder Betriebserweiterungen, sondern auch um finanzielle Hilfen für Ausbildung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch. Wichtig sind ferner die Möglichkeiten und Chancen für gemeinsame Planungen und Zusammenschlüsse. Die ostberliner "Weiberwirtschaft" als genossenschaftlicher Zusammenschluß von 40 Unternehmerinnen und das Bremer "Frauenstadthaus" mit 7 Frauenbetrieben sind Beispiele dafür. Die Düsseldorfer Frauenmesse "top'93" brachte einen eindrucksvollen Überblick über Frauenleistungen und Fraueninitiativen. Aber natürlich: Wie überall im Geschäftsleben gibt es auch für Frauen Mißerfolge, Rückschläge, Frustration und Streitigkeiten. Das sollte uns aber nicht den Mut nehmen. Wünsche zu haben und an Erfolg zu denken, wenn es um Geld, Wirtschaft und Macht geht. Zu allererst erhoffen wir mehr Frauen als Spitzenmanagerinnen und Bankdirektorinnen, als Finanzministerinnen, Verfassungsrichterinnen, Oberbürgermeisterinnen und hohe Regierungsbeamtinnen. Die wenigen Frauen in Spitzenpositionen können kaum Politik für Frauen machen. Sie müssen in einer Männerwelt ihren Job wie Männer beherrschen, aber mit mehr Effizienz und weniger Pannen. Das sollte uns zu Überlegungen bringen, daß Frauen ihre eigenen, autonomem und elitären Bereiche brauchen. Wir vermissen vielleicht z.B. eine Frauen-Universität, Frauen-Fachhochschulen, vor allem für Naturwissenschaftlerinnen, ein Kreditinstitut (Frauen-Bank) mit internationalen Verflechtungen, eine Frauen-Stiftung für Künstlerinnen, eine Zentrale für Entwicklungshilfe von Frauen für Frauen und vieles mehr. Auf ein Frauenministerium könnten wir dann verzichten. Das alles sind Wunschträume, die uns aber nicht davon abhalten sollten, Forderungen zu stellen.

Bei den öffentlichen Ausgaben stellen wir uns ganz andere Schwerpunkte vor, vor allem eine erhebliche Einschränkung des Riesenaufwandes für Rüstung, Verteidigung, Exporte, Weltraumforschung und Autobahnen, für den aufgeblähten Beamtenapparat und die Landwirtschaft, um nur Beispiele zu nennen. Wieviele Rettungsaktionen gelten den unvermeidbar im Abbau befindlichen Kohle- und Stahlindustrien und der exportabhängigen Rüstungs- und Autoindustrie! Wer aber denkt schon an das Betriebssterben z.B. im Textil- und Bekleidungsgewerbe, wo ganz überwiegend Frauen beschäftigt sind? In vielen Wirtschaftsbereichen helfen in Zukunft nicht mehr Sanierungs- und Stützungsaktionen, sondern eine radikale indu-

Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



EXPERTIN IM GESPRÄCH WIRTSCHAFT

striepolitische Umstellung auf neue Tätigkeiten, vor allem im Dienstleistungssektor, bei Innovationen im Umweltschutz und der Elektronik und bei der Konversion von Rüstungsbetrieben. Danach sollten wir Frauen denken und Forderungen stellen. Vor allem müßten Klein- und Mittelbetriebe gezielt begünstigt werden. Aber das erscheint uns fast unmöglich, solange wir nicht die Macht und die Mittel haben, um im Bereich der öffentlichen Finanzen radikale Vorschläge im richtigen rechtlichen Rahmen bei den entscheidenden politischen Stellen einzubringen und die Öffentlichkeit dafür zu interessieren. Mit etwas "Staatsknete" für Frauenprojekte, Frauenarbeit und Frauenpolitik sollten wir uns nicht mehr "abspeisen" lassen. Es fehlt uns auch an einer konstruktiven Kritik unseres kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems mit den traditionellen Rollenzuweisungen und dem Vorrang der Leistung vor der Lebensqualität. Eine Umverteilung der Arbeit mit ausgeglichener Aufteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern läßt sich weder durch Gesetz erzwingen noch z.B. durch die Vier-Tage Woche erreichen. Da müßten schon hohe Vergünstigungen für einen "Vaterurlaub" gewährt werden oder ein Karriereknick bei unzureichender zeitweiliger Familienarbeit drohen.

Widerstände gegen eine so radikale gesamtgesellschafftliche Umgestaltung würden sich vielleicht auch bei Frauen zeigen, die ihre familiäre Domäne nicht einschränken wollen und die Gegensätze zwischen Berufsfrauen und Familienfrauen neu beleben könnten. Letztlich mag es uns auch ungewiß erscheinen, wie unsere Töchter und Enkelinnen einmal darüber denken werden: Vielleicht stört sie die Aufrechterhaltung des Patriarchats gar nicht oder sie halten es sogar für nützlich.

m Gespräch

MIT PROF. DR. MARLENE KÜCK, HOCHSCHULLEHREIN FÜR BETRIEBSWIRT-SCHAFT IN HAMBURG UND VORSTANDSMIT-GLIED DER BERLINER BÜRGSCHAFTSBANK

Weibblick: Sie sind die Herausgeberin und Mitautorin des Sachbuches "Der unwiderstehliche Charme des Geldes". Inwieweit ist das ein Charme für Frauen?

Marlene Kück: Geld hat etwas mit Macht zu tun. Frauen sollten sich Macht aneignen. Aus diesem Grund hat Geld unwiderstehlichen Charme. Dafür braucht man ein positives Machtverständnis. Viele Frauen können damit nichts anfangen. Sie behaupten von sich, sie wollen keine Macht, sondern "nur" Gestaltungsspielraum haben, obwohl dies ebenfalls Macht ist. In Deutschland ist der Machtbegriff politisch negativ besetzt. Trotzdem müssen sich Frauen vor diesem politisch-historischen Hintergrund damit auseinandersetzen. Frauen, Macht und Geld sind voneinander sehr abhängig.

Weibblick: Wie kommt frau nun an Macht und damit auch zu Geld? Marlene Kück: Eine Strategie in ökonomischen Zusammenhängen wäre die Feminisierung der Wirtschaft. Von oben

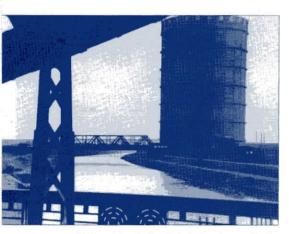


wird diese nicht gelingen. Frauen werden nicht als Managerinnen von oben einsteigen. Aber sie könnten auch von unten kommen, indem sie erfolgreich Unternehmensgründungen bewältigen, oder Betriebe übernehmen. In diesem Bereich, weil er unsicher ist, läßt man Frauen rein. Die Erfolgschancen sind hier sehr sehr unsicher. Frauen müßten trotzdem zu diesen Risiken bereit sein. Damit wären wir bei den Existenzgründungen von Frauen. Meine Vorstellung ist, die möglichen Bereiche in Wirtschaftsbranchen und- sektoren anzusiedeln, die eine Zukunftsperspektive haben. Das erfordert Voraussetzungen und Bedingungen.

Weibblick: Welches sind diese Zukunftssektoren?

Marlene Kück: Nach wie vor in bestimmten verarbeitenden Sektoren und Bereichen, die produktionsnahe Dienstleistugen produzieren. Die liegen z.T. im Bereich Handel, im Bereich Handwerk. Maßgeblich für alle Zukunftssektoren ist, daß man ein bestimmtes fachliches Qualifikationsprofil benötigt. Denn Wissen sichert einen Wettbewerbsvorteil. Nur sehr wenig Wissen in sein Unter-

EXPERTIN IM GESPRÄCH



Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin

nehmenskonzept verankern zu können, bedeutet wenig Wettbewerbsvorteile, denn Nachahmung im Gewerbe ist relativ einfach und sie können schnell durch kapitalkräftigere Anbieter substituiert werden. Frauen müssen sich systematisch Fachwissen aneignen. Und da gibt es schon eine Hürde. Frauen werden nicht unbedingt für interessante Betätigungsfelder qualifiziert. Deshalb landen sie oft in sehr unanttraktiven. sehr haushaltsnahen Diensleistungsbereichen. Oder sie landen in unattraktiven Handelsbereichen. Die Einstiegshürden in diese genannten Branchen sind relativ gering. Nicht nur die Knowhow bezogenen Einstiegsbarrieren sind gering, auch die kapitalmäßigen. Es wird nicht so fürchterlich viel Geld gebraucht, um einen Handelsbetrieb, oder ein Schreibbüro aufzumachen. Die Vorstellung wäre für eine mittelfristige Strategie. Qualifizieren wir erst einmal Frauen für bestimmte attraktive Unternehmensgründung und entsprechendes Management. Eine schnelle Lösung

werden wir bei der Feminisierung der Wirtschaft von unten sowieso nicht erhalten. Voraussetzungen sind Branchenwissen und Leitungserfahrungen. Hier schon wieder eine Hürde. Frauen haben kaum die Möglichkeit in Managementpositionen bestehender Betriebe reinzukommen.

Weibblick: Ostfrauen hatten die Leitungserfahrungen. Was machen sie jetzt? Marlene Kück: Ostfrauen haben sich in der Tat ausgegründet, auch im Handel. Es gab eine regelrechte Gründungswelle 1990/91. Auch wir als Bank haben viele Frauen gefördert. Das Potential wurde auch erschöpft. Aber danach ist nichts mehr gekommen. Und da habe ich auch eine böse These, daß einige Ostfrauen es auch interessant finden, sich durch die Arbeitslosigkeit, sich durch die Ungleichgewichte der Arbeitsmärkte in Richtung Haushalt freisetzen zu lassen. Und dies, so mein Eindruck, auch recht unproblematisch mit sich geschehen lassen.

Weibblick: Wie können sich Frauen in ihrer z.T. zeitweiligen Instabilität bewegen?

Marlene Kück: Sie müssen Kooperationsfähigkeit entwickeln. Die Kooperation wirkt dann stabil, wenn über den Zusammenschluß auch finanzielle Ressourcen mit mobilisiert werden können. Um solch ein Modell kreisen unsere Gedanken. Wir sind auf die Idee des ,Optionsrechtkapital' für kleine Unternehmen gekommen. Die Frauen stellen sich gegenseitig die Gelder inform stiller Beteiligung zur Verfügung. Frau Müller gibt Frau Meier eine ,stille Beteiligung', eigentlich ist es ein Kredit in Höhe von 20.000DM. Sie investiert also von ihrem Sparbuch in den Frauenbetrtieb. Dafür erhält sie eine Risikohaft von der Bürgschaftsbank inform von Optionsrechten. Wenn der Betrieb Konkurs gehen sollte, kann Frau Müller ihr Optionsrecht in Anspruch nehmen und erhält ihr Geld zurück. Auch nach z.B. drei Jahren, wenn Frau Müller ihr Geld für eine Reise braucht, bekommt sie es wieder. Wir als Bank erhalten für diese Aktivität staatliche Rückendeckung. Damit wird ein Kapitalmarkt an der Basis mobilisiert. Wir müssen zwei Sachen in wirtschaftlicher Frauenvernetzung hinbekommen: nämlich die Sicherung von Ressourcen und die Aneignung von fachspezifischen Wissen.

Weibblick: Von wem, außer dem universitären Wissen, sollen Frauen mitgezogen werden?

Marlene Kück: Natürlich müssen wir über Vernetzung junge Frauen fördern. Dennoch denke ich, daß man sich auf unkonventionelle Art und Weise Wissen aneignen kann, wenn man wirklich etwas will. Frauen müssen bereit sein, ein kalkulierbares Risiko einzugehen. Das ist unabdingbar mit einer unternehmerischen Arbeit verbunden. Frauen scheuen das Risiko. Sie haben berechtigte Angst, daß es schief gehen könnte und sie wollen ihre Groschen nicht durch eine Fehlentscheidung verlieren. Und damit kommen sie zu gar keiner richtigen Entscheidung. Frauen günden im Handel einen Schuhladen mit 80m2. weil dieser Schuhladen nur einen Kapitalbedarf von 180.000DM benötigt. Dieser Schuhladen wird gar nicht wahrgenommen, denn die Sortimentstiefe undbreite ist lächerlich.

Weibblick: Sie müßten sich also aus der sehr sicherheitsbezogenen Ecke herausholen lassen.

Marlene Kück: Wenn man entsprechende Motivation, Durchsetzungsvermögen aber auch Frustrationstoleranz, denn jede Unternehmensführung ist mit per-

GRÜNDERINNEN

WIRTSCHAFT

manenten Krisen verbunden, hat, können viele Lernprozesse schneller absolviert werden. Erfahrungen lassen sich eher aneigenen. Die Frau könnte über Praktikumsplätze in etablierten Unternehmen sicherlich Know-how absaugen, wenn sie zielgerichtet auf ihre Existenzgründung zugehen will. Und Frauen sollten vermeiden, in diese marginalisierten Bereiche zu gehen, wie ein Schreibbüro oder ein Damenoberbekleidungsgeschäft. Dies ist ein hart umkämpfter Bereich.

Weibblick: Frauen sollten also mittelfristig planen, sich über eine längere Zeitdauer darauf vorbereiten, um Erfolg zu haben?

Marlene Kück: Frauen müssen Geduld haben und wissen, wohin sie wollen. Und auf diesem Weg gezielte Weiterbildungen, Praktika in Betrieben durchlaufen, die ihren eigenen zukünftigen Unternehmungen nahe liegen.

Weibblick: Wie geht es ihren geförderten Frauenunternehmen?

Marlene Kück: Sie sind alle noch am Markt.

Weibblick: Behalten sie diese Betriebe weiterhin im Auge?

Marlene Kück: Natürlich, je nachdem wie ihr betrieblicher Verlauf ist. Ist er problematisch, werden monatliche Analysen durchgeführt.

Weibblick: Welche Eigenschaft braucht eine Frau, um auf dem Markt bestehen zu bleiben?

Marlene Kück: Fachspezifisches Wissen, Erfahrungen, Innovations-Risikobereitschaft und dann Motivation und Durchsetzungsvermögen, dies kann man auch mit Frustrationstolreranz übersetzen. Sehr viel Engagement.

Weibblick: Wie hoch ist Ihrer Erfahrung nach der Kapitalbedarf für eine Existenzgründung? Marlene Kück: Diese hat durchschnittlich einen Kapitalbedarf von 200.000DM minimal bis aufwärts 800.000DM. Doch dies hängt vom Unternehmungsgengenstand ab.

Weibblick: Also Frauen, macht Euch auf die Socken. Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte Annette Männel.

Gerda Lischke
Unternehmensberaterin
RÜNDERINNEN IN OST UND WEST –

Unterschiede und Übereinstimmungen

Ost- und Westteil der Stadt Berlin waren auch schon vor dem Mauerfall bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Frauen ähnlicher als neue und alte Bundesländer. So lag sowohl die Erwerbstätigenquote als auch die Selbständigenquote der Frauen West-Berlins über dem Durchschnitt der früheren Bundesrepublik. Besonders hoch war die Erwerbsquote in der Altersgruppe der 35-40jährigen. Sie lag weit über 80 % und war damit nicht weit von den 91 % der Frauenerwerbsquote der DDR entfernt. Die Erwerbsquote der Männer war dagegen niedriger als in den anderen alten Bundesländern. Die hohe Beteiligung der Frauen war der besonderen Struktur Berlins mit überdurchschnittlich vielen niedrig qualifizierten Arbeitsplätzen geschuldet. Auch der Anteil der Versorgungseinrichtungen für Kinder war trotz aller zahlenmäßigen Mängel - wesentlich höher als in anderen Großstädten, wenn auch bei weitem nicht so flächendeckend wie in der ehemaligen DDR.

Bereits vor dem Mauerfall stieg in den alten Bundesländern (im folgenden immer incl. West-Berlin) der Anteil der Frauen an den Selbständigen stark an und erreichte 1991 25,4%.

Auch in der DDR wuchsen seit 1986 die Zahlen der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen wieder. Nach dem Mauerfall schien es manchmal, als ob von Politik und Medien Unternehmensgründungen als Lösungsmittel für alle Arbeitsmarkt- und Umstrukturierungsprobleme gesehen würden. Mittlerweile ist - auch angesichts zahlreicher Gewerbeabmeldungen, die nicht nur der Rezession geschuldet sind - die Debatte etwas verhaltener geworden.

Gründungsmotive

Frauen machen sich in Ost wie West selbständig, weil sie mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz haben möchten und ihre Qualifikationen und Wünsche nicht mehr in ein traditionelles Arbeitsverhältnis einbringen können oder einbringen wollen.

Die Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes ist insbesondere für die Frauen aus den neuen Bundesländern ein wichtiges Motiv zur Gründung.

So gaben in einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung in den neuen Bundesländern 54,1 % der Frauen drohende bzw. bestehende Arbeitslosigkeit als Motiv für eine Gründung an, dagegen nur 38,6 % der Männer.

Die Arbeitsmarktlage spiegelt sich auch in den Alterstufen wider:

Bereits ab 40 Jahren sinken die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz in abhängiger Beschäftigung. Gleichzeitig sind nicht nur die Gründerinnen Ost älter als

GRÜNDERINNEN

die Gründerinnen West - was wegen der früheren eingeschränkten Möglichkeiten zu erwarten wäre. Die Mehrzahl der Selbständigen Frauen Ost-Berlins ist in der Altersgruppe von 40-60 zu finden (Mikrozensus 1992).

Drohende oder bestehende Arbeitslosigkeit ist ein wichtiges Motiv, jedoch nicht zureichend, wenn es das einzige bleibt. Unabdingbar sind vor allem Lust und Liebe zur Gründung, um garantiert auftauchende Schwierigkeiten überwinden zu können und nicht gleich entmutigt zu werden.

Ein- und Auskommen

Meist unterscheiden sich die Gründungsmotive nicht wesentlich zwischen Männer und Frauen.

Größere Unterschiede bei den Gründungsmotiven gibt es jedoch bei dem Thema "Einkommen". Verschiedene Untersuchungen zeigen, daß die Motive "höheres Einkommen", "Geldanlage und Vermögensbildung" sowie "steuerliche Vorteile" für Gründerinnen nicht so wichtig wie für Gründer sind. Frauen wollen durch ihre Gründung im allgemeinen nicht reich werden, sondern sich ihren Lebensunterhalt verdienen. Dies deckt sich jedoch auch mit der Realität, in der Frauen als Unternehmerinnen weniger Geld verdienen als Männer.

Während von den vollzeiterwerbstätigen Selbständigen (West) nur 3 % der Männer ein Nettoeinkommen unter DM 1.000 erwirtschaften, 31 % jedoch mehr als 4.000 DM, sieht es bei Frauen gerade umgekehrt aus: 20 % der Frauen haben ein Nettoeinkommen unter DM 1.000, 12 % erreichen eines über DM 4.000. (Mikrozensus 1991)

Für Ostgründer und -gründerinnen sind die Einkünfte ebenfalls unterschiedlich, wenn auch insgesamt wesentlich niedriger. So erreichen 48 % der Frauen und 26 % der Männer Einkünfte unter DM 1000. Ein direkter Vergleich der Zahlen ist jedoch nicht sinnvoll, da die überwiegende Anzahl der Gründerinnen und Gründer sich erst seit kurzem gegründet haben. In den ersten Jahren der Gründung wird wesentlich weniger verdient. Zudem bestehen in den neuen Bundesländern andere Abschreibungsmöglichkeiten, die die Einkommen Ost-West nicht vergleichbar machen. Über DM 4000 verdienten in 1991 nur 3 % der Gründer. Der Anteil der Gründerinnen ist noch geringer.

Mut

In Ost und West benötigen Gründerinnen eine gehörige Portion Mut, um sich selbständig zu machen. Benachteiligungen, denen Frauen in abhängiger Beschäftigung ausgesetzt sind, wirken auch auf Unternehmerinnen. Ostgründerinnen haben und hatten insbesondere kurz nach dem Mauerfall darüberhinaus noch massive strukturelle Probleme, die hier nur stichwortartig aufgelistet werden: Probleme mit Gewerbeflächen, Eigentumsverhältnissen, mangelhaften kommunalen Infrastrukturen, mangelhaften Kommunikationsstrukturen, allgemeiner Verunsicherung aufgrund völlig anderer rechtlicher und sozialer Regelungen, und mit der Umstellung von einem sozialistischen auf ein marktwirtschaftlich orientiertes Gesellschaftssystem sowie einem Umfeld, das von hoher Arbeitslosigkeit geprägt ist. Zudem waren die Entwicklungen der jeweiligen Branchen schwieriger vorauszusehen.

Wir haben den Elan, den Mut und die Energie bewundert, mit denen sich Frauen in Dresden, Rostock und anderen Orten der ehemaligen DDR gegründet haben, obwohl weder beim Finanzamt noch anderen offiziellen Stellen verläßliche Auskünfte zu erhalten waren. Und nicht nur einmal hätten westliche Berater, die Gutachten erstellten, selber dringend Beratung benötigt. So betonten die Frauen aus den neuen Bundesländern in einer EG-Studie auch, mit einer Gründung Zeichen der Ermutigung für ihr Umfeld setzen zu wollen und Arbeitsplätze für sich und andere zu schaffen.

Ziele der Gründungen

Neben der Sicherung des Lebensunterhalts, der Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und der Schaffung von Arbeitsplätzen für sich und andere wollen Frauen in der Selbständigkeit auch soziale und kommunikative Ziele verwirklichen. Diese lassen sich nicht immer ohne weiteres mit Rentabilitätsgesichtspunkten vereinbaren. Nach wie vor - in Ost wie West - meist für Familienarbeit und Beziehungsarbeit zuständig, werden die Anforderungen dieser Bereiche auch auf die Zielsetzung der Unternehmen übertragen. Die Frauen wollen daher meist nur Produkte verkaufen oder herstellen bzw. die Dienstleistungen anbieten, hinter denen sie auch selber stehen. In Gründungen mit spekulativem Hintergrund sind Frauen wesentlich seltener als Männer zu finden.

Frauen und Geld/Finanzierung

Gründerinnen neigen dazu, sehr vorsichtig mit der Geldaufnahme zu sein, und eine entsprechend höhere Eigenkapitalquote vorzuziehen. Da Frauen - wegen geringerer Einkünfte, Familienphase, Benachteiligung beim Erbe etc. im allgemeinen über weniger Eigenkapital verfügen, kann dies die wirtschaftliche

Ertragsfähigkeit behindern, wenn Finanzierungsvorhaben zu klein geraten. Andererseits erliegen Frauen weniger der Verlockung, vom ersten großen Kredit gleich den lang ersehnten Sportwagen zu finanzieren.

Während in den neuen Bundesländern Frauen und Männer durch das geringe Lohnniveau kaum die Chancen hatten, Eigenkapital anzusparen, und Erben wenig Gewicht hatte, haben auch dort die Frauen im Durchschnitt weniger verdient. Geld spielte eine andere Rolle. Wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse fehlen häufig Sicherheiten für eine Kreditaufnahme.

Trotzdem können wir aus unseren Beratungserfahrungen keine Unterschiede beim Umgang mit Geld zwischen Ostund Westgründerinnen festmachen. Bei den Zahlen für öffentliche Förderprogramme der Deutschen Ausgleichsbank läßt sich feststellen, daß Frauen in Ost wie West jeweils einen höheren Anteil an den Bewilligungszahlen als an der Kreditbetragshöhe haben, also Unternehmen entweder in Bereichen gründen, für die weniger Eigenkapital und Kredit notwendig sind, oder die Unternehmen kleiner planen.

Besonders deutlich wird dies jedoch auch an einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung für die neuen Bundesländer, die auswies, daß das durchschnittliche Startkapital bei geförderten Unternehmen bei Männern bei 338900 DM lag, bei Frauen jedoch bei 154700 DM.

Bei nicht geförderten Unternehmen lag der Eigenkapitalanteil bei Männern bei durchschnittlich 96600 DM, bei Frauen dagegen nur bei 27200 DM.

> Eiffelturm 1930 Galerie Berginson, Berlin

Strukturelle Besonderkeiten der von Frauen durchgeführten Unternehmensgründungen

In Ost wie West benötigen Gründerinnen eine gehörige Portion Mut, um sich selbständig zu machen. Wie bereits beschrieben, gehören zu den Charakteristika von Frauenbetrieben, daß

- es sich in der Mehrzahl um kleine oder kleinste Betriebe handelt.
- die Betriebe häufig soziale und kommunikative Zielsetzungen, die über den Betrieb hinauswirken, haben.
- selbstbestimmtes Arbeiten sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu den wichtigsten Motiven gehört.
- Gründungen mit spekulativen Zielen eher die Ausnahme sind.
- Lebensunterhaltssicherung, nicht Gewinn um jeden Preis entscheidend ist.
 Ohne die Unterschiede und sehr verschiedenen Sozialisationsbedingungen verwischen zu wollen, bleibt zu konstatieren, daß sich Gründerinnen Ost wie

West in ihrer Vielfalt ähnlich sind. Zu einer Gründung bedarf es nicht immer der Powerfrau – Zähigkeit und Beharrlichkeit können genauso zum Ziel führen.

Alle diese Eigenschaften sind bei Ost- wie Westfrauen jeweils individuell verteilt.

Von-Einander-Lernen

Weiterbildung und Beratung, von jeher für Gründungen als wichtig eingeschätzt, hat bei den Frauen einen hohen Stellenwert.

Die in der EG-Studie befragten Ost-Frauen gaben einen hohen Weiterbildungsbedarf an. Eine repräsentative Untersuchung von Friedrich über Neugründer in der ehemaligen DDR zeigte, daß Frauen für den Bereich Liquiditätsplanung, Marktbeobachtung und Rechtsformen zu wesentlich geringeren Teilen angaben, daß ihr Informationsstand groß oder sehr-groß wäre. Ebenso hatten sie wesentlich weniger Gelegen-



GRÜNDERINNEN

heit zum Kurs- oder Seminarbesuch. Kurse, die angeboten werden, sind nicht immer auf die Situation von Gründerinnen zugeschnitten. So erzählten uns Ostfrauen von Kursen, bei denen zuerst - ausschließlich bei den Frauen - nach Kindern gefragt worden ist und dann den Frauen bedeutet wurde, bei dem Vorhandensein von Kindern könnten sie ohnehin gleich heimgehen. Eine Gründung ließe sich mit Kindern nicht vereinbaren.

Sicherlich bedarf es eines Unterstützungsnetzes, um sich mit Kindern selbständig zu machen. Daß dies möglich ist, haben Frauen jedoch vielfach bewiesen. Gerade der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt Frauen dazu, im einen oder anderen Fall eine Selbständigkeit vorzuziehen. Gründungsrausch, ein Weiterbildungsprojekt für Frauen, die eine Selbständigkeit planen, hat bereits nach dem Mauerfall Kurse für Frauen aus Ost und West gegeben. Für die Frauen aus dem Ostteil der Stadt bedeutet es eine Entlastung, festzustellen, daß auch Westberlinerinnen die Themen Steuern, Buchhaltung und rechtliche Fragen keinesfalls mit der Muttermilch aufgesogen haben, sondern sich diese Gebiete ebenso mühsam erarbeiten müssen. Westfrauen bieten die gemeinsamen Kurse Gelegenheit, mehr über ihr neues Umfeld zu erfahren und zu lernen, was über Erfolg oder Mißerfolg der Gründungen entscheiden kann. Ebenso können gegenseitige Klischees bezüglich der jeweiligen Sozialisation überwunden werden. Auch bezüglich der angeblichen Ostoder Westzugehörigkeiten gibt es immer wieder Überraschungen. Die große Mehrzahl der Teilnehmerinnen, die wir befragten, hält daher das Thema Ost-West auch für wichtig oder sehr wichtig.

Wirtschaftsbereiche der Gründerinnen und Entwicklungen

Wie bereits vorher erwähnt, stieg der Frauenanteil bis 1991 sowohl absolut als auch relativ an, insbesondere in den neuen Bundesländern. So erreichte der Frauenanteil an den Selbständigen West 25,4 %, Ost gar 28,2 %.

Dieser Trend hat sich 1992 umgekehrt. Sehr niedrige absolute Zuwächse haben erstmals seit 1981 eine Verringerung des Frauenanteils an den Selbständigen zur Folge. Dies ist einem leichten Rückgang der Selbständigen Frauen West geschuldet, so daß deren Quote auf 25,1 % sank, die der Frauen Ost auf 28,8 % stieg. Insgesamt sind 677 000 Westfrauen und 113 000 Ostfrauen selbständig gewesen und haben damit einen Anteil an der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen für Frauen (und Männer) geleistet. Mehr als die Hälfte aller selbständigen Frauen ist im Bereich Dienstleistungen (incl. übriger Wirtschaftsbereiche) tätig. Dies entspricht in etwa auch dem Verhältnis der abhängig Beschäftigten zu den Beschäftigten der anderen Wirtschaftsbereiche. Im Handel Ost sind dagegen wesentlich mehr Frauen selbständig (34,5 %) als abhängig beschäftigt (19.8 %), im Produzierenden Gewerbe ist dies genau umgekehrt (6,2 % zu 22 %). Für den Westteil gehen die Unterschiede in die gleiche Richtung, sind jedoch nicht so deutlich. (Handel: 26,9 % zu 21.1 %. Prod. Gewerbe 11.5 % zu 25.6 %). (Alle Zahlen aus Mikrozensus 92, eigene Berechnungen)

Wenig Aufmerksamkeit ist bislang allerdings der Tatsache gewidmet worden, daß mit dem Mauerfall die Zahl der Selbständigen Frauen im Westteil Berlins stark gesunken ist. Bereits das Jahr 1989 (Mikrozensus vor dem Mauerfall) war von einem leichten absoluten und einem starken relativen Rückgang der Quote gekennzeichnet. Dieser Rückgang fiel im Jahre 90 noch wesentlich drastischer aus: Die Zahl der Selbständigen Frauen ging um 1200, immerhin fast 5 %, zurück, die Quote fiel von 31,5 % (1988) auf 26,8 % (1990).

Frauenanteil an den Selbständigen

cecer	ittire in this	acii beit	orenien 6	
	in Berlin (West)		Berlin (Ost)	
1988	25 400	31,5 %		
1989	25 100	29,0 %		
1990	23 900	26,8 %	5 103*	32,8 %
1991	26 400	27,6 %	9 900	31,2 %
1992	28 300	27,7 %	10 900	30,1 %

Quelle: Stat. Landesamt Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus, Berufstätigenerhebung 90, eigene Berechnungen

* Die Zahl für 1990 ist incl. der mithelfenden Familienangehörigen, die großteils weiblich sind. Die tatsächliche Quote liegt daher unterhalb der Zahlen von 1991.

Frauenanteil

Gesamtberlin: 1991: 36300 28,5 % 1992: 39200 28,3 %

Zu vermuten ist, daß die bereits 1988 steil steigenden Gewerbemieten nicht wenige Klein- und Kleinstbetriebe nicht mehr rentabel sein ließen. Einigen Gründerinnen mag auch der starke Umbruch auf dem Arbeitsmarkt attraktivere Beschäftigungsmöglichkeiten geboten haben, da nicht wenige Gründerinnen auch bei Vollzeitarbeit nur geringe Einkommen erzielen. Etliche Selbständige sind auch Scheinselbständige, d.h. ihr Arbeitsverhältnis unterscheidet sich nur insoweit vom traditionellen Sektor, daß der Arbeitgeber keine Sozialabgaben zahlt und kein Kündigungsschutz besteht.

PORTRÄT

WIRTSCHAFT

Fördermöglichkeiten

Trotz alledem zeigen die obigen Zahlen, daß Selbständige Frauen - mit den weiteren Arbeitsplätzen, die sie schaffen einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet haben.

Zur weiteren Unterstützung ist es notwendig, bestehende Weiterbildungsangebote für Frauen im Gründungsektor auszuweiten. Beratungsprogramme sollten in Ost- wie West mehrfache kleine Beratungsleistungen ermöglichen, die die ersten beiden Unternehmensjahre begleiten. Das Beratungsprogramm für Existenzgründerinnen des Senats für Wirtschaft, Berlin ist ein Schritt in diese Richtung.

Um den insbesondere bei Gründungen aus Arbeitslosigkeit häufigen Mangel an Eigenkapital zu lindern, hat der Senat von Berlin ein Programm aufgelegt, das unter bestimmten Voraussetzungen (Arbeitslosigkeit, Bezug von Arbeitslosenunterstützung) einige Branchen mit einem Zuschuß im ersten Jahr bis zu DM 2.000 monatlich fördert. Nach unseren Beratungs- und Weiterbildungserfahrungen halten wir dieses Programm für sehr sinnvoll. Während die Frauen unserer Kurse nur in Ausnahmefällen an den öffentlichen Programmen wie Eigenkapitalhilfe und ERP-Darlehen partizipieren können, kommt dieses Programm für fast die Hälfte von ihnen in Frage. Die Branchenbestimmung sollte erweitert werden.

Während dies sehr sinnvolle Schritte zur Abhilfe der Finanzierungsschwierigkeiten von Unternehmensgründerinnen sind, geht die Bundesregierung den entgegengesetzten Weg: Die Eigenkapitalhilfe für die alten Bundesländern, ohnehin auf Bereiche beschränkt, die Gründerinnen wenig nutzen konnten,

wurde zum 31.12.91 ersatzlos gestrichen, für die neuen Bundesländer steht die Streichung zum 31.12.93 an. Die vom Senat unterstützte Beteiligungsgesellschaft Berlin mbH ist ein wichtiger Ersatz, müßte jedoch ein geringeres Mindestfinanzvolumen als 135 000 DM haben, um für Frauen stärker in Frage zu kommen. Bei dem oben genannten durchschnittlichen Finanzvolumen von Gründungen sind damit viele kleine - und trotzdem sinnvolle und arbeitsplatzschaffende - Gründungen von Frauen von vornherein ausgeschlossen.

Corinna Fricke

Journalistin

EUANFANG MIT ÜBER 40

"Für diese Zeit bin ich zu alt, und für meine Branche sowieso", beginnt Renate Elstner unser Gespräch. In der Werbung würden 30jährige mit möglichst 20jähriger Berufserfahrung gesucht, meint die 46jährige sarkastisch. "Als Frau, in diesem Zweig, in dem Alter? Ne!" – sie weiß, sie versucht die Quadratur des Kreises.

Eigentlich erfüllte sich Renate mit der kleinen Agentur nur ihren ursprünglichen Berufswunsch. Werben und gestalten wollte sie schon als 16jährige, doch im Brandenburgischen gab es für sie keine Lehrstelle. So macht sie das Abitur, lernt Bauzeichnerin, läßt ein Architekturstudium sein, weil sie kein Verhältnis zu Zahlen findet. Bei einer Tageszeitung erwirbt sie ihren zweiten Berufsabschluß - Retoucheurin. Sie ist helle und soll sich zur Ingenieurin für Polygraphie qualifizieren. Weil sie "kein technischer Mensch" ist, sagt sie Nein. Bei einer Berliner Fachzeitung kann Renate als Layouterin arbeiten und im Fernstudium endlich die Fachschule für Werbung und Gestaltung in Berlin-Schöneweide absolvieren. Im November 1989 ist sie Chefgestalterin und weiß, daß sie vor dem Nichts steht.

Drei, vier Bewerbungen nach dem Abwickeln ihrer Institution werden negativ beschieden oder gar nicht beantwortet. Das trifft sie nicht wirklich, denn der Gedanke, etwas Eigenes zu versuchen, hat sich schon fest im Kopf verhakt. Da kommt das Angebot einer westdeutschen Firma gerade recht. Sie kann deren Franchising-Partnerin werden, das heißt Technik und Know-how nutzen. Während in Berlin der Antrag auf Gewerberaum in den Beamtenstuben liegt, saß sie ein viertel Jahr in Hamburg auf der Schulbank, Gemeinsam mit drei nach Selbständigkeit strebenden ostdeutschen Männern paukte sie Marketing und Betriebswirtschaft, lernte mit einem Computer umzugehen und wird bekannt für ihre Zwischenfragen. Sie will alles genau wissen.

Unterdessen wird Berlin nach Geldquellen abgesucht.

Immer wieder nach Sicherheiten gefragt, kann Renate wie die meisten DDR-Leute nur die Schultern zucken. Kein Haus, kein Grundstück, keine reiche Oma. Weil sie eine Risiko-Lebensversicherung abschließt und einsetzt, wird sie schließlich doch kreditwürdig. Lizenzgebühr, Lehrgangskosten, Technik und Software fressen 60 000 Mark. Mit einem ERP-, einem Hausbank-Kredit und etwas Eigenkapital stoppelt sie

EXISTENZEN



die fehlenden 40 000 Mark zusammen und beginnt im November 1990 vom Wohnzimmertisch aus ihre Arbeit. "compress satz + idee" heißt ihr Unterfangen, das seit Mai 1991 am Hackeschen Markt zu Hause ist. Seitdem ist Freizeit knapp wie das Geld auch. Urlaub gönnt sie sich nur zum Jahreswechsel und Lohn fließt kaum in die eigene Tasche. Drei Frauen hat sie angestellt und ihren Mann als freien Mitarbeiter immer dabei. Und ehe sie denen das Monatssalär nicht auszahlt, knappst sie bei sich. Obwohl schon gute Aufträge im Haus waren, wurde nicht immer dafür bezahlt. Die miese Zahlungsmoral kann ein so junges Unternehmen an den Ruin bringen - auf 40 000 Mark belaufen sich die Außenstände. Ein Bildungsunternehmen, Autohändler, Computervertrieb und eine Pizzaria gehören zu den Säumigen. Bis auf einen könnten alle zahlen. Das

fuchst Renate. Einmal hat sie das Gericht eingeschaltet. Doch ehe ein Gerichtsvollzieher sich des Falles annimmt, vergehen allein vier Monate. 30 Jahre verjährt die Schuld nicht. "Eine gute Sparbüchse", Renate macht aus der Not eine Tugend.

Aus Fehlern hat sie indes gelernt. Verträge schließt sie nur noch "wasserdicht", auf mündliche Absprachen läßt sie sich nicht mehr ein und eine Anzahlung muß sein. Sie wünscht sich einen festen Kreis von Geschäftspartnern. "Mit den Kunden wachsen" heißt ihre Devi-

se und sie meint nicht nur das gegenseitige Vertrauen. Vielleicht behauptet sich der eine oder andere DDR-Betrieb oder Existenzgründer doch auf dem neuen Markt, auch Dank ihrer Werbemittel. Von allein klopft allenfalls mal jemand mit dem Wunsch nach schicken Visitenkarten an ihre Tür. Für die eigentlichen Aufträge muß sie raus. Der Markt ist dicht und die Akquise mühevoll. Frisch niedergelassene Ärzte zum Beispiel sind zurückhaltend. Entweder, sagen sie, ich h a b e nach einem halben Jahr das Geld für das persönliche Outfit, oder ich mu ß es haben. Apotheken gehören unterdessen schon zum Kundenkreis. Es spricht sich 'rum, daß sie von der Gestaltung des Hauses bis hin zum Briefpapier und bedruckten Kugelschreiber Qualität liefert. Auch neuen Hotels und Pensionen im Brandenburgischen verhilft sie zum unverwechselbaren Gesicht.

Trotz wachsender Erfolge, eine Zitterpartie bleibt's. Sie lebt mit der Gesellin Unsicherheit von Monat zu Monat. Da kann die 100prozentige Mieterhöhung ins Kontor schlagen oder die Tatsache, daß für die Sommermonate nicht genug Aufträge an Land gezogen waren. Renate will sich nicht mehr vom Tagesgeschäft überrollen lassen. Sie weiß, sie als Chefin muß den Überblick behalten. Und sich trotz allem Kraft bewahren: "Sobald ich mich zu Hause hinsetze, schlafe ich ein." Erholung kommt zu kurz und Kultur und das Familienleben eigentlich auch. Gut, daß der Sohn erwachsen ist. Bilanz nach drei Jahren: Sie ist geschafft, es nicht. Sie ist weiter am Berg - zäh, unverdrossen. Denn bei aller Mühsal - eine nicht zu unterschätzende Motivation nährt das stolze Gefühl, etwas Eigenes, Neues auf die Beine gestellt zu haben.

Katrin Rohnstock

Journalistin

RAUEN AUS DEM ÖSTEN

SIND SELBSTÄNDIG

Widerstandsstrategien gegen Arbeitslosigkeit

"Ich war ziemlich naiv, als ich mein Geschäft gründete", sagt Micheale heute, ein Jahr danach. Dabei ist Naivität wirklich nicht die Eigenschaft, die man ihr unterstellen würde.

Michaela, eine kräftige, lebenslustige Frau im goldenen dreißigsten Jahr, ist Lehrerin für Deutsch und Geschichte von Beruf. Ihrem energischem Auftreten

widersprechen die besinnliche Rede und tiefe Augenringe. Die selbstgeschneiderte Kleidung vermittelt eine Vorstellung von ihrer Vielseitigkeit und Kreativität. Während des Mütterjahres, das sie mit ihrem dritten Kind und 600 DM Bundeserziehungsgeld zu Hause verbrachte, erhielt sie die Kündigung. Da sie ohnehin geplant hatte, sich beruflich neu zu orientieren, arbeitete sie fortan schwarz für zwei Vormittagsstunden in einem Naturkosmetikladen, der von drei Frauen soeben neu eröffnet schnellen Zuspruch bei der Kundschaft fand. Das Geschäft lief ausgezeichnet, Michaela aber fühlte sich mit 10 DM pro Stunde unterbezahlt. So kam sie auf die Idee, selbst ein Geschäft zu betreiben. Sie suchte Gewerberäume und stellte fest, daß diese von Maklerbüros viel zuteuer angeboten werden. Mit Hilfe ihrer zahlreichen Bekannten konnte sie direkt gegenüber ihrem Wohnhaus ein kleines Geschäft mieten und baute es - gemeinsam mit Freunden, ohne Kredit - zum attraktiven Laden aus, dessen originelle Ausstrahlung der seiner Besitzerin entspricht. Produkte aus Asien und Afrika bietet sie in handgearbeiteten Metalldesignregalen an. Eine Rutsche für die eigenen wie Besucherkinder lädt auch Mütter in die Teestube, im hinteren Raum, zum Verweilen ein. Dort können sie in Ruhe die fremdartigen Produkte studieren und ausprobieren. Die Kombination von Laden und Teestube war genau richtig: Das Geschäft läuft besser, als sie erwartet hatte. Nun plant sie die Umgestaltung zur Weinstube. Wenn man ihr den Kredit bewilligt, wird sie Nebenräume mieten, um diese zur Küche umzubauen. Vegetarische Kost gibt es nirgends in der kleinen Stadt. Morgens, wenn Michaela die beiden Ältesten im Kindergarten, das Jüngste im

Frauenzentrum untergebracht hat, erledigt sie die Buchführung. Der Laden wird um 11 Uhr geöffnet. Eine Mitarbeiterin beschäftigt sie stundenweise, damit sie Einkäufe machen und am Nachmittag die Kinder abholen kann, Nachts. wenn die Kinder im Bett sind, liest sie und erledigt Geschäftspost. Ihre wichtigste Erfahrung: "Man muß sich von der Vorstellung lösen, vom (Ehe-) Mann als praktischen und ratgebenden Helfer abhängig zu sein. Wenn die Frau ein Geschäft gründet, ändern sich die Strukturen in der Beziehung grundsätzlich oder lösen sich völlig auf. Denn Männer haben oft große Schwierigkeiten, ihre Frauen als selbständige Unternehmerinnen zu akzeptieren, geschweige denn, sie bei ihren Geschäften zu unterstützen." Tatsächlich sehen immer mehr Frauen im Osten den Schritt in die Selbständigkeit als Chance, der Arbeitslosigkeit oder entwürdigender Disqualifizierung zu entkommen. Bemerkenswert, daß im Vergleich zu den Alt-Bundesländern die Bereitschaft zur Unternehmensgründung sehr hoch ist: Wen kann es verwundern, wenn man die hohe Qualifikation, ununterbrochene Berufserfahrung und die hohen Managmentqualitäten, die Frauen im Osten entwickeln mußten, kennt. 40 % aller Unternehmen im Osten wurden von Frauen gegründet, schätzt der Unternehmerinnenverband; nach Berechnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft sind es etwas mehr als 30 %. 1992 erfolgten in Sachsen-Anhalt 42 % aller Gewerbeanmeldungen durch Frauen. Und nur vier Prozent der von Frauen ge-

gründeten und geleiteten Unternehmen

gingen pleite, informierte die Staatsse-

kretärin für Gleichstellungsfragen,

Carmen Stange, in einem Interview.

Welche spezifischen Schwierigkeiten haben Frauen bei der Existenzgründung? Warum überhaupt gründen Frauen nicht ebenso viele Unternehmen wie Männer?

Der deutsche Unternehmerinnenverband erklärte, daß man Frauen besonders viele Steine in den Weg legt und sie spezifische Widerstände zu überwinden hätten: Gewerbemieten würden bei Frauen höher angesetzt, generell altbundesdeutsche Mieter bevorzugt; Banken sind kritischer bei der Überprüfung der Kreditwürdigkeit von Unternehmenskonzepten. Dafür gibt es keinen Grund. Denn die Risikobereitschaft von Ostfrauen ist aufgrund mangelnder Erfahrungen in der Geschäftswelt weit weniger ausgeprägt als bei ihren westlichen Schwestern, meint die Mitarbeiterin der IHK Berlin, Frau Fahner, Jedoch ist gerade das fehlende Eigenkapital eine der größten Schwierigkeiten im Osten für die Existenzgründung. Die existierenden Förderprogramme seien mehr an den Bedürfnissen von Männern orientiert, so Dorothea Assig, Existenzgründungsberaterin für Frauen aus West-Berlin.

Einer Studie des Bildungsforum für sozioökonomischen Wandel (SOKUWA) zufolge, wird das Beratungsangebot von Banken, IHK, Unternehmerverbänden weitaus weniger von Frauen als von Männern angenommen. So nutzten 40% der existenzgründenden Männer, aber nur 13% der Frauen in Berlin-Lichtenberg die Beratungsleistungen der IHK. Eine bedenkliche Tatsache, finde ich, bei der inzwischen schon legendären Lernbereitschaft der Ost-Frauen. Sind es die kinderunfreundlichen Kurszeiten. die eine Teilnahme von Frauen verhindern, erreichen die Informationen die Frauen nicht oder fühlen sie sich von

EXISTENZEN

den Ausschreibungen nicht angesprochen?

Tatsache bleibt, daß der Wissens-und Informationsbedarf der Existenzgründerinnen sehr groß ist, daß es zuwenig und kaum überschaubare frauenspezifische Informationsangebote gibt.

Obwohl Klein-und Mittelstandsförderung als Zauberformel für den "Aufschwung-Ost" propagiert wurden, lassen staatliche und komunale Aktivitäten für Frauen in den neuen Bundesländern auf sich warten. Initiativreich dagegen sind die Frauen selbst. Gründerinnenzentren werden geplant und initiiert, Gesprächskreise bilden sich.

Ein Wettbewerb zur besten Existenzgründungsidee, den Pall Mall 1991 und 92 ausschrieb, machte deutlich, daß zunächst vor allem konventionelle Unternehmensideen umgesetzt wurden. Bei den 7000 Einsendungen zum Wettbewerb waren Frisiersalons und Gaststätten die Renner.

Philosophinnen, Historikerinnen und Ingenieurinnen gründeten Partnervermittlungsagenturen, Würstchenbuden und Reisebüros. In den ersten beiden Jahren nach der Wende waren es zu 80% die Freien aus Berufen, die sich selbständig machten, wie Ärztinnen und Juristinnen.

Bei wenig eigenem, hohem Bedarf an fremden Kapital und dementsprechenden Zeitdruck bei der Gewinnerzielung bleibt wenig Freiraum für Erprobung und Umsetzung neuer Ideen, die ein vermeintlich höheres Risiko des unternehmerischen Erfolgs in sich tragen. Experimente verlangen eine profunde Marktkenntnis, die Unternehmer/innen und potentielle Existenzgründer/innen erst erwerben mußten und müssen. Hier böten die arbeitsmarkt-und wirtschaftspolitisch schwer umstrittenen

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine gute Chance.

Sie verschaffen den Beteiligten ein bis zwei Jahre Zeit, um Marktkenntnisse zu erwerben und Ideen zu erproben. Ob dieser Zeitraum ausreicht, innovative Gründungsideen bis zur Marktfähigkeit zu entwickeln, ist allerdings zu bezweifeln. Dabei erschweren zusätzlich eine Vielzahl von zuwendungs- und steuerrechtlichen Bestimmungen das ernsthafte Erproben am Markt. Zum Beispiel müssen erzielte Einkünfte zurückgezahlt werden, darf nicht produziert und auf dem Markt verkauft werden, was auch den Aufbau eines funktionierenden Vertriebssystems verhindert.

So hätte zum Beispiel der ein Jahre existierende "ungeschminkt" e.V. ein durchaus hoffnungsvolles Frauenprojekt im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg sein können. Dort pflegten in elf Kunst - und Handwerkstätten, die von den ABM-MitarbeiterInnen (15 Frauen, 5 Männer) ausgebaut und eingerichtet worden waren, arbeitslose Frauen (und Männer - "so verbissen sehen wir das nicht") ihr Hobby und belegten Kurse unter dem Motto "selber machen ist billiger als kaufen". Von erstklassig ausgebildeten KünstlerInnen und HandwerkerInnen angeleitet, wurden Schmuck-, Schneider-, Web-, Textil-, Holz- und Keramikwerkstatt bald zum alternativen selfmade- Mode- und Einrichtungsinstitut: Ein Bereich griff in den anderen: in der Stilberatung sollten Frauen Grundsatzempfehlung für ihren Persönlichkeitstyp erhalten, die sie beim Schneider-und Schmuckgestaltungskurs umsetzen. Im künstlerisch aufgemachten Informationsheft entdecke ich die DDR-eigene Modeauffassung, die dem Projekt seine Philosophie und Identität gibt:

"Mode ist keine unbekannte Größe der man sich sklavisch ergeben muß. Mode ist, was uns gefällt, was zu uns paßt und womit wir uns wohlfühlen." Die Keramiken, Plastiken, Graphiken, Puppen und gewebten Tuche, die ich in der Galerie ausgestellt fand, genügen höchsten Qualitätsansprüchen. In den kursfreien Zeiten wurden sie von den KünstlerInnen selbst hergestellt. Ein Projekt mit Zukunft? "Der Bedarf für unsere Angebote ist auf jeden Fall vorhanden, solange die Umgebung hier in Arbeitslosigkeit steckt", gab mir Projektkoordinatorin Regine Pokiser im Sommer Auskunft.

Um ohne Subventionen auszukommen,

bung sein, der Kunstvertrieb ausgebaut

müßte Zeit für Profilierung und Wer-

werden - das aber darf über AB - Maßnahmen nicht geschehen. Das Domoklesschwert drohte kurz vor dem Auslaufen der ABM: "Wenn der Verein bis zum Auslaufen der ABM-Stellen, nicht zumindest Einnahmen erzielt, die die Miete decken, dann fährt der Möbelwagen eben vor und räumt die Werkstätten leer ", so zitiert Frau Pokiser die verantwortlichen Mitarbeiter der Servicegesellschaft. Wohin das Auto aber mit all den Maschinen und Einrichtungsgegenständen - von insgesamt 80 Frauenprojekten in Ostberlin fahren könnte, darüber hüllten sich die Experten in Schweigen. Oder wurden inzwischen zur Unterbringung der Gegenstände, die aus Sachmitteln der

"Die Investitionen für das Projekt sind schon toll, nur ist absolut unverständlich, warum das nach Ablaufen der ABM alles in den Sand gesetzt sein sollte. Hätten sie die Investitionen, einschließlich Lohnkosten jedem einzelnen Mitarbei-

Kommune finanziert wurden, Depots

eingerichtet?

ter zur Verfügung gestellt, so hätte jeder 50.000 DM gehabt und damit eine eigene Existenz gründen können. Stattdessen haben wir ein Jahr geackert - und was bleibt ...? Keine Perspektive". So klar und unverblümt sieht die studierte Ökonomin Pokiser die kurzsichtige Arbeitsmarktpolitik. Ohne es zu ahnen, formuliert sie aus ihrer Praxiskenntnis eine Idee, deren Umsetzung auch der Professor für Arbeitswissenschaft Peter Grottian fordert: Statt Gelder in ABM zu investieren sollten sie als zinslose Eigenkapitalhilfen finanzschwachen GründerInnen mit ökologischen, frauen-und familienfreundlichen Unternehmenskonzepten zur Verfügung gestellt werden. Wenn eine Idee Marktfähigkeit beweist, wird der Kredit zurückgezahlt, mißglückt der Versuch, bleibt der Gründer schuldenfrei und - belastet nicht das Sozialamt.

"Finanzierung von Arbeit, statt Arbeitslosigkeit" - benennt Regine Hildebrandt diese Methode.

Traurig, traurig, daß die führenden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitiker so wenig von Effizenz verstehen. Im Falle von "ungeschminkt" gingen bis auf zwei MitarbeiterInnen, die sich mit der Selbständigkeit versuchen, im Sommer alle in die Arbeitslosigkeit. Nicht nur, daß sie somit selbst die Sozialkassen belasten, auch ihrem Klientel ist ein sinngebender Kontakt- und Freizeitort genommen. Psychische Probleme, Einsamkeit. Arztbesuche als Kontaktersatz. Medikamenten- und Alkoholkonsum sind die unausweichliche Folge. Aus diesen Gründen gibt es wohl kaum ein ABM-Projekt, das nicht nach marktfähigen Potentialen innerhalb seines Leistungsspektrums sucht. Von der Existenzgründungsberatung, dem mobilen Windelservice bis zur Weiterverarbeitung von gebrauchten Stoffen reichen die Ideen.

Frauen aus der Baubranche - Ingenieurinnen, Architektinnen und Facharbeiterinnen - wollen sich nicht davon abbringen lassen, mit ihrer beruflichen Qualifikation Geld zu verdienen, Handwerkerinnen gründeten ein Serviceprojekt zur Anleitung von ratsuchenden Frauen bei Wohnungsumbau und Renovierung; Technikerinnen erwägen die Gründung eines Planungsbüros. Die sich zunehmend schwieriger gestaltende Arbeitsmarktsituation drängt viele Frauen, mutiger zu werden und ihre Ideen kraftvoll durchzusetzten, selbstbewußt zu beruflichem Können und ihrer Leistungsfähigkeit zu stehen. Dabei geht es den MitarbeiterInnen wenig um Profite, Expansion oder Verdrängungswettbewerb. Sie suchen lediglich nach Möglichkeiten, Lohnkosten selbständig zu erwirtschaften.

Das haben ABM-Projekten mit vielen privatisierten und neu gegründeten Betrieben gemeinsam: ihre von sozialen Idealen geprägte, auf den Menschen gerichtete Unternehmenskultur. Untersuchungen beweisen, daß Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt der Handlungsstrategien stehen, während die Gewinnmotivation eher schwach ausgeprägt ist.

Dabei böte der dramatische Strukturwandel in den neuen Bundesländern Chancen zur Vermenschlichung marktwirtschaftlicher Strukturen.

Die Veränderungen von althergebrachten Unternehmensstrukturen steht inzwischen auch in Westdeutschland an. Die Kritik an starren Hierarchien und konventionellem Mangment wird immer lauter.

Viel bewirkt scheint sie bisher nicht zu haben.

Hier im Osten hat der vielerortens auch in Wirtschaftskreisen - geforderte Struktur- und Wertewandel längst begonnen. Das Modell des Manchesterkapitalismus ist ausgereizt, die Grenzen seiner wirtschaftlichen Effizienz liegen auf der Hand. Der Mensch kann nicht mehr als Maschine begriffen werden. Leistungsfähigkeit ist eine ganzheitliche Qualität, die das arbeitende Subjekt der Mensch - in all seinen Bedürfnissen zur Kenntnis nehmen muß. Personalqualität als ein entscheidender Wirtschaftsfaktor setzt die Umstrukturierung der Unternehmen, einschließlich ihrer Kultur und Philosophie voraus. In den Projekten ist diese moderne Struktur längst Realität.

Sie zielen auf eine starke Identifikation der Mitarbeiter/innen, setzen hohe Motivation und einen großen Eigenbeitrag aller Beteiligten voraus, um überhaupt zu funktionieren. Neuartige Arbeitszeitmodelle, flexible Arbeitszeiten - um den Mitarbeiter/innen die Vereinbarkeit mit den Kindern zu ermöglichen - sowie hohe Lernbereitschaft zeichnen sie aus. Aus der Erfahrungswelt (Beruf und Kinder) und dem - auch daraus resultierenden Sozialengagement der Frauen resultieren innovative Gründungsideen, die ökologisch, kultur-und familienorientiert sind. Sie zu unterstützen und daraus zu lernen, bedeutet Investition in die Zukunft. Nicht nur für Frauen (und Männer). Ebenso für Kinder, die ohne entsprechende Arbeitsbedingungen nicht mehr geboren werden.

GELD

Claudia von Zglinicki
Journalistin
RAU UND GELD

Geld. Das ist nun wirklich nicht mein

Thema. Ich kenne auch keine Frau, deren Thema es ist. Ich kenne nur welche, deren Thema es sein muß. Denen es sich unaufhörlich und penetrant aufdrängt. (Leider nicht das Geld, nur das Thema!) Let's talk about Sex? Let's talk about Money, Lady! Früher war es einfach. Bis auf wenige Ausnahmen (im Schlagergeschäft vermutlich, vielleicht in der Militärbranche, auf höherer ministerialer Ebene und so weiter) verdienten die Leute in der sparsamen DDR in etwa das Gleiche. Es gab keine Riesenunterschiede, und es war auch ziemlich egal. Mir jedenfalls. Niemand konnte viel mit Geld anfangen. Was auch? Keine Weltreise. auch kaum eine andere. Exquisitklamotten gefielen mir meistens nicht. Englischen Tee zu utopischen Preisen manchmal. Bei Theaterkarten und Büchern ging es darum, sie zu kriegen. Die Summe auf der Rechnung spielte dann keine Rolle. Was es gab, konnte ich mir im allgemeinen leisten. Und Autos interessierten mich nicht. Natürlich kannte ich Leute, die sehr genau rechnen mußten. Alleinerziehende Freundinnen. Rentnerinnen. Aber es ging. Sie sagen es heute, im Rückblick, selbst. Ohne Verklärung. Und jetzt? Zwischen Gier und Kaufrausch einerseits und abgeklärtem Lächeln über die bedruckten

Papierfetzen ohne wirklichen Wert stehe ich da. Will den Tanz um Plastikkarten nicht mitmachen. Muß aber zugeben, daß ich mir zwei neue Kleider auf einmal gekauft habe. Zwei! Nachtblauer Samt, wadenlang und mit Schlitz. Und dann noch eins. Im selben Laden. Beide zusammen zu einem Preis, den auch leicht ein Wochenendeinkauf schlucken kann. Also es war herrlich. Ich schritt durchs Gewühl zur Kasse und schämte mich kein bißchen. Geld - geronnen in Dinge, die mir Spaß machen. Genuß, ermöglicht durch simples Ausfüllen von Schecks. Quatsch. Alle haben gelernt, daß Arbeit dahintersteckt. So? Neulich hörte ich einen Mittzwanziger, der eine Million in eine Ferienanlage investiert, die Frage beantworten, wie man zu dieser Summe kommt. Er log grinsend: "Durch Arbeit." Ist weniger wert, wer nie auch nur in die Nähe der halben Summe kommt - natürlich nicht. Aber manche denken so.

Sie ist absurd, die Welt der Schecks und Plastikkarten, der Kredite und Zinsen, der Versicherungen und der Männer mit den immer gleichen Krawattennadeln. Ich kenne einen Platz in Berlin, der hat

nicht nur an jeder Ecke eine Bank, also vier. Nein, es sind sechs. Das Rondell wird zusammengehalten von Schaltern und Kontoauszugsautomaten hinter dicken Mauern, Dazwischen Einkaufszentren, logisch. Ich fühle mich hilflos. Zu deutlich wird hier die Attacke auf mich geritten. Ich soll hier planen und sparen, Geld anlegen und Zinsen berech-

nen, für jeden möglichen Unglücksfall der Zukunft vorsorgen, das Alter bedenken, in dem ich nicht mehr verdienen werde, und vor allem soll ich ausgeben, was im Portemonnaie knistert, Haben wollen, Bezahlen, Scheine verwandeln in andere Scheine, immer wieder in bedrucktes Papier, bestempelt, in Mappen geheftet. Das zaubern die Unternehmen am schnellsten. Und es ist viel effektiver für sie als die primitive Umwandlung in zwei simple Kleider. Ein Platz, der mich einschüchtert. Aber er macht mich auch aggressiv. Ich will die Sache mit den Talern durchschauen. Und dann selbst entscheiden, wie weit ich mitspiele, mitspielen will und mitspielen muß. Ich weiß nicht, welches Unglück mich noch treffen wird. Aber ich bin sicher, daß ich für die meisten schlimmen Dinge mit Geld nicht vorsorgen kann. Trotzdem beruhigt es mich manchmal. Trotzdem macht es manchmal Spaß. Trotzdem brauche ich jeden Monat eine verglichen mit früheren Maßstäben - erschreckend hohe Summe für alles Notwendige. Für Miete und Telefon, die kieferorthopädische Behandlung der Kinder, ihre Klassenfahrt und die Gebühren



STEUERRECHT GELD

der Musikschule, ein Geschenk für die Freundin, Kaffee und Heizung, Papier und Stifte, Strom, Wimperntusche und Blumen. Theaterkarten - drei Jahre lang immer wieder weggelassen, weil die neuen Preise zu schockierend waren. Jetzt denke ich, wenn es möglich ist, blättere ich die Scheine manchmal hin. Das Äquivalent ist es mir wert. Immer wollte ich die Unabhängigkeit, mit meinen Kindern auch allein leben zu können, wenn es so käme. Schaffe ich das heute? Im Moment ja. Ich habe gut verdient. (Und ich will, daß mir dieser Satz endlich nicht mehr peinlich ist.) Aber nächstes Jahr? Ich fürchte mich wie alle manchmal, dann keine Arbeit zu haben, keine Aufträge. Kein Geld. Abhängig sein - schwarze Vorstellung. Was dann fehlte, wäre ja nicht nur der Schein in der Brieftasche. Money makes the world go round. Stimmt nicht. Ein anderer berühmter Satz: Geld macht sinnlich. Stimmt? Ein verflucht schwieriges Thema ist es. Viele Fragen - wenig Antworten. Was ist notwendig? Wo beginnt Luxus? Wie sinnvoll ist es. Geld in eine Spende zu verwandeln, und für wen? Wieviel Taschengeld kriegen meine Kinder? Wieviel kriege ich? Oder ist mein Geld "Haushaltsgeld"? Wer "braucht" Markenklamotten? Wie teilen wir ein gemeinsames Budget? Wer zahlt was? Im Staat wie in der Familie wird über Geld Politik gemacht, Macht durchgesetzt, brutal bestimmt. Geld und Demokratie - gibt es dieses Paar? Frau sollte nicht zu scheu, nicht zu vornehm, nicht zu unsicher sein. Geld ist von Männern erfunden. Extra für Frau-

en schufen sie nur das Haushaltsgeld.

Und das ist, auch heute, zu wenig für

uns, Lady!

Marianne Schwan
Steuerberaterin

ATRIARCHALISCHES STEUERRECHT

Immer wieder gibt es Männer, die öffentlich gegen das Doppelverdienertum wettern. Ich bin auch gegen Doppel- bis Vielfachverdiener. Wenn nämlich Politiker und Manager mit mehr als ausreichenden Einkünften sich noch zusätzliche Honorare als Berater in diversen Gremien, Aufsichtsräten und Vorständen ergattern, ist das sozial ungerecht. Aber das meinen die öffentlichen Stimmen leider nicht. Sie meinen Ehefrauen. die durch eine einzige Erwerbstätigkeit einen einzigen Verdienst erzielen und wenn sie Mütter sind - wegen mangelhafter Kindergarten -Öffnungszeiten, fehlender Ganztagsschulen hierfür eine Dreifachbelastung auf sich nehmen. Was dabei herauskommt ist kein Doppelverdienst, sondern ein Einfachverdienst, in der Regel ein geringer. Was aber viele Frauen nicht wissen, ist, daß solche Polemik nicht allein die Meinung weniger Ewiggestrigen ist, sondern, daß es tatsächlich bereits seit vielen Jahren die materielle Bestrafung der Ehefrau in der Bundesrepublik gibt. Und es gibt eine materielle Belohnung für den Ehemann, der seine Ehefrau von der Erwerbstätigkeit abhält. Diese Belohnung, die ich im folgenden nach A.Mennel "Patriarchenlohn" nennen will, finanzieren wir alle, wenn wir Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung entrichten und wenn wir Einkommensteuer zahlen.

Patriarchenlohn im Einkommenssteuerrecht

Allgemein bekannt ist, daß das Einkommensteuerrecht die Ehe und die Familie fördert, aber genaues wissen nur wenige. Und so kommt es nicht selten vor, daß Eheleute, die auch "wegen der Steuer" geheiratet haben, bei der ersten gemeinsamen Steuerveranlagung sehr staunen, weil sie genauso viel Steuern als Verheiratete zahlen wie vor der Eheschließung. Dies ist dann der Fall, wenn beide Eheleute gleich hohe Einkünfte haben. Beispielsweise die Ehefrau verdient DM 50 000 brutto und der Ehemann ebenfalls, dann zahlen sie als zusammenveranlagte Eheleute genau dieselbe Einkommensteuer- (oder Lohnsteuer-) summe wie vorher ohne Trauschein.

Manche Eheleute hoffen, daß die Steuerentlastung nach dem ersten Kind sich bemerkbar machen wird. Aber auch das ist nur in sehr geringem Maße der Fall. Um bei dem obigen Verdienstbeispiel zu bleiben (Jahreseinkommen von 2 x DM 50 000) verursacht ein Kind eine Steuerentlastung von je DM 50,67 monatlich, bei beiden Eheleuten zusammen von DM 101,34 monatlich (Anm.1). Zusammen mit dem Kindergeld reicht der Kinderlastenausgleich meist nicht einmal aus, um die Kinderbetreuung zu finanzieren, von den anderen durch das Kind den Eltern enstehenden Kosten ganz zu schweigen. Fazit: Eheleute, die gleich viel verdienen erhalten keine steuerliche Eheförderung. Wenn Kinder vorhanden sind, stehen sich Eltern, die gleichviel verdienen als Eheleute steuerlich zumeist sogar schlechter, denn als Unverheiratete würde einem Elternteil eine zusätzliche steuerliche Entlastung durch den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende zustehen.

GELD STEUERRECHT

Aber es gibt eine steuerliche Förderung für eine Minderzahl der Eheleute. Sie sieht wie folgt aus.

Beispiel. Ein kinderloser angestellter Mann mit einem monatlichen Bruttogehalt von DM 10 000 heiratet eine ebenfalls kinderlose Frau ohne eigene Einkünfte. Vor der Eheschließung hatte der Mann einen Lohnsteuerabzug von DM 3.152 monatlich, nach der Eheschließung nur noch DM 2.119, folglich spart er durch die Ehe jeden Monat DM 1.033 Lohn-/Einkommensteuer, das macht eine jährliche Subventionierung von DM 12. 396. (Anm.1) Ich betone, diese Subventionierung ist nicht an das Vorhandensein von Kindern gebunden, sondern 1. an die Eheschließung, außerdem müssen beide Eheleute zusammen woh-

nen und
2. daran, daß die Ehefrau keine eigenen
Einkünfte erzielt, mithin finanziell von
ihrem Mann abhängig ist (Anm.2)
Anm.1 = Lohnsteuertabelle 1993
Anm.2 = Das Einkommensteuerrecht ist geschlechtsneutral, d.h. obiges Beispiel kann
auch umgekehrt vorkommen: Angestellte Ehe-

frau erhält Subvention und Ehemann ist ab-

hängig.

Ich betone ferner, daß es sich hier nicht um ein Hausfrauengehalt handelt, denn dann müßte die Subvention an die Ehefrau gezahlt und nicht durch Steuerminderung an den Ehemann bewirkt werden. Oftmals wissen auch die Ehefrauen von den Subventionen gar nichts. Es handelt sich vielmehr um eine Belohnung von Vater Staat für diejenigen Männer, die sich von der Hausarbeit befreien, und zwar fällt die Belohnung umso größer aus, je höher ihre Einkünfte liegen:

Der Patriarchenlohn beträgt bei einem Brutto-Jahresgehalt von DM 30.000 = DM 1.729 im Jahr " " 90.000 = DM 7.440 " " " " 250.000 = DM 24.761 "

Diese steuerliche Belohnung entsteht durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht, indem die Einkünfte beider Eheleute zusammengerechnet und dann je zur Hälfte auf beide Personen verteilt, d.h. gesplittet werden. der Vorteil entsteht dann, wenn die Einkünfte beider Eheleute unterschiedlich hoch sind und zwar deshalb, weil der Einkommensteuertarif progressiv ansteigt. Wäre die Tarifbelastung linear immer gleich hoch (sagen wir alle Einkünfte aller Steuerpflichtigen würden immer mit dem gleichen Prozentsatz von z.B. 20% besteuert), dann entstünde durch das Splittingverfahren kein Vorteil. Weil aber der Tarif progressiv von 0% auf bis zu 53% ansteigt, ist es für den Alleinverdiener steuerlich günstiger zweimal die Hälfte mit einem niedrigeren Prozentsatz zu besteuern. Beispiel: Zu versteuerndes Jahreseinkommen von DM 120.000. Bei einem ledigen Mann beträgt die tarifliche Einkommensteuer (nach Grundtabelle) DM 40.751 (durchschnittliche Steuerbelastung 33,96%). Wenn dieser Mann nun eine Frau ohne eigene Einkünfte ehelicht, wird bei der Steuerveranlagung fiktiv davon ausgegangen, daß zwei Personen je DM 60.000 zu versteuern haben. Dadurch verringert sich die tarifliche Einkommensteuer nach Splittingtabelle auf DM 28.846 (durchschnittliche Steuerbelastung 24,04%). Der steuerliche Ausfall durch das Splittingverfahren wird von der Bundesregierung für 1991 auf 27 Mrd. DM und 1992 auf rund 30 Mrd. DM geschätzt

(Anm. 3), Dr. Annemarie Mennel, bis zu

ihrem Ruhestand als Ministerialrätin im

diese Zahlen für zu niedrig: "Mit diesen

Bundesfinanzministerium tätig, hält

offensichtlich unseriösen Angaben soll anscheinend einer Kritik am Splitting begegnet werden." (Anm. 4) Aber sehr gut verdienende Männer erhalten allein für die Tatsache, daß sie die Hausarbeit delegieren nicht nur die genannte steuerliche Subvention sondern darüber hinaus weitere Vorteile in der Sozialversicherung. Patriarchen brauchen nämlich für die Krankenversicherung der Hausarbeiterin und deren Witwenrente keine eigenen Beiträge zu entrichten, das übernimmt die Solidargemeinschaft. Wir können davon ausgehen, daß der Patriarchenlohn bei Steuern und Versicherungen jährlich mindestens 80 Mrd. DM beträgt.

Kinderlastenausgleich

Beinahe bringen wir Verständnis dafür auf, daß bei solchen jährlichen Leistungen kaum noch Geld für sinnvolle soziale Leistungen übrig bleibt.

Ein alleinverdienender Ehemann mit sagen wir DM 4.000 Monatsbrutto hat durch das Ehegattensplitting einen monatlichen Steuervorteil von DM 284,34 ohne Kinder. Mit zwei Kindern hat derselbe Mann mit demselben Einkommen lediglich einen zusätzlichen steuerlichen Vorteil von DM 147,33 monatlich (Anm.5).

Nach dem Sozialbericht 1990 wurden an Erziehungsberechtigte im Jahre 1990 u.a. ausgegeben:

Erziehungsgeld: 4,5 Mrd.DM Kindergeld (einschließl. Kinderzulagen, Kinder-Zuschüsse und Kindergeldzuschläge): 14,8 Mrd.DM

Kinderfreibeträge nach dem Einkommensteuergesetz: 8,5 Mrd.DM

Anm.3: Antwort vom 2.7.93 des Bundesfinanzministers der Finanzen auf eine kleine Anfrage Anm.4: A.Mennel: Frauen, Steuern, Staatsausgaben; in: Gerhard/Scwarzer/Slupik, 1988; S. 111 Anm.5: Lohnsteuertabelle 1993

Alleinerziehende

Als Alleinerziehende werden im Einkommensteuergesetz unverheiratete Mütter und Väter bezeichnet. Alleinerziehende Mütter sind also - im Gegensatz zu des Wortes ursprünglicher Bedeutung - auch solche Frauen, die z.B. mit dem Vater des Kindes unverheiratet zusammenleben oder die sich unverheiratet mit einer anderen erwachsenen Person die Erziehung des Kindes teilen. Alleinerziehende können grundsätzlich sich eine Hausarbeiterin aus Steuergeldern nicht finanzieren lassen oder in anderer Weise die Vorteile des Ehegattensplittings in Anspruch nehmen. Das haben die höchsten Gerichte immer wieder bestätigt. Aber Alleinerziehende erhalten für das erste Kind einen Haushaltsfreibetrag von der Zeit DM 5.616 jährlich. Der Kinderfreibetrag beträgt 1993 pro Kind DM 4.104. Alleinerziehende, die vom anderen Elternteil Kindesunterhalt erhalten, teilen sich mit diesem den Kinderfreibetrag. Die hier genannten Summen sind Steuerabzugsbeträge, die das zu versteuernde Einkommen mindern, d.h. die Freibeträge wirken sich je nach Einkommenshöhe sehr unterschiedlich von 0% bis 53% aus. Falls sich der Haushaltsfreibetrag steuerlich nicht auswirkt hat die Mutter Pech gehabt. Wenn sich der Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer nicht oder nur zu einem Teil auswirkt, kann beim Arbeitsamt ein Kindergeldzuschlag beantragt werden. Der Zuschlag jedoch beträgt 19% des nicht genutzten Kinderfreibetrages und nicht 53% vom Kinderfreibetrag wie bei einem Spitzensteuersatz. Auch hier zeigt sich, daß die Kinder reicher Familien wertvoller sind als andere Kinder.

Beispiel: Bruttolohn jährlich DM 27.000 abzüglich Werbungskosten: - DM 4.500

abzüglich Sonderausgaben, Vorsorgeaufwendungen, Sonstiges: - DM 8.000 abzüglich Haushaltsfreibetrag: - DM 5.616 abzüglich 2 halbe Kinderfreibeträge -DM 4.104 zu versteuerndes Einkommen = DM 4.780 = tarifliche Einkommensteuer abzüglich Grundfreibetrag - DM 5.616 = nicht genutzter Teil des Kinderfreibetrages = DM 836Aber auch die gut verdienende alleinerziehende Mutter von drei Kindern mit einem Monatsbruttogehalt von DM 7.000 zahlt monatlich immer noch DM 1.386,75 Lohnsteuer und damit jeden Monat DM 184,42 Lohnsteuer m e h r als der alleinverdienende kinderlose Ehemann mit demselben Einkommen, der sich genauso gut selbst sein Brötchen schmieren könnte (Anm.6). Im Sozialbericht 1990 heißt es auf Seite 181: "Beim "Splitting-Verfahren für Ehegatten" handelt es sich um eine an dem Schutzgebot des Grundgesetzes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ehepaare orientierte sachgerechte Besteuerung - nicht um eine Steuervergünstigung." Wie die "Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ehepaare" im Vergleich zu einem Leben mit Kindern vom Gesetzgeber bewertet wird, will ich an einem Extrembeispiel aufzeigen: Eine Alleinerziehende würde bei einem Spitzenverdienst von DM 250.000 eine Steuerersparnis von fast DM 25,000 im Jahr, wie es die Patriarchensubventionierung vorsieht, erst mit dem 23.Kind erreichen (Anm.7). Aber welche Aleinerziehende verdient schon in dieser Größenordnung und hat gleichzeitig 23 Kinder? Alle Normalverdienenden können von Steuersparmöglichkeiten a la

Patriarchenlohn nur träumen.

Erwerbstätigkeit der Ehefrauen unerwünscht

Allgemein bekannt ist, daß die große Mehrheit der Ost-Frauen erwerbstätig war und bleiben will. Weniger bekannt ist, daß diese Aussage auch für West-Frauen gilt: 1987 waren 5,9 Mio verheiratete Frauen erwerbstätig. Von den 20 bis 45 jährigen verheirateten Frauen waren rund 58% erwerbstätig (zum Vergleich: ledige Frauen 86%). Von den 25 bis 35 jährigen Frauen mit Kindern waren 41%, von den 35 bis 45 jährigen Müttern 51% erwerbstätig (Anm.8). In diesen Zahlen nicht enthalten sind die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse, denen vor allem verheiratete Frauen wegen des hier geschilderten Problems nachgehen, nicht enthalten sind illegale Beschäftigungen wie z.B. Schwarzarbeit, ebenfalls nicht enthalten sind unbezahlte Sozialarbeit und nicht registrierte mithelfende Familienangehörige.

Anm.6: Lohnsteuertabelle 1993

Anm,7: Haushaltsfreibetrag und 23 halbe Kinderfreibeträge, Tabellen 1992

Anm.8: Ergebnisse des Mikrozensus 1987 in: Frauen in der Bundesrepublik, Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit; 1989

Alle Untersuchungen belegen, daß die meisten Mütter ihre Erwerbstätigkeit - wenn überhaupt - lediglich vorübergehend unterbrechen wollen. Allerdings sehen sich viele Mütter wegen unzureichender Betreuungsmöglichkeiten zur Unterbrechung gezwungen. Hinzukommt, daß es einen auch nur annähernd ausreichenden finanziellen Kinderlastenausgleich für erwerbstätige Ehefrauen nicht gibt. Denn Kindergeld und steuerlicher Kinderlastenausgleich zusammen decken zumeist nur einen kleinen Teil der Kosten.

Erwerbstätige Ehefrauen können die

GELD STEUERRECHT

Kosten für Kinderbetreuung (entweder pauschal mit DM 480 jährlich oder mit Nachweisen bis DM 4.000 jährlich für das erste und bis DM 2.000 jährlich für weitere Kinder, aber unter Anrechnung einer sogenannten zumutbaren Belastung) steuerlich nur geltend machen, wenn der Partner entweder behindert oder dauernd krank ist. Das heißt also, das Ehefrauen in der Regel keine Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend machen können.

Insgesamt gesehen sind verheiratete Mütter sogar noch gegenüber Alleinerziehender - die auch keinen angemessenen Kinderlastenausgleich erhalten benachteiligt.

Aus diesen Gründen sehen sich viele verheiratete Mütter zur sogenannten Familienphase gezwungen, in der die steuerliche Eheförderung durch das Ehegattensplitting zum Zuge kommt (allerdings wie ich Eingangs zeigte bei Normalverdienenden nur in geringem Umfang). Der Ehemann wechselt in die begünstigte Steuerklasse III, seine Kinderfreibeträge verdoppeln sich. Wenn die Ehefrauen nach einigen Jahren in die Erwerbstätigkeit wieder einsteigen will, liegt ihr Einkommen meist deutlich unter dem des Ehemannes. Deshalb behält er im allgemeinen die begünstigte Steuerklasse III mit den vollen Kinderfreibeträgen, während sie mit enorm hohen Steuerbelastungen der Steuerklasse V den Patriarchenlohn (teilweise) zurückzahlt. Wegen der extrem hohen Abzüge sieht es in vielen Fällen so aus, als würde ihre Erwerbstätigkeit nicht lohnen.

Nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes war der Gesetzgeber gezwungen, ab dem 1.1.1993 allen Steuerpflichtigen ein Einkommen, das zur Deckung des existenznotwendigen Mindestbedarfs ausreichen soll, steuerfrei zu belassen. Diese Regelung gilt ausdrücklich nicht für Steuerpflichtige mit der Lohnsteuerklasse V der Lohnsteuerabzug der Wiedereinsteigerin mit der Steuerklasse V (und noch so vielen Kindern) beginnt bei einem <u>Monatsein-</u> kommen von DM 176.

Wegen der hohen Abzüge weichen viele Ehefrauen auf ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse ohne Lohnsteuerkarte und ohne Sozialversicherung aus und nehmen damit gravierende berufliche und persönliche Nachteile in Kauf. So verzichten diese Ehefrauen auf eigene Rentenansprüche, Lohnersatzleistungen im Krankheitsfall oder bei Erwerbslosigkeit u.v.m.

Aber auch die Ehefrau, die die hohen Steuerabzüge in Kauf genommen hat, wird bei Inanspruchnahme von Lohnersatzleistungen erneut benachteiligt. Lohnersatzleistungen, wie z.B. das Arbeitslosengeld, werden bemessen nach dem zuvor bezogenen Nettoeinkommen. Da das Nettoeinkommen der Wiedereinsteigerin mit Steuerklasse V aber wegen der extrem hohen Abzüge niedriger liegt als normal, erhält sie ein wiederum niedrigeres Arbeitslosengeld. Aber das Bundesministerium für Frauen förderte die Wiedereingliederung von Frauen über drei Jahre mit insgesamt 5 Mio DM. Ein Trostpreis oder mehr? 5 Mio über drei Jahre machen rund 0.005 Prozent des steuerlichen Patriarchenlohns aus, mit dem die Abhängigkeit der Ehefrau vom Einkommen des Mannes gezielt geschaffen wird.

Steuer-Recht

Die Bundesregierung kann das Ehegattensplitting noch immer unter dem Mantel "Familienförderung" verkaufen. Es wird begründet mit Artikel 6 (1) des Grundgesetzes: "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung", obwohl der Splittingvorteil nur einer bestimmten, politisch gewollten Eheform zugute kommt (Anm.9). Wenn diese Subventionen nicht an die Ehe sondern an die Betreuung von Kindern gebunden wäre, Könnte für alle Mütter (oder Väter) von Kleinkindern ein existenzsicherndes Erziehungsgeld gezahlt sowie die Betreuung der Kinder während der Erwerbstätigkeit der Eltern gewährleistet und das Kindergeld deutlich angehoben werden.

Anm.9: Die Rechtfertigung des Splittingverfahrens mit Artikel 6 (1) GG läßt sich m.E. nicht aufrecht erhalten, wohingegen der Artikel 6 (4) GG "Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft" deutlich ist.

Aber das Ehegattensplitting ist nur ein Beispiel aus dem männerfreundlichen Einkommensteuerrecht, denn Steuersparmöglichkeiten schaffen in der Regel gut verdienende Männer für ihresgleichen. Grundsätzlich ist festzustellen: Da wo überwiegend Männer – vor allem gut verdienende Männer betroffen sind, gibt es im Einkommensteuerrecht meist großzügige Steuerregelungen. Aber da, wo überwiegend Frauen betroffen sind, gibt es keine oder nur kleinliche Abzugsmöglichkeiten.

Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



"AKELEI"

PROJEKTE

Leider gibt es keine Statistik darüber, wieviel Frauen Steuern zahlen. Sicher ist, daß das Steuerrecht in den letzten Jahren keineswegs frauenfreundlicher geworden ist. Sicher ist ferner auch, daß sich der Anteil am Steueraufkommen, der von einkommensschwächeren Teilen der Bevölkerung gezahlt wird, erhöht hat und vermutlich sich weiter erhöhen wird. Es gibt auch keine Statistik darüber, wieviel von den Staatsausgaben Frauen zugute kommen.

Grobe Schätzungen lassen allerdings annehmen, daß Frauen insgesamt erheblich mehr Steuern zahlen, als alle Frauen zusammen vom Staat zurückerhalten, wir somit regelmäßig das Patriarchat finanzieren. Solange Frauen sich sowenig wie bisher um das Thema "Steuern und Staatsfinanzen" kümmern, solange wird sich das Einnahmen-Ausgaben-Verhältnis für Frauen sicher nicht verbessern.

Dr. Carmen Giese,
Regine Decker
Projektleiterin/PR-Frau
KELEI E.V. –
BERUFSWEGPLANUNG MIT FRAUEN

Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten des Berliner Stadtbezirkes Marzahn gab es 1991 eine Veranstaltungsreihe "Frauen schaffen Arbeitsplätze", bei der es darum ging, Defizite in diesem Neubaubezirk aufzuzeigen, Vorstellungen einer frauenfreundlichen Infrastruktur zu entwickeln und daraus konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten abzuleiten.

Im Ergebnis dieser Initiative entstanden mehrere ABM-Projekte mit ca. 400 Arbeitsplätzen, fast ausschließlich für Frauen. Eines davon war ein Fraueninformations- und -beratungszentrum, das im Januar 1992 unter dem Namen Akelei mit 10 Mitarbeiterinnen seine Arbeit aufnahm. Im September 1992 wurde dann der gleichnamige Verein gegründet, der seitdem als Träger des Projektes "Berufswegplanung

mit Frauen" fungiert, in dem z.Z. 8 Frauen beschäftigt sind.

Unser Profil wurde bisher vorrangig durch die Beratung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen bestimmt, eine Aufgabe, die wir als ganzheitliche betrachten.

Im Unterschied zu kommerziellen Unternehmensberatungen legen wir den Frauen kein fertiges Konzept vor, sondern ermutigen sie, ihrer-Idee und Kreativität zu folgen. Wir unterstützen sie von der Entwicklung ihres eigenes Unternehmenskonzeptes bis hin zur Gründung und begleiten sie in der Anlaufphase und bei der Konsolidierung ihres Unternehmens.

Unsere Beratungserfahrungen haben gezeigt, daß eine Frau viel konsequenter und selbstbewußter zu ihrem Gründungsvorhaben steht, wenn sie jede einzelne Phase selbst aktiv plant und verwirklicht.

Seit Januar 1992 haben wir Frauen aus Berlin, aus allen 5 neuen Bundesländern sowie vereinzelt aus dem alten Bundesgebiet beraten. Das gab uns Anlaß zu bedeutsamen Überlegungen. Mehr als 90 Prozent der Frauen in der DDR waren berufstätig. Die meisten verfügten über einen Facharbeiter- bzw.



Hoch- oder Fachschulabschluß. Wesentlich motiviert, sich zu qualifizieren und zu arbeiten, waren die Frauen durch ihr Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit, Selbstverwirklichung, ihr Streben nach ökonomischer Unabhängigkeit und nicht zuletzt durch die Notwendigkeit, zum relativ geringen Familieneinkommen beizutragen. Zudem suchte die Wirtschaft der DDR ständig Arbeitskräfte.

Mit der gesellschaftlichen Umwälzung brach für überproportional viele Frauen der erste Arbeitsmarkt weg. Während für Frauen in den alten Bundesländern Arbeitslosigkeit eines von vielen Gründungsmotiven ist, sehen ostdeutsche Frauen eine Existenzgründung in der Regel als die Alternative zur Arbeitslosigkeit. Also spielt hier nicht die "Verwirklichung eines großen Traums", wie es 58 Prozent befragter Existenzgründerinnen von sich sagten, die vorrangige Rolle. Nach einer Umfrage der Deutschen Ausgleichsbank liegt das Alter der Existenzgründerinnen im westlichen Teil Deutschlands bei 32 Jahren, Eine Vielzahl unserer Klientinnen hat bereits das 45. Lebensjahr überschritten. Erwartungen und Voraussetzungen, mit denen unsere Klientinnen zu uns kom-

PROJEKTE

"AKELEI"

men, sind sehr unterschiedlich. Da reicht die Palette von einer recht vagen Idee bis hin zum fertigen, ausgereiften Konzept. Da steht hohe berufliche Qualifikation geringer Erfahrung in wirtschaftlicher Unabhängigkeit gegenüber. Da behindert zu geringes Startkapital dynamische Unternehmerinnen, ihren Plan zu verwirklichen, während andere durch unsere Beratung Mittel und Wege fanden, ihre Ideen zu verwirklichen. Die meisten von uns beratenen Frauen beabsichtigen eine Gründung im Dienstleistungsbereich, wobei hier frauentypische Gebiete dominieren (z.B. Schönheitspflege, Schreibbüros, Kinderbetreuung, Physiotherapie, Dolmetscherin. Übersetzerin). Aber auch in der Baubranche haben sich Frauen mit Bauplanungs- und Projektierungsbüros gegründet und erfolgreich die ersten Hürden der Selbständigkeit gemeistert. Äußerst gering ist der Anteil der Frauen, die im produzierenden Gewerbe gründen. Ein Motiv dafür ist die Tatsache, daß für die produzierenden Bereiche ein bedeutend höheres Startkapital erforderlich ist, das Frauen in der Regel nicht aufbringen können und wollen. Ihr Wunsch, klein anzufangen, ist im Produktionsbereich nicht realisierbar. Hinzu kommt, daß in der DDR viele Frauen in der Produktion arbeiteten, jedoch kaum Führungspositionen besetzten. Männer haben so von Anfang an bessere Voraussetzungen, um unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ein Unternehmen zu übernehmen.

In einer Untersuchung vom August 1993 haben wir bei 117 von uns beratenen Frauen den durchschnittlichen Kapitalbedarf für die Gründungen ermittelt, die sie beabsichtigen bzw. schon vollzogen haben. Die Summe lag bei 57.000 DM. Die von den Frauen bevorzugte Rechtsform ist das Einzelunternehmen, wobei es einen großen Anteil an Freiberuflerinnen gibt. Vereinzelt sind Gesellschaften bürgerlichen Rechts und GmbHs vertreten.

Besondere Probleme treten bei Franchising auf. Frauen kennen zum Teil die Konditionen ungenügend, erhoffen ein sicheres Geschäft und unterschätzen damit das Risiko.

Nahezu 50 Frauen, die die begleitende Beratung von Akelei e.V. in Anspruch nahmen, gingen inzwischen in die Selbständigkeit.

Neben den Beratungen bieten wir Frauen die Möglichkeit, bei Akelei-Stammtischen Erfahrungen mit anderen Existenzgründerinnen und erfolgreichen Unternehmerinnen auszutauschen und Geschäftsbeziehungen zu knüpfen. Neben den Stammtischen finden öffentliche Foren zu unternehmensrelevanten Themen statt, z.B. Versicherungen, Finanzierung, Gewerberäume und Gewerbemietrecht, öffentliche Förderprogramme.

Ab Dezember 1993 führen wir Kurzkurse besonders für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen durch. Sie sollen ihnen die Entscheidung erleichtern, ob Existenzgründung für sie eine berufliche Alternative ist. Diese Kurzkurse werden 1994 durch Grundlagenkurse ergänzt, bei denen sich Frauen fundiert auf ihre Gründung vorbereiten können.

Parallel zu Beratung und Weiterbildung planen wir eine wissenschaftliche Untersuchung zur spezifischen Situation ostdeutscher Gründerinnen.

Akelei e.V.- Berufswegplanung mit Frauen - wurde bisher ausschließlich über ABM finanziert. Ab Januar 1994 wird das Projekt über die Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen Berlin gefüördert. WAS AKELEI - KLIENTINNEN SAGEN

Barbara Gustmann Freiberufliche Dolm

Freiberufliche Dolmetscherin Wesentlich unterstützt in meinem Vorhaben, als Diplom-Dolmetscherin und übersetzerin sowie Diplom-Konferenzdolmetscherin für Russisch und Englisch in die berufliche Selbständigkeit zu gehen, wurde ich durch Akelei e.V. In zahlreichen Gesprächen, die ich mit Beraterinnen dieses gemeinnützigen Vereins führte und in denen ich auch von attraktiven Möglichkeiten der Berlinförderung erfuhr, wurde mir mehr und mehr klar, daß ich die Herausforderung unserer Zeit annehmen müsse. Und indem ich mich intensiv mit vielschichtigen Hemmnissen in meinem Alltag, mit überlebtem, das behindert, auseinandersetzte, wuchsen mir zugleich neue Kräfte.

Gabriele Hahn-Laue Schönheitsstudio "Beaute"

Eigentlich wollte ich mich nur vergewissern, als ich Akelei e.V. aufsuchte, ob ich tatsächlich gut gerüstet bin für meinen Weg in die Selbständigkeit. Gewissenhaft hatte ich mich darauf vorbereitet. Doch durch den guten Rat des Vereins Akelei, an den ich mich noch viele Male wandte, sah ich mich ständig in der Pflicht, noch mancherlei zu klären. Ich hatte immer wieder an meinem Betriebskonzept zu feilen und erhielt wertvolle Hinweise bei der Erarbeitung eines Rentabilitätsplanes.

Iris Hahn

Handelsvertretung Bau - Planung, Bauausführung, Finanzierung

Wenn es mir im Frühjahr vergangenen Jahres gelungen ist, eine eigene Existenz aufzubauen, dann hat daran Akelei e.V. einen gewichtigen Anteil. So erwies sich

"GELD & ROSEN"

PROJEKTE

eine der Beraterinnen als unermüdlich. mit mir aus der Vielzahl der Varianten beruflicher Perspektiven die günstigste, die meinen Kenntnissen, Fähigkeiten und Neigungen entspricht, herauszufinden. Mit Verantwortung und Einfühlungsvermögen widmete sie sich später der Lösung manchen Problems, das mir den Weg in die Selbständigkeit erschwerte. Nicht missen möchte ich den guten fachlichen Kontakt zum Berufsverband, den mir jene Beraterin vermittelte. Er trägt wesentlich dazu bei, meine Bauleistungen, die ich in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern anbiete, ständig weiter auszubauen.

Dr. Karin Koven, Planungsbüro GmbH Wie fruchtbringend vielseitige Kontakte sind, erleben wir nahezu täglich. Auch meine Wege zu Akelei e.V. erwiesen sich als recht ergebnisreich. Denn unser vierköpfiges Team erfuhr so u. a. von der Möglichkeit, staatliche Finanzierungsprogramme bzw. EG-Zuschüsse zur Förderung von Existenzgründung in Anspruch zu nehmen. Ein vortrefflicher Rat, den wir nutzten. So war es uns möglich, moderne Arbeitsmittel zu kaufen, die unverzichtbar für gute Qualität unserer Leistungen ist.

Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



Brigitte Siegel Geld &Rosen, Unternehmensberatung für Frauen

EN LADEN SCHMEIßEN
FRAUEN MACHEN SICH SELBSTÄNDIG

Etwas über mich und meine Arbeit sollte ich sicher meinem Artikel noch vorausschicken, damit die mehr oder weniger geneigte Leserin, schon hier entscheiden kann ob sie weiter lesen möchte. Ich arbeite als Projekt- und Unternehmensberaterin, selbständig, in unserem eigenen Büro, von dem ich mit Marie Sichtermann zusammen Inhaberin bin. Wir arbeiten bundesweit aber überwiegend in Westdeutschland. Werbung nach Ostdeutschland haben wir kaum versandt, die Aufträge die sich dort ergeben haben, sind über persöhnliche Konntake zustande gekommen, genau so haben wir uns das gewünscht. Wir verstehen uns als ein Projekt der autonomen feministischen Frauenbewegung, das besondere ist sicher, daß wir ohne Zuschüsse des Staates, am freien Mark bestehen, Sicher, auch wir sind abhängig, aber nur von Frauen, das haben wir gewollt.

So, und nun mein Erfahrungsbericht, der einer Westfrau, denken kann ja jede Frau selbst. Ich werde jetzt einfach in der Hoffnung erzählen, daß sich in meinem Artikel verwertbares für Euch finden läßt.

Die Gründerinnen

Die meisten Frauen die in unser Büro zur Beratung kommen, oder zu einem unserer Existenzgründungsseminare, mit dem Wunsch, sich selbständig zu machen und einer wirklich guten Idee, sind Frauen die aus ihrem Beruf aussteigen wollen oder bereits ausgestiegen sind. So finden sich in unserer Beratungsarbeit:

die Kanzleramtsangestellte, die Tierheilpraktikerin wird, die Arbeitsamtsberaterin, die einen Buchladen eröffnet, die Ingenieurin, die eine Praxis zur Lebensberatung gründet, die Tischlerin nach der dritten ABM-Runde, die nun doch den Meisterinnentitel erworben hat und eine Tischlerei aufmacht, die Finanzbeamtin, die sich einen Pizzawagen kauft und die Pädagogin, die eine Bauchtanzschule gründet.

Mit anderen Worten, Frauen die über berufliche Erfahrung verfügen und etwas eigenes Geld haben, sind aus unserer Erfahrung heraus erfolgreiche Gründerinnen.

Als eine weitere Gruppe erfolgreicher Gründerinnen sind die *Unangepaßten* zu nennen. Sie haben sich schon immer gegen feste Strukturen und die sogenannte soziale Sicherheit zur Wehr gesetzt. Die sogenannte "feste Stelle" gibt ihnen nicht das Gefühl von Sicherheit, sondern von Stagnation.

Hier finden sich Künstlerinnen und Kunsthandwerkerinnen aller Art, Malerinnen, Klangkörperbauerinnen, Schmuckherstellerinnen, Trommelbauerinnen, Töpferinnen u.s.w., gemeinsam ist ihnen, daß sie sich in der Regel nur mühevoll ihr Geld verdienen, sich aber ihre Freiheit erhalten wollen. Das werte ich auch als einen Gründungserfolg, weil zu einer derartigen Lebensentscheidung viel Mut gehört. Die Frauenprojektgründerinnen in Westdeutschland gehören auch zu dieser Gruppe Frauen. Sie gründen Frauenferienhäuser, Frauenberatungsstellen,

PROJEKTE

"GELD & ROSEN"

Reiterinnenschulen, Bäckereien, Kulturzentren u.ä.

Diese Gründungen sind fast alle so angelegt, daß frau sich relativ schnell wieder einer anderen Tätigkeit zuwenden könnte. Sie entsprechen den Wechselfällen weiblicher Biographien.

Von den Aussteigerinnen und ihren Gründungen müßten wir das Gegenteil berichten. Die Gründungen sind mehr neue Lebensentwürfe und schon auf eine längere Zeit geplant.

Es gibt noch eine weitere Gruppe von Gründerinnen, das sind Ehefrauen von relativ gut verdienenden und netten Ehemännern. Für sie spielt nicht der Gewinn, den ihr Laden abwerfen muß eine Rolle, sondern nur die Kostendeckung. Ihre Motivation für die Gründung ist, weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, um nicht durch Kinder und Ehe ganz rausgedrängt zu werden. Sie gründen Second-Hand-Läden, Geschenkläden, private Schreibdienste, kleine Modeläden, Fußpflegedienste u.ä., Volkswirtschaftlich möchte ich auf diese Läden nicht verzichten, machen sie doch das "Bunte" hier im Westen aus, politisch kann frau sicher darüber streiten. Diese Geschäfte sind oft von mehreren Frauen gegründet, womit die Wirtschaftlichkeit noch unwahrscheinlicher wird, aber Teilzeitarbeit möglich ist und die Versorgung von Kindern sich organisieren läßt. Die Kinder sind bekanntlich eines Tages groß und dann zeigt sich tatsächlich, daß diese Frauen leichter eine Stelle finden, bzw. ihre Läden so ausweiten oder verändern, daß sie zu einer

Lebensgrundlage werden.
Als weitere wären die selbständigen
Frauen zu nennen, die es schon immer
gab, der Vollständigkeit wegen will ich
sie auch hier aufzählen, es sind die Ärztin, die Heilpraktikerin, die Anwältin,

die Steuerberaterin u.a.m.. Neu ist hier nur die Tendenz, daß sich immer mehr dieser Freiberuflerinnen in Gemeinschaftspraxen zusammentun.

schaftspraxen zusammentun.

Nun zur letzten Gruppe von Gründerinnen, wobei es mir bewußt ist, wie schwer es ist, den Versuch zu machen, einen Überblick über die Motivationen zu geben, die zur Gründung selbständiger Existenzen von Frauen führen.

Das sind die Frauen die einen Weg aus der Erwerbslosigkeit suchen. Diese Motivation ist zwar verständlich und berechtigt, aber sie ist nicht gut, um sich damit selbständig zu machen.

Wenn noch hinzukommt, daß die Frau kaum Berufserfahrung hat und auch kein Geld, ist die Gründung in der Regel zum Scheitern verurteilt. Ich finde, das Arbeitsamt oder das Sozialamt sind mit ihren Zahlungen berechenbarer als die neue Selbständigkeit einer Frau, die zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht selbst stehen kann.

Diese Frauen gründen oft; Änderungsschneidereien, Cafés, Kneipen, Serviceprojekte u.ä..

Gemeinsam ist allen Gründerinnen, daß sie überwiegend im Sozialen- und im Dienstleistungsbereich gründen. So sehr ich das manchmal aus gesell-

schaftspolitischen Gründen bedauere, finde ich es wiederum logisch und richtig. Das sind nun mal Bereiche in denen Frauen mehr können und besser sind als Männer und es ist Arbeit mit Menschen, die Frauen im Durchschnitt wohl doch bevorzugen. Ich glaube, daß diese Feststellung für Gesamtdeutschland stimmt.

Lose Gedanken

Das Thema Existezgründung von Frauen ist zur Zeit in aller Munde. Kann es sein, daß so viel Wirbel gemacht wird, weil die qualifizierten Arbeitsplätze kaum für die Männer reichen? Ist zu einem Modethema geworden, was eigentlich eine lange Tradition in der Geschichte von Frauen hat? Die Marktfrau, die Hebamme und Tante Emma an der Ecke kennen wir doch alle, oder? Ich möchte hier mal einen anderen Gedanken verfolgen. Die heutigen Gründerinnen sind Newcomerinnen, in ihrem Lebensplan war es nicht vorgesehen sich selbständig zu machen. Damit bilden sie einen neuen Markt. dem man etwas verkaufen kann. Von Fortbildung über Auto bis zur Büroeinrichtung, frauengerecht gezimmert. Natürlich darf die Lebensversicherung eines Großkonzerns, mit Wirkung gegen die "weibliche Armut", verkauft von einer Frau, nicht fehlen. Mit Messen und Kongressen wird dieser neue Markt "Frau" ausgeschnüffelt, ich erinnere hier nur an die TOP 93 in Düsseldorf. Die Gründerin wird zur Martsegment: mit der Lebenswirklichkeit von Frauen hat das alles nichts mehr zu tun. Längst haben Frauen gemerkt, daß Qualifikation,



PROJEKTE



Wissen und Können nicht ausreicht, um im Arbeitsleben zwischen den Männern wirklich aufgenommen und anerkannt zu werden, selbstverständlich wird von ihnen überall Anpassung an Normen erwartet, die sie nicht gesetzt haben. Gerade selbstbewußte Frauen halten diese Situation oft nicht aus. Sie sind es leid. im Betrieb oder der Behörde der Uni oder wo auch immer die Emanzen vom Dienst zu sein und schlimmer als die sich wiederholenden albernen Späße der Männer wiegt die fehlende Solidarität und die Ignoranz anderer Frauen. Die Selbständigkeit ist da ein Ausweg, u.a. weil wir dann unsere Arbeit selbst bestimmen können und andere Strukturen für die Zusammenarbeit entwickeln können.

Nirgendwo in unserem Subventionsrecht wird die besondere Lage der Frau
berücksichtigt. Frauenförderung ist ein
Lippenbekenntnis. Das einzige mir bekannte Existenzförderprogramm für
Frauen gibt es in Niedersachsen, nur
daß der Topf so klein ist, daß die Anträge dauernd höher sind als das Programm Möglichkeiten bietet.
Die größte Schwierigkeit für Frauen,

sich selbständig zu machen, erscheint mir aber, daß frau keine Frau im Haus hat. Für Frauen ist die Familie in der Regel kein Netz, das die Schwierigkeiten des Alltags auffängt, sondern die Frau ist das Netz der Familie und hier insbesondere für selbständige Männer.

Sie macht die Buchführung, wäscht die Wäsche, bereitet den Urlaub vor, erledigt Botengänge, springt bei Krankheit ein, hält die Kinder im entscheidenden Augenblick ruhig.

Für Selbständige männlichen Geschlechts ist die unbezahlte Mitarbeit und die Reproduktionsarbeit, die sie gerne entgegennehmen, eine Selbstverständlichkeit und nicht zuletzt ein Faktor in ihrer Rentabilitätsrechnung. Ich kenne keinen Mann, der das gleiche für seine Frau tut. Und wenn eine Frau mit einer Frau zusammenlebt, habe ich es auch noch nie erlebt, daß solche Dienstleistungen füreinander erbracht werden.

Beobachtungen

Ich glaube, daß für die Frauen in Ostdeutschland die Zeit vorbei ist, in der sie
noch daran glauben, daß ihre ABM-Stelle, weil mit ihr eine sinnvolle Arbeit in
der Gesellschaft geleistet wird, zu einer
festen Stelle wird. Die Verladerampe mit
den Umschulungen und dem Nachholen von Berufsabschlüssen für Ausbildung die schon lange abgeschlossen
sind, wird so hoffe ich, auch endlich
durchschaut.

Das langsame Schließen von sozialen Einrichtungen aller Art bringt auch die Frauen in Ostdeutschland im gleichen Prozentsatz wie in Westdeutschland an den Herd zurück.

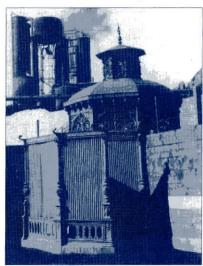
Nur, daß ihre privaten Umstände schwieriger sind, mehr alleinerziehende Frauen, mehr Kinder pro Frau, und schon einmal im Leben wirtschaftlich unabhängig, eine Erfahrung die sich nicht löschen läßt und die besonders an der Psyche nagt, wenn frau in die Abhängigkeit gerät.

In vielen Gesprächen ist mir immer wieder bestätigt worden, daß die Frauen in Ostdeutschland nicht von ihren beruflichen Wünschen träumen, sie somit auch nicht zu Zielen machen, die es zuerreichen gilt. Ich bin nicht blind und kann die Schwierigkeiten des Alltags sehen, die Frauen keine Zeit zum Nachdenken oder Träumen lassen.

Aber verhindert dieses Reagieren auf die Dinge nicht, daß frau sich davon abhält, eigenes zu entwickeln, wäre es nicht gut,

diesen Teufelskreis zu durchbrechen? Um sich selbständig zu machen, braucht frau jedenfalls keine Abschlüsse nachzumachen für Ausbildungen die Jahre zurückliegen. Frau braucht Berufserfahrung und einige spezielle Kenntnisse, wie in Buchführung oder im Steuerrecht. Ein wenig eigenes Geld zur Gründung ist auch nicht schlecht. Das wichtigste ist sicher der brennende Wunsch nach Unabhängigkeit und der Verwirklichung eigener Wünsche im Bezug auf berufliche Tätigkeit und Erfolg. Natürlich sollte auch die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens überprüft werden. das scheint mir ein ungeübtes Denken bei den Frauen in Ostdeutschland zu sein. Es ist aber gar nicht so schwierig, zwischen persönlichen Wünschen an sinnvolle Arbeit und der Tatsache, daß frau leben muß, Lösungen zu finden, die sich dann auch rechnen lassen.

Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



WAHLEN '94

Utopien

Es ist durchaus möglich, daß wir uns als Frauen unsere Unternehmensziele anders setzen als sie gesellschaftlich vorgegeben sind. Sicher muß uns unser Unternehmen ernähren, aber wir müssen keine Karrieren machen, so wie sie sich Männer zum Ziel setzen. Ebensowenig müssen wir Magengeschwüre und Herzanfälle bekommen, und es ist auch nicht notwendig, Unternehmerin bis ans Ende unserer Tage zu sein.

Enden möchte ich diesen Beitrag mit einigen Zeilen aus einem Lied, das zu den Streiks der amerikanische Textilarbeiterinnen um die Jahrhundertwende gesungen wurde:

Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein beßrer Tag.

Die Frauen, die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.

Zu Ende sei, daß kleine Leute schuften für die Großen.

Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen! Brot und Rosen!

Ruhrgebiet 1929 Galerie Berginson, Berlin



M GESPRÄCH MIT CHRISTINA SCHENK, MDB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weibblick: Christina, drei Jahre Bundestagsarbeit liegen hinter Dir. Mit welchen Vorstellungen hast Du Dein Amt angetreten, welche Erfahrungen hast Du gemacht und welche Ergebnisse sind für Dich die bedeutendsten?

Schenk: Durch die Arbeit im Bundestag können feministische Ansätze einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden, somit aufklärerisch wirken und oft auch dazu beitragen, daß die hinter konservativer Politik stehenden Denkmuster deutlich werden. Nicht unwichtig ist auch, daß damit im Bundestag selbst ein Gegengewicht zu ultrakonservativen Auffassungen hergestellt wird und auf diese Weise der Schwerpunkt der Debatte in eine liberalere Richtung verschoben wird. Einen ganz besonderen Stellenwert hatte die offensive Vertretung der Interessen derjenigen ostdeutschen Frauen, die sich nicht ins Heim und an den Herd verbannen lassen wollen. Ich rechne es zu den Erfolgen meiner Arbeit im Bundestag, daß man über die ostdeutschen Frauen jetzt, nach drei Jahren, anders spricht als am Anfang der Legislaturperiode. Das Bild von den "armen Ostfrauen, die nun glücklich und zufrieden darüber sind, daß sie nicht mehr berufstätig sein müssen und nun endlich zuhause bleiben dürfen", haben einige mit mir zusammen zu demontieren versucht. Ich denke das ist gelungen. Das war in ähnlicher Weise auch bei der 218-Debatte der Fall. Am Anfang wollten die Konservativen die mit der DDR-Fristenregelung gesammelten Erfahrungen einfach ignorieren. Da wurde z.B. gesagt, wir kämen ja aus einem totalitären Regime und müßten erst einmal lernen, was Ethik und Moral seien. In der DDR hätte es eine "Abtreibungsmentalität" gegeben und was da noch so von westdeutschen. aber auch von einigen ostdeutschen Politikern und Politikerinnen an unglaublichem Unsinn behauptet wurde. Bei der Schlußdebatte, bei der der sog, Kompromißentwurf zum Schwangerschaftsabbruch verabschiedet wurde, äußerte immerhin eine Politikerin der FDP anerkennend, daß Ostfrauen mit dem Recht, zumindest in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten über Austragung oder Abbruch frei zu entscheiden, sehr wohl verantwortungsbewußt umgegangen sind und auch selbstbewußt genug seien, so daß eine Pflichtberatung als "Schutz gegen den Druck von Männern" in Ostdeutschland wohl wenig Verständnis finden würde.

Weibblick: Inwieweit fragen Euch andere Abgeordnete nach Zusammenhängen oder Gegebenheiten, die in der DDR Realität waren?

Schenk: Offiziell natürlich niemand. Die Abgrenzung der Fraktionen untereinander ist sehr stark und man meint, es nicht zugeben zu können, daß Abgeordnete der Opposition in manchen Bereichen die größere Sachkenntnis haben. Im privaten Gespräch hingegen bin ich schon mit anderen Abgeordneten über verschiedene Themen ins Gespräch gekommen, so z.B. über die Situation von Frauen oder über die von Lesben und Schwulen in der DDR.

Weibblick: Sind Westfrauen neugierig,

Zusammenhänge der ehemaligen DDR vermittelt zu bekommen?

Schenk: Das würde ich für viele bejahen. Ich habe sehr viele Einladungen aus dem Westen bekommen, um dort über Fragen zu sprechen, die die DDR-Realität betrafen. In der Regel waren diese Veranstaltungen gut besucht, so daß der Begriff "Multiplikatorin" schon einen Sinn bekam. Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch viel Ignoranz und das Bemühen, das eigene festgefügte Bild von der DDR durch nichts in der Welt erschüttern zu lassen.

Weibblick: Du bezeichnest Dich als eine Einzelkämpferin. So absurd sind Deine Forderungen nicht. Welche Gründe liegen in der Bundestagsgruppe vor, daß ihr gegenseitig euren Gedanken nicht folgen könnt?

Schenk: Beim Bündnis 90 ist die sog. Frauenfrage nicht als Problem begriffen worden. Bemerkenswerterweise nichteinmal als das Grundproblem der Demokratie, das sie ja ist. Die Bündnisverhandlungen zur Aufstellung einer gemeinsamen Liste zur Bundestagswahl '90 waren in dieser Hinsicht regelrecht traumatisch. Uns sind damals massive Frauenfeindlichkeiten aus den Reihen der "Bürgerbewegungen" begegnet. Die dahinterstehende Geisteshaltung wirkte sich natürlich auch auf das Klima in der Bundestagsgruppe aus.

Weibblick: Ich habe eine Menge Frauen getroffen, die z.B. noch vor zwei Jahren nichts mit der Quotierung am Hut hatten. Jetzt, nach den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, treten sie öffentlich dafür ein.

Schenk: Das kann ich bestätigen. Bei

den Bündnis 90-Frauen hat ein unglaublicher Prozeß stattgefunden. Die Männer hingegen scheinen noch immer nicht so recht zu begreifen, worum es in dieser Frage geht. Der UFV hat deshalb ja auch eher Kontakte zu den Grünen gehabt als zur Partei Bündnis 90, die nach meinem Eindruck eher eine bürgerlich-liberale Ausrichtung hat. Weihhlick: Du willst wieder hei Bündni

gerlich-liberale Ausrichtung hat. Weibblick: Du willst wieder bei Bündnis 90/Die Grünen mit dem Votum des Unabhängigen Frauenverbandes kandidieren. Dürfte dies bei den beschriebenen Diskrepanzen zumal ohne Parteibuch. nicht etwas schwierig werden? Schenk: Die Diskrepanzen bestehen nicht, das muß ich noch einmal ganz deutlich sagen, mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Im Gegenteil: Meine Arbeit im Bundestag war bisher in vielen Punkten eine direkte Fortsetzung grüner Politik. Probleme gab es eher mit dem konservativeren Teil des ehemaligen Bündnis 90. Der UFV steht zum einen für einen feministischen Politikansatz und zum anderen für die emanzipatorischen Interessen der Frauen in Ostdeutschland. Beide Aspekte sind von der Bündnis 90-Seite nicht besetzt - insofern gehe ich davon aus, daß reale Chancen bestehen.

nicht für einzelne UFV-Frauen der Eintritt in die Partei, zumal wenn sie Mandatsträgerinnen sind oder werden, inzwischen überlegenswert geworden ist. Es haben im Ostteil der Partei ja immerhin auch begrüßenswerte Entwicklungsprozesse stattgefunden, so daß ich für mich die Möglichkeit eines Eintritts in diese Partei inzwischen nicht mehr so strikt verneinen würde. Der Grund. nicht sofort in diese Partei zu gehen, war die Frage, inwieweit die Vereinigung zwischen Bündnis 90 und den GRÜNEN zu einer verstärkten Erosion grüner "essentials", die für mich wichtig sind, führt. Ich wollte erst sehen, welchen Weg die neu entstehende Gesamtpartei

Natürlich ist die Frage berechtigt, ob

nehmen würde. Das hat sich ja jetzt weitgehend geklärt.

Weibblick: Empfindest Du den UFV nicht manchmal als eine Schlinge? Der politische Zusammenhang existiert nicht, könnte es eine nostalgische Erinnerung sein, die Dich noch moralisch in den Bann zieht?

Schenk: Ich wäre ohne den UFV nicht das geworden, was ich heute bin. Der Verband ist sicher auch so etwas wie eine alte Heimat, an der man vielleicht auch mit einem nostalgischem Gefühl hängt. Leider gibt es keine oder nur wenige stabile inhaltlich arbeitende Zusammenhänge. Daran ist erst wieder zu denken, wenn mehr Frauen kommen und sich auch wirklich einbringen. Mir fehlt der inhaltliche Diskussionsprozeß im Hintergrund sehr, auch als Unterstützung für meine Arbeit im Bundestag. So etwas wie ein feministiches Schattenkabinett wäre schön! Ich überlege mir jetzt, wie die Zusammenarbeit mit den themenbezogenen Arbeitsgruppen von Bündnis 90/Die Grünen intensiviert werden kann. Da gibt es noch ungenutzte Möglichkeiten.

Weibblick: Mit welchem Schiff willst Du in den Wahlkampf stechen?
Schenk: In erster Linie mit Arbeitsmarktpolitik. Ich will mich massiv in die Debatte um Arbeitszeit, Arbeitsförderung,
um den 1./2./3. Arbeitsmarkt einmischen
und habe dies teilweise schon getan. Der
zweite Punkt ist das noch immer nicht
garantierte Recht auf sexuelle Selbstbestimmung von Frauen. Hier gibt es zwischen 218 und Vergewaltigung in der Ehe
noch viel zu tun. Als dritten Punkt möchte ich die "Lebensformenpolitik" nennen
– das betrifft die Vertretung der Interessen von Lesben und Schwulen.

Weibblick: Du hast Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin in die engere

WAHLEN

GRÜNDERINNENZENTRUM

Wahl für Dich gezogen. Gibt es inzwischen ein genaueres Angebot? Schenk: Nein. Da ist zur Zeit noch nichts endgültig klar.

Weibblick: Verstehst Du Opposition als Abwehr?

Schenk: Opposition hat für mich zwei Aufgaben – zum einen die Kritik der Regierungspolitik und zum anderen das Aufzeigen von Alternativen. Um in der Opposition ernstgenommen zu werden, müssen sauber durchgerechnete, bei entsprechendem politischen Willen auch tatsächlich realisierbare Vorschläge gemacht werden. Allerdings sollte man dabei die innovativen Impulse nicht mit dem Gedanken an die derzeitige Mehrheitsfähigkeit, in einer Art Selbstzensur, kaputtmachen. Ich denke, daß ich bisher in diesem Sinne Politik gemacht habe.

Weibblick: Ich wünsche Dir weiterhin viel Erfolg!

Monika Damm

Politologin, Öffentlichkeitsreferentin

EIBERWIRTSCHAFT
LÄUTET BAUPHASE 1 EIN

Die Sanierungspläne sind abgestimmt, erste Bauaufträge vergeben und manche Unternehmerin hat sich schon ihr Domizil im Gewerbezentrum ausgesucht. In der Anklamer Straße in Berlin-Mitte, drei U-Bahnstationen vom Alexanderplatz entfernt, entsteht das größte Gründerinnen-Zentrum der Bundesrepublik. Auf einer Nutzfläche von 5500 qm werden sich etwa 50 Frauenbetriebe und

projekte und vor allem Existenzgründerinnen ansiedeln. Die Frauengenossenschaft WeiberWirtschaft hat das Gelände des ehemaligen VEB Berlin Kosmetik von der Treuhandanstalt erworben. Die Klärung des Alteigentums war letzte Hürde für das 27 Millionen Mark - Projekt. Schon Anfang des Jahres ließen die WirtschaftsWeiber die Sektkorken knallen. Sie hatten die DSL Bank (Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank) vom guten Konzept überzeugen können und den notwendigen Kredit gesichert. Neben Eigenkapital und Bankkredit beteiligt sich der Berliner Senat mit Fördermitteln an der Finanzierung. Daß es sich bei der WeiberWirtschaft um eine ernstzunehmende Investorin handelt, das mußte zunächst das zuständige Verkaufsteam der Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt lernen. Die Genossenschaft unternahm ingesamt drei Anläufe bei Ausschreibungen der Treuhand. Vielfältige Lobbyarbeit in Politik und Verwaltung war

Zuschlag erteilt wurde. Jetzt konnten die ersten Bauarbeiten beginnen. Der Altbaukomplex wird abschnittsweise saniert. Außerdem wird ein Neubau mit Wohnungen und Läden realisiert. Mitte '94 soll der erste Bauabschnitt bezugsfertig sein. Im Vorderhaus lassen sich in der Hauptsache Unternehmen aus den Bereichen Dienstleistung und Handel nieder. Bis 1995 sollen die Bauarbeiten insgesamt abgeschlossen sein. Dann wird die Palette durch Angebote aus dem Handwerk, produzierendem Gewerbe, aber auch aus Kultur und Gastronomie abgerundet sein.

notwendig, damit beim dritten Mal der

Rund 100 Anmeldungen für Gewerberäume liegen vor. Vom Architektinnenbüro über eine Fitnessetage bis zur Druckerei. Noch kann jede Frau mitmischen, die eine pfiffige Geschäftsidee hat. Vorausgesetzt Konzept und Finanzen stimmen. Derzeit werden die Konzepte geprüft, die für das Vorderhaus vorliegen. Erste Zusagen sind gemacht. Dort werden u.a. eine Steuerberaterin, mehrere Journalistinnen und zwei Versicherungsmaklerinnen einziehen. Die angesiedelten Unternehmen können von folgenden Angeboten im Gründerinnen-Zentrum profitieren:

- umfassende Beratungs- und Weiterbildungsangebote
- Kinderbetreuung
- gemeinsame Werbung
- ein langfristig gesicherter Standort
 Die Mietverträge werden langfristig abgeschlossen. "25 Mark Miete pro Quadratmeter plus Heizung müssen wir nehmen, um wirtschaftlich arbeiten zu



SPONSORING



Vor dem Start, 1930 Galerie Berginson, Berlin

können," sagt Vorstandsfrau Ute Schlegelmilch.

Jede Frau kann Mitglied der Genossenschaft und damit Miteigentümerin des Gewerbezentrums werden. Fast 700 sind's derzeit. Sie tragen zum wichtigen Eigenkapital der Genosseschaft bei. Alle Gesellschaftsbereiche sind bei den Genossenschaftlerinnen vertreten. Von der Studentin bis zur Rentnerin, von der Angestellten bis zur Freiberuflerin. Ab 200 Mark (ein Anteil) sind Sie dabei. "Viel mehr müssen wir werden, damit wir finanziellen Spielraum bekommen," sagt Ute Schlegelmilch. Besonders, weil an der Finanzierung des Neubaus, der im dritten Bauabschnitt fertiggestellt werden soll, noch gearbeitet wird.

Wer sich bei der WeiberWirtschaft beteiligen möchte, Männer und Organisationen sind auch als Darlehensgeber gefragt, oder Gewerberäume sucht, meldet sich im Büro der WeiberWirtschaft. Kontakt:

Anklamer Straße 38, 10115 Berlin, Tel. 282 2061 oder 282 1052. Rita Hinzmann
Sponsoringberaterin
PONSORING ALS LÖSUNG
FÜR FINANZLÜCKEN?

Der Begriff Sponsoring ist zwar in aller Munde, dennoch wissen viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projekten und Vereinen nicht, daß Sponsoring nicht gleichzusetzen ist mit Spenden. Sponsoring bedeutet die Bereitstellung von Geld, Sachmitteln oder Dienstleistungen durch Unternehmen zur Förderung von Personen, Projekten, Vereinen und Organisationen im sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich, um damit gleichzeitig Ziele der eigenen Unternehmenskommunikation zu erreichen. Festzuhalten ist, daß nicht grundsätzlich für jeden Verein jede Selbsthilfegruppe Sponsoren zu gewinnen sind. Oft ist keine geeignete Zielgruppe vorhanden, weil die Selbsthilfegruppe zuviele Tabuthemen berührt. Das zu erkennen ist wichtig. In solchen Fällen eignet sich das aus den USA bekannte Fundraising sehr viel besser, um die laufende Arbeit zu finanzieren. In den vergangenen Jahren wurden rund 50 bis 100 Mio. DM für Sozio- und Umweltsponsoring pro Jahr ausgegeben. Im Vergleich dazu waren es 1,5 Milliarden für Sportsponsoring. Eindeutig erkennbar ist die bisherige Bedeutung des Sozio-Sponsorings. Der relativ geringe Betrag teilt sich auch noch zwischen Umwelt und Soziosponsoring auf. D.h. konkret, daß für den Bereich Soziales noch immer eine sehr ge-

ringe Bereitschaft der Unternehmen zum Sponsoring vorhanden ist. Die Zahl derer, die zukünftig auf Sponsorenleistungen angewiesen sein wird, wächst ständig. Somit wird das Finden eines oder mehrerer geeigneter Sponsoren immer schwieriger. Insbesondere deshalb, weil es den Verantwortlichen in den Unternehmen derzeit des öfteren noch schwer vermittelbar ist, daß wir in "offenen Systemen" leben. Untersuchungen haben gezeigt, daß Werbung heute keine Garantie auf Erfolg mehr hat. Ich möchte hier Herrn Rüdiger Szallies zitieren, der seit mehr als 20 Jahren Marktforschung auf diesem Gebiet durchführt. Herr Szallies zeigt auf, daß Werbebotschaften immer weniger die Konsumenten erreichen. Die Vielzahl der Werbeangebote überfordert sie. Diese Erkenntnis führt dazu, daß - nach Expertenmeinung - das Sponsoring in Zukunft einen breiteren Raum in der Werbung einnehmen wird. Ganz nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber!

Daß dies durchaus überdurchschnittlich werbewirksam sein kann, hat die Sponsorenleistung an die Berliner Aids-Hilfe gezeigt. Doch ein solch positives Beispiel ist nicht ausreichend, um die Werbeleiter in Unternehmen vom Sinn und Zweck des Sozio-Sponsorings zu überzeugen. Grundsätzlich müssen sich die Selbsthilfegruppen auf die Suche nach der geeigneten Zielgruppe machen. Nicht jeder kommt als potentieller Sponsor in Frage. Der erste Schritt zum Sponsoring aus der Sicht der Gesponserten muß deshalb eine Antwort auf die Frage geben: Wen können wir als Sponsor akzeptieren? Erst wenn diese Frage wirklich beantwortet ist, können die weiteren

Schritte folgen.

SPONSORING/SERVICE

Aus meiner Erfahrung heraus weiß ich, daß sich Projekte, insbesondere Selbsthilfegruppen, oft sehr schwer damit tun, eine innere Bereitschaft zum Sponsoring aufzubringen.

Solange diese Klärung innerhalb der Gruppe nicht derart erfolgt ist, daß die Mehrheit hinter dieser Art der Geldbeschaffung steht, wird Sponsoring kein wirkliches Thema sein. Beim Sponsoring kommt es darauf an, möglichst früh eigene Erwartungen an SponsorInnen zu klären. Das Projekt legt fest, welche Gegenleistungen es zu geben bereit ist und geht damit auf SponsorInnensuche. Die beiderseitigen Erwartungen müssen in übrigen in einer schriftlichen Sponsorenvereinbarung - ähnlich einem Vertrag - festgelegt werden. Gegenleistungen des Projektes können sein:

- Namensnennung in schriftlicher Form;
- mündlicher Hinweise auf die Förderung in Interviews oder Reden;
- Verwenden eines Produnkts des Sponsors;
- Duldung der Erwähnung der Förderung in der Eigenwerbung des Sponsors.

In den meisten Fällen geht es beim Sozio-Sponsoring um das "Mäzenatische Sponsoring". Das Unternehmen spricht also in der Öffentlichkeit intensiv über seine Förderung. So wie dies bei dem Sponsoring zwischen PSI und der Aids-Hilfe gehandhabt wurde. Für die Selbsthilfegruppen heißt das, daß sie sich in diesen Fällen selbst wenig Gedanken um die Gegenleistungen machen müssen. Umso mehr muß darüber nachgedacht werden, wessen Image man als Selbsthilfegruppe so akzeptiert, daß man ihm erlauben könnte, das eigene Projekt für den Imagetransfer zu nutzen. Durch diese Fragestellung ergeben sich automatisch Einschränkungen und damit kristallisieren sich nach und nach Zielgruppen heraus. Ist die Zielgruppe gefunden, beginnt der Planungsprozeß für die Vorgehensweise.

Es muß grundsätzlich derselbe Mitarbeiter oder dieselbe Mitarbeiterin für die Kontaktaufnahme zu potentiellen Sponsoren bzw. als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Es geht nicht, daß heute mal der und morgen mal die sich darum bemühen. Voraussetzung ist gut recherchiertes Adreßmaterial von Firmen, die Ansprechpartner in den Unternehmen sind zu ermitteln. Briefe auf Verdacht hin loszusenden, ist sinnlos. Es muß genügend Geld für Telefon- und Postgebühren zur Verfügung stehen. Denn grundsätzlich sind Investitionen zu tätigen, ehe sich Erfolge zeigen.

Die Selbsthilfe- oder Projektgruppe muß über qualitativ gutes und aussagefähiges Informations- bzw. Präsentationsmaterial verfügen. Bei Bedarf muß eine Person für Präsentationen zur Verfügung stehen. Diese gilt es natürlich vorher gründlich einzuüben.

Alles in allem ist eine gewisse Professionalität in der Art der Darstellung unbedingt erforderlich, da sich kein Unternehmen mit einem Projekt in der Öffentlichkeit zeigt, das sich selbst nicht gut darstellen kann. Wer dies nicht selbst leisten kann, sollte sich Beratung von Profis holen. Das ist natürlich wieder eine Kostenfrage. Daß es jedoch ohne finanzielle Vorleistungen ginge, ist wirklich eine Illusion.

An dieser Stelle möchte ich nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß Sponsoring ein Geschäft ist und keine simple Goodwill-Aktion von Geldgebern. Im Umweltbereich hat Greenpeace gezeigt, daß bei entsprechender Professionalität der Erfolg gewährleistet ist. Kleinere Selbsthilfegruppen sollten nach Möglichkeit sich auch an kleinere und mittlere Firmen wenden, die in der eigenen Umgebung angesiedelt sind. Neben dem Sponsoring sollte das Fundraising als Finanzierungsquelle erschlossen werden. Fundraising ist nichts anderes, als das Einsammeln von Spendengeldern.

In Direkt-Mailing-Aktionen, d.h. mit Hilfe von Spendenbriefen, lassen sich respektable Summen zusammentragen. Auch hier gilt: Gute Vorbereitung und eine gute Selbstdarstellung sind für den Erfolg wichtig. Fundraising macht natürlich nur dann einen Sinn, wenn die Selbsthilfegruppe aus einem eingetragenen Verein besteht, der außerdem die Gemeinnützigkeit erlangt hat und damit Spendenquittungen ausstellen kann.

zusammengestellt von Annette Maennel Journalistin ETZWERKE FÜR FRAUEN

aus: Ulla Dick "Netzwerke und Berufsverbände für Frauen - Ein Handbuch", 1992 Rowohlt

ergo e.V.- Information * Training * Karriereplanung für Frauen

- * Unterstützung für Frauen, die berufliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen anstreben
- * Erfahrungsaustausch für und mit Frauen
- * Hilfe bei Wiedereingliederung in den Beruf

SEMINARANGEBOTE: Rhetorik; Lebens-und

NETZWERKE/SERVICE

Berufsplanung; Führung und Kooperation; Moderne Umgangsformen; Activate your English

Kontakt: Bornemannstr.10, 60599 Frankfurt/Main, Tel.: 069/629669

Expertinnen-Beratungsnetz

- Beratung von berufstätigen Frauen bei Planung ihres beruflichen Weiterkommens durch Expertinnen, d.h. durch Frauen, die langjährig berufstätig waren oder sind
- Sichtbarmachen der Kompetenz ältere Frauen in der Öffentlichkeit
- ausführliche Beratung / Vermittlung eines Kontaktes

Kontakt:

Hamburg: Schule Brucknerstr.1, 22083 Hamburg, Tel.: 040/2997607; Dresden: c/o Dr. Karin Reiche, Weberplatz 5, 01217 Dresden, Tel.: 0351/ 4636423

FAU -

Frauen als Unternehmerinnen e.V.

- Verbesserung des Image der Unternehmerinnen, Selbständigen, Freiberuflichen und Künstlerinnen in der Öffentlichkeit und deren Interessenvertretung
- Sprachrohr für die sozialen Anliegen und Erwartungen der genannten Personengruppen, insbesondere auch derjenigen, die Kinder haben
- Unterstützung der beruflichen Aktivitäten von Unternehmerinnen durch Informationen und Kontakte

Kontakt:

Schwaig, Am Weinberg 10 E, Tel.: 0911/5075734 07545 Gera, c/o Carmen Held, Johannisstr. 4, Tel.: 003770/23055 97353 Wiesentheid, c/o Christiane Brode, Sägewerkstr. 5, Tel.: 09383/ 1654 79104 Freiburg, c/o Irene Sentner, Jägerhäusleweg 47, Tel.: 0761/554905

Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.

- Vernetzung von Frauen durch Gruppen, Kurse und Seminare durch Trägerschaft eines Beratungs- und Bildungsprojektes
- * Schaffung autonomer Frauenräume im sozialen und gewerblichen Bereich durch ein Frauenprojekt mit bezahlten Arbeitsplätzen, Verbreitung feministischer Inhalte und Entwicklung feministischer Inhalte in der Betrachtung von weiblichen (Berufs-)Biographien
- Beratung in beruflichen Krisen und Umbruchsituationen, bei der Suche nach beruflichen Alternativen, Bibliothek, Existenzgründungs- und Projektberatung

Kontakt: Frauenprojektehaus, Schaßstr. 4, 24103Kiel, Tel.: 0431/678830

KOFRA - Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeitssituaton e.V.

- * Beratung in Rechts- und Sozialfragen
- Hilfestellung zur Bildung von Selbsthilfegruppen
- organisatorische Unterstützung und Beratung
- * Fachbibliothek/Archiv
- * Frauenberufskartei

Kontakt: 80469 München, Baldestr. 8, Tel: 089/2010450

KOMMA - Verein für Frauen-Kommunikation e.V.

- * Vermittlung von Informationen und Kontakten
- * Bereitstellung der Logistik für die örtliche Frauenszene
- Koordinationsstelle f
 ür das Projekt "Netzwerk D
 üsseldorf/Chemnitz"
- Vernetzung qualifizierter Fachfrauen aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Pädagogik, Soziales

Kontakt: 40215 Düsseldorf, Luisenstr. 7, Tel.: 0211/383861

PÖMPS - Netzwerk für Frauen

- Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik
- Vernetzung von Fachfrauen und Frauenkompetenz
- Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen Frauen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik
- Entwicklung und Durchführung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen
- Konzeption und Durchführung von frauenrelevanten Projekten
- Initiierung und Durchführung von Frauenforschungsprojekten
- Förderung und Örganisation der Kommunikation und Zusammenarbeit der Mitglieder untereinander
- Einrichtung einer Stiftung zur Entwicklung und Sicherung der wirtschaftlichen Existenz von Frauen im Berufsleben
- * Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt: Karin Vogel, B5-Haus 37, 25719 Barlt, Tel.: 04857/267; Elke Radke/ Monika Krüger, Frauenzentrum Erfurt, Espachstr. 3, 99094 Erfurt, Tel.: 0037/6126068

Die Spinnen e.V. -Beratungs- und Bildungszentrum für Frauen zur Erwerbssituation

- * Ausbau berufsbezogener Netzwerke in Essen
- Unterstützung von Frauen bei ihrer Berufs-und Lebensplanung
- * Unterstützung von Frauen in der Durchsetzung ihres Anspruchs auf eigenständinge Existenzabsicherung
- Unterstützung von Frauen in einer durch Erwerbslosigkeit hervorgerufenen Krise

SERVICE/NETZWERKE

- Nutzung der Infokartei Infos zur Infrastruktur für Frauen in Essen
- * Frauencafe

Kontakt:: 45326 Essen, Bäuminghausstr. 46, Tel.: 0201/311071

Bonner Forum e.V.

- "Networking" der Mitglieder untereinander
- * Aufnahme in ein Mitgliederverzeichnis
- * Beratung
- Fachvorträge zu allgemein interessierenden Themen
- * Kurzseminare

Kontakt: 53179 Bonn, Oberaustr. 107, Tel.: 0228/347544

EWMD - European Women's Management Development Network

- * Förderung von Frauen im Management
- Förderung und Weiterentwicklung des Wissens und der Fähigkeiten weiblicher Führungskräfte im Hinblick auf eine Verbesserung des Managements in Europa durch
- Verbesserung der Kommunikation zwischen weiblichen Führungskräften und all denen, die sich für die Entwicklung weiblichen Führungspotentials einsetzen
- * Unterstützung von und Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Netzwerken mit ähnlichen Zielen
- Aufbau eines Forums zum Austausch von Informationen über Stand und Perspektiven der qualitativen und quantitativen Entwicklung weiblichen Führungspotentials - regional, national und international
- Mitgliederdatei, Mitteilungen über über Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen im europäischen Bereich
- * Jahreskongresse zu relevanten fraueninterssierenden Themenstellungen

Kontakt: c/o EFMD, B-1050 Brussels, 40 Rue Washington, Belgium, Tel.: 00322/6480385 c/o Firma Konzept, 70192 Stuttgart, Feuerbacher Weg 2, Tel.: 0711/251061 c/o Manage Ing, Monika Lehmann,

12307 Berlin, Brahmsstr. 11, Tel.: 030/

FIM - Vereinigung für Frauen im Management e.V.

* Beratung und Berufspflege

8251006

- * regionale und überregionale Treffen
- Informationsaustausch und Kontakte z.B. zu Führunskräften der Wirtschaft
- Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken
- * Fachvorträge, Tagungen; Lehr-und Infoveranstaltungen z.B. "Frau und Geld" Kontakt: Zentrale: c/o Claudia Ludwig, Erikastr. 47, 20251 Hamburg, Tel.: 040/842312

FF - Frankfurter Forum e.V.

- Herstellung und Vertiefung des Kontaktes berufstätiger Frauen
- Netz informeller Kontakte f\u00fcr berufliches Weiterkommen
- Förderung beruflicher Gleichberechtigung

Kontakt: c/o SSK Kommunikation, Hainer Weg 50, 60599 Frankfurt/Main

FIF - Frauen in Führung e.V.

- Förderung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
- * Förderung des nationalen und internationalen Informationsaustausches
- * Gedanken und Erfahrungsaustausch
- * Aufnahme in eine Datei
- Trainingsprogramme; Weiterbildungsveranstaltungen

Kontakt: c/o AWW, Hagenstr. 48, 14193 Berlin, Tel.: 030/8262086

Münchner Wirtschafts-Forum e.V.

- Erfahrungsaustausch von Frauen aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen
- Förderung von Frauen auf ihrem Weg in Führungspositionen
- Orientierungshilfe für junge Frauen und Wiedereinsteigerinnen für ihre berufliche Karriere
- Networking regional, national, international
- * Ressourcen-Datenbank
- * Fachdiskussionen
- induviduelle Beratung
- * Arbeitsgruppen zu Spezialthemen Kontakt: c/o Sekretariat Office-Team, Sonental 21, 83677 Greiling/Bad Tölz, Tel.: 08041/9454

Frauennetzwerke an Hochschulen

- Beseitigung von Frauendiskriminierungen an den Hochschulen
- Institutionalisierung von Frauenforschung und Frauenstudien
- Erhöhung des Frauenanteils an qualifizierten Stellen

Konatakt:

Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen NRW

c/o Hochschuldidaktisches Zentrum Universität Dortmund, Rheinlanddamm 199, 44139 Dortmund, Tel.: 0231/1388110

Initiative habilitierter Frauen NRW

c/o AK Wissenschaftlerinnen NRW, Frauenforschungsinstitut Rhein-Ruhr, Redtenbacher Str. 30, 44139Dortmund

IDEEH

Initiative erwerbsloser und erwerbstätiger Hochschulabsolventinnen, Huckardestr. 12, 44147 Dortmund

SERVICE/NETZWERKE

AK Wissenschaftlerinnen in Schleswig-Holstein

c/o Prof. Adelheid Bonnemann-Böhmke, Fachhochscule Kiel, Tel.: 0431/57090

Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen

c/o PD Dr. Margret Wintermantel, Tulpenweg 1,69469 Weinheim

Arbeitskreis wissenschaftlich und künstlerisch tätiger Frauen Berlin

Freie Universität Berlin, Königin-Luise-Str. 34, 14195 Berlin.

Tel.: 030/8386255

Frauenakademie München e.V.

- Weiterentwicklung der Frauenforschung als wissenschaftliche Disziplin und Einsatz für finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung von Frauenforschung bei staatlichen Entscheidungsträgern
- Analyse der Ursachen für mangelnde Arbeits- und Beschäftigungssituation qualifizierter Frauen sowie Entwicklung von Veränderungsstrategien
- Unterstützung von Hochschulabsolventinnen bei der Suche nach ausbildungsadäquaten Berufen
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen über Projektwerbung
- Betreiben von Einmischungspolitik durch Mitarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauenforschungseinrichtungen und der Gründungsinitiative "Rat der Frauen in der Wissenschaft"
- * Seminare

Kontakt: Auenstr. 31, 80469 München, Tel.: 089/7211881

Forum Frau und Management

- * Verbesserung der Stellung der Frauen an der Hochschule St.Gallen
- * Aufbau eines Netzwerkes für Frauen im Management
- Ermöglichung eines Dialoges mit den Unternehmen

Kontakt: c/o Studentenschaft der Hochschule St. Gallen, Varnbüelstr. 19, CH-9000 St. Gallen, Tel.: 004171/302510

Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Deutscher Ingenieurinnen Bund e.V.

- Abbau der breitgefächerten Benachteiligungen von Frauen in technischen Berufen
- Förderung von Quotenregelung für Ingenieurinnen
- Beobachtung der Wechselwirkungen zwischen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Auswirkung auf die Frauen
- Motivationssteigerung für Mädchen und Frauen, technische Berufe/Studien zu ergreifen
- * Arbeitsgruppen

Kontakt: Postfach 110305, Darmstadt

Frauen in Naturwissenschaft und Technik e.V.(FIT)

* S.O.

Kontakt: Postfach 500422, Hamburg; Postfach 1745, Göttingen

Frauen in den Medien Bücherfrauen e.V. -

Women in Publishing

- Unterstützung im beruflichen Fortkommen
- Interessenvertretung gegenüber Unternehmern/ Unternehmensverbänden
- Vernetzung voneinander getrennter Bereiche der Produktion, Distribution und Rezeption/Herstellung

- Einsatz für: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Teilzeitarbeit und Betriebskindergärten
- Durchführen von Ausstellungen und Lesungen
- Stiftung eines alternativen Buch-Preises für Inhalt und Gestaltung von Frauenbüchern
- Auseinandersetzung mit den Themen: Sexismus in Publikationen und Sprache; Die Buchbranche aus feministischer Sicht
- * überregionales Adreßverzeichnis
- * Seminare, Vorträge

Kontakt:

c/o Susanne Lange, Isabellastr. 32, 80796 München;

c/o Renate Stefan, Görrestr. 25, 12161 Berlin

JournalistinnenInitiative/ Journalistinnenstammtisch

- Hilfe zur Selbsthilfe für Journalistinnen in den neuen Bundesländern
- Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen

Kontakt: Initiative:

c/o Helga Frankenstein, Mainzerstr. 15, 10247 Berlin, Tel.: 030/5884398

Stammtisch:

c/o Doris Friedrich, Ebertystr. 44, 10249 Berlin,

Tel.: 030/4391774

Medienfrauen

- Entwicklung und Ausübung von Solidarität unter Frauen
- Entwicklung von Transparenz über die Arbeitssituation von Frauen in Rundfunkanstalten
- * Interessenvertretung für Frauen
- Einmischung in Programmatik der Sendeanstalten
- Erhöhung des Frauenanteils in Rundfunkanstalten

SERVICE/NETZWERKE

Kontakt:

Westdeutscher Rundfunk, Dr. Inge von Bönninghausen, Appelhofplatz 1, 50677Köln, Tel.: 0221/2203925



Baufachfrauen Baufachfrau e.V.

- * Förderung und Kommunikation und gegenseitige Unterstützung
- * Kontakt und Austausch mit Berufskolleginnen
- * Förderung der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung von Mädchen und Frauen in planende und ausführende Bauberufe
- * Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann
- Förderung der Auftragsvergabe an Handwerkerinnen und Architektinnen
- * Treffen von Frauen im Bauhauptgewerbe
- * Treffen von Schreinerinnen in selbstverwalteten Betrieben

Kontakt: Adlerstr. 81, 44137 Dortmund, Tel.: 0231/143338

FOPA e.V. - Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen

- Förderung der Mitwirkung von Frauen in der Planung, insbesondere der stadtteilbezogenen Planung
- Einsatz f
 ür lebenswertere St
 ädte durch F
 örderung von sozialen ökologischen Stadterneuerungskonzepten
- * Übernahme von Planungsaufträgen,

die Frauen als Nutzerinnen in den Vordergrund stellen und intensiv am Planungsprozeß beteiligt

Kontakt: Adlerstr. 81, 44137 Dortmund, Tel: 0231/143329;

Bergiusstr. 27, 22765 Hamburg

Finanzierung und Versorgung Goldrausch Frauennetzwerk e.V.

- Förderung von Frauenprojekten undbetrieben mit zinslosen Darlehen und Zuschüssen
- Schaffung und Erhalt von Frauenarbeitsplätzen
- Träger von Weiterbildungsprojekten z.B. im Bereich Tourismus, Existenzgründung und Kunst
- * Beratung von sozialen Projekten
- betriebswirtschaftliche Beratung für Existenzgründerinnen
- regelmäßig öffentliche Beiratssitzungen Kontakt: Potsdamer Str. 139, 10785 Berlin,

Tel: 030/2157554

NÖBI - Netzwerk für örtliche Beschäftigungsinitiativen von Frauen

- Zusammentragen der Informationen über bestehende Beschäftigungsinitiativen in den Regionen
- Feststellung der Probleme, die Frauen bei der Gründung von Betrieben haben; daraus ableitend Entwicklung eines Beratungs- und Bildungskonzeptes
- * Initiierung neuer Initiativen
- Beratung über Gewährung von Zuschüssen aus dem EG-Topf
- Vergabe von Zuschüssen zu den Startkosten für Betriebsgründungen durch Frauen
- Organisation und Finazierung eines Europäischen Netzwerks für die Beschäftigungsinitiative von Frauen
- Beratung und Hilfestellung f
 ür angehende Frauenbetriebe

Kontakte:

- Frauenbetriebe, Hamburger Allee 45, 60486 Frankfurt/Main, Tel.: 069/700776;
- Christa Nesemann, Friesenstr. 14, 10965 Berlin, Tel.: 030/6938619
- Regionale Entwicklungsagentur für Frauenbetriebe und -projekte, Hermannstr. 229, 12049 Berlin, Tel.: 030/ 6218862

Schöne Aussichten - Die Interessengemeinschaft für Frauenbetriebe und projekte

- Entwicklung eins Aus- und Weiterbildungsangebots für Frauen in Frauenprojekten
- Angebot einer günstigen betrieblichen Altersversorgung für Frauen aus Frauenbetrieben

Kontakt: Joh.-Müller Str. 14, 50735 Köln

Datenbanknetzwerke

Karriere-Hotline

- Börse für Informationen, Ideen, Erfahrungen und Tips für Auf-,Um oder Einsteigerinnen
- fachspezifischer Informationsaustausch von Frau zu Frau
- Herstellung funktions-und branchenübergreifender Kontakte mit dem Kommunikationshelfer Telefon

Kontakt: P.E.S., Elke Schumacher, Reinhardswaldernstr. 6, 3334Gütersloh, Tel.: 05241/46188

Women's DataBase

- Erhöhung des Verbereitungsgrades weiblichen Fachwissens
- Förderung der Netzwerke unter Frauen Kontakt: c/o country data, Anita Haug, Weinfelderstr. 12, CH-9517 Metteln,

Tel.: 004172/441837

EG-PROGRAMME

SERVICE

O ERVICE EUROPA

Wirtschaftsfördernde EG-Programme

NOW

GEMEINSCHAFTSINITIATIVE ZUR FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR FRAUEN IM BEREICH BESCHÄFTIGUNG UND BERUFLICHE BILDUNG

Förderbereiche und Ziele Durch die Durchführung transnationaler Aktionen will diese Initiative dazu beitragen, daß Frauen die vom Wirtschaftswachstum und von der technologischen Entwicklung erwarteten positiven Auswirkungen vollständig und in gleichem Umfang wie die Männer nutzen können.

- Förderung und Gründung von kleinen Unternehmen und Genossenschaften durch Frauen
- * auf dieses Ziel ausgerichtete Berufsausbildungsmaßnahmen (oder auch Maßnahmen zur vorbereitenden Ausbildung)
- Hilfe zur Gründung selbständiger Existenzen und zur Schaffung von Einstellungshilfen
- * Starthilfen für Dienstleistungseinrichtungen, die den Frauen den Zugang zu bestehenden Strukturen der Förderung selbständiger Existenzen im handwerklichen und gewerblichen

Bereich erleichtern sollen

- 2. Maßnahmen zur Beratung, beruflichen Vorbereitung, zur Berufsausbildung und zur Erlangung eines Arbeitsplatzes mit dem Ziel der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen
- 3. Begleitmaßnahmen
- * Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen (nur in Ziel-1-Gebieten)
- Maßnahmen zur technischen Unterstützung

Budget und Zeitrahmen

240 Mio DM aus dem ESF und EFRE für 1990 - 1993

NOW wurde bis Ende 1994 verlängert

Fördermittel

Gewährung eines Zuschusses

Fördermodalitäten

nur transnationale Maßnahmen; solche, die auch Ziel-1-Regionen umfassen, genießen Vorrang

Kontakt

* EG-Kommission GD V/D,1 Frau Alexopoulou, Rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles, Tel.: 0032/2/295.42.95, FAX: 0032/2/296.62.80

* Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Frau Stamm, Frau Wolf, Frau Uteau, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin Tel.: 030/8643-2533, -2297, -2481;

ÖBI

ÖRTLICHE BESCHÄFTIGUNGSINITIATIVE VON FRAUEN

Förderbereiche und Ziele 1. Förderung der Gründung von Klein-

FAX: 030/8643-2455

SERVICE

EG-PROGRAMME



betrieben, insbesondere in Form von Genossenschaften, durch Frauen und Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen

- gleiche Bedingungen für Existenzgründungen durch Frauen
- 3. stärkere Beteiligung von Frauen an Führungspositionen
- 4. Verbesserung des örtlichen Arbeitsplatzsangebots für Frauen
- Verbesserung der Einkommensbedingungen für Frauen

Budget und Zeitrahmen

ca. 3 Mio DM pro Jahr, 3. Phase des Programms läuft von 1991–1995

Fördermittel

Gewährung eines Zuschusses von ca. 3000,-DM je Vollzeitarbeitsplatz Mindestbetrag: 6000,-DM Höchstbetrag: 15000,-DM

Fördermodalitäten

Antragsberechtigt sind Frauen aus allen EG-Staaten, die die Gründung eines Unternehmens, einer Genossenschaft oder einer anderen Initiative zur Beschäftigung von Frauen planen Einschränkung/Besonderheiten

die Antragstellung muß vor der Gründung bzw. der Aufnahme der Geschäftstätigkeit erfolgen

- Rückzahlung der Fördermittel, falls die Existenzgründung bis zum 1.10. des der Antragstellung folgenden Jahres unterbleibt
- die Führungspositionen und ein Großteil der Arbeitsplätze müssen von Frauen besetzt werden
- mindestens 2 Vollarbeitsplätze für Frauen müssen geschaffen werden (bzw. entsprechend viele Teilzeitarbeitsplätze)
- die geförderten Projekte müssen einen innovativen Charakter haben
- die Vorhaben müssen sich an den regionalen Entwicklungsbedürfnissen orientieren

Kontaktadressen

* EG-Kommission GD V/B.4, Frau Eberhardt, Rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles, Tel.: 003272/296.32.21.

FAX 0032/2/295.65.07

Comitato Impresa Donna (CNA)
 Frau van Biervliet, Av. de la Joyeuse Entree, B-1040 Bruelles

Tel.: 0032/2/280.00.54, 280.09.92, FAX: 0032/2/280.09.01

* REA

Frau A. Dierkes, Hermannstr. 229, 12049 Berlin

Tel.: 030/6218-862, FAX: 030/621-640

